

**Auf dem Weg
der
Erneuerung**



PDS

Dialog in der PDS

Landesverband Brandenburg

Heft 10

**Der 17. Juni 1953
in Brandenburg**

Dialog in der PDS

Landesverband Brandenburg
Heft 10

Der 17. Juni 1953 in Brandenburg

Herausgeber: Arbeitsgruppe Geschichte beim
Landesvorstand Brandenburg der
PDS

Autor: Dr. Hans-Dieter Scheermann

Redaktionsschluss: Februar 2003

Satz und Layout: Reinhard Frank

17. Juni 1953

1. Vorbemerkungen

Das Dialogheft folgt dem Aufruf prominenter Politiker und Künstler "17. Juni – Orte des Erinnerns", der anlässlich des fünfzigsten Jahrestages dieses Ereignisses der Öffentlichkeit übergeben wurde. Darin wird, wie bereits in einer Pressemitteilung der "Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im vorigen Jahr, beklagt, dass der 17. Juni 1953 noch nicht seinen Platz in einer gesamtdeutschen Erinnerungskultur gefunden habe. Als Mangel wird der „Umstand empfunden, dass in ganz Ostdeutschland lediglich 3 Straßen und ein Platz nach dem Aufstand benannt sind“. Das soll sich ab 2003 ändern.

Die Überblicksdarstellung des Verlaufes der dramatischen Junitage 1953 in Brandenburg, die Einordnung dieser Ereignisse in die internationale und nationale Situation Anfang und Mitte der fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts sowie der Versuch ihrer Wertung wendet sich vor allem an die Mitglieder und Sympathisanten der PDS.

Dieses Diskussionsangebot richtet sich darüber hinaus auch an alle an einer realen Einschätzung des 17. Juni 1953 Interessierten. Es ist mit der Aufforderung zu einer kritischen Prüfung und Ergänzung durch persönliche Erkenntnisse und Erfahrungen verbunden.

Die Darstellung stützt sich neben dem allgemeinen Literaturstudium vor allem auf Akten der Bezirksleitungen der SED Potsdam, Frankfurt/O., Cottbus und Schwerin. Die Akten in Schwerin, die uns Kenntnisse über den Verlauf der Juniereignisse im Kreis Perleberg vermitteln, sind von G. Rodegast eingesehen worden. Von ihm liegt bereits eine bisher noch nicht veröffentlichte Studie dazu vor. Ihre wesentlichsten Erkenntnisse sind im vorliegenden Dialogheft schon berücksichtigt worden. Eine Einsicht in die Akten der SED-Bezirksleitung Neubrandenburg, die uns Aufschluss über den 17. Juni 1953 im Kreis Prenzlau geben kann, steht noch aus. Erste Recherchen haben aber Ähnlichkeiten mit Perleberg ergeben.

Damit ist vom Umfang des Aktenstudiums her der territoriale Bezug des Themas "Der 17. Juni 1953 in Brandenburg" erfüllt. Die genannten territorialen Einheiten bilden seit 1990 wieder das Bundesland Brandenburg, das es während der Juniereignisse 1953 aufgrund der 1952 in der DDR durchgeführten Gebiets- und Verwaltungsreform nicht mehr gegeben hat.

Die vorrangige Konzentration auf Quellen der SED zum 17. Juni 1953 hat Vor- und Nachteile für das Erfassen der Realität der Aktionen der Bevölkerung in der Zeit vom 16. – 22. Juni 1953 in Brandenburg. Zu den Vorteilen gehören:

- Die dominierende Zielstellung unserer Dialoghefte, sich kritisch mit der Geschichte der SED auseinander zusetzen, wird besonders gefördert.
- Der Führungsanspruch der SED in der Gesellschaft hat bewirkt, dass vor, am und nach dem 17. Juni 1953 alle Fäden der Berichterstattung aus den Kreisen, der staatlichen Organe und der Massenorganisationen in ihren Bezirksleitungen zusammengelaufen und von dort auch die Gegenreaktionen gesteuert worden sind.
- Der Druck der Ereignisse in diesen Tagen und eine entsprechende Aufforderung durch das Zentralkomitee der SED haben die Bezirksleitungen veranlasst, Ursachen und Verlauf des 17. Juni in ihrem Verantwortungsbereich real

darzustellen, um reagieren zu können. Dieser Umstand hat sich günstig auf die Glaubwürdigkeit ihrer Analysen und Berichte ausgewirkt.

Nachteilig wirkt sich die durchgängige Bewertung des 17. Juni als "faschistische Provokation des Westens" und das undifferenzierte Feindbild in den Einschätzungen aus. Häufig verwendete Begriffe wie "Provokateure", "Faschisten", "Agenten", "Sozialdemokratismus" usw. widerspiegeln dies. Sie können beim Fehlen einer gebotenen kritischen Distanz z. B. das Wahrnehmen des realen Einflusses westberliner Organisationen und Medien auf den Verlauf der Streiks und Demonstrationen trüben. Das bedeutet, dass man auf andere verlässlichere Quellen und - wie das dem Autor möglich ist - auf eigene Erlebnisse am 17. Juni 1953 zurückgreifen muss.

Die Diskussion der im vorliegenden Dialogheft angebotenen regionalen Sicht auf den 17. Juni 1953 wird nicht um eine Wertung dieses Ereignisses herumkommen, wenn sie einen Beitrag zur Entstehung einer gesamtdeutschen Erinnerungskultur leisten will.

Dabei wird vor allem zu prüfen sein, ob der 17. Juni

- eine „gescheiterte Revolution“ gewesen ist, die „in der Tradition von 1848, 1918/19 steht“, wie im Aufruf „17. Juni – Orte des Erinnerns“ behauptet wird;
- im Sinne der westdeutschen Geschichtsauffassung ein Arbeiter- oder Volksaufstand gewesen ist;
- ein vom Westen inszenierter faschistischer oder konterrevolutionärer Putsch gewesen ist, wie das in der DDR dargestellt worden ist;
- ein Massenprotest gegen die ökonomischen, sozialen und juristischen Folgen der Politik der SED nach ihrer II. Parteikonferenz 1952 gewesen ist.

Dieser stand in der Tradition der in der ersten Verfassung der DDR garantierten proletarische Kampfform des Streiks, der zunächst vorwiegend ökonomisch motiviert war. Er erhielt aber unter dem Einfluss westberliner Organisationen und Medien, vor allem des RIAS, zunehmend politische, gegen die Machtverhältnisse in der DDR gerichtete Züge.

Das vorliegende Dialogheft ist eine geschichtspropagandistische Schrift. Als solche muss sie selbstverständlich auch das Prinzip der Wissenschaftlichkeit wahren. Dazu gehört auch der Nachweis der verwendeten Zitate. Es gibt bekanntlich drei Möglichkeiten dies zu tun, durch

1. nummerierte Fußnoten auf den einzelnen Seiten;
2. die Zusammenfassung der nummerierten Anmerkungen am Ende der Arbeit;
3. den Nachweis im Text, d. h. in Klammern gesetzte Angaben (Autor, Jahreszahl, Seite), die im direkten Zusammenhang zum Quellen- und Literaturnachweis am Ende der Arbeit stehen. Die Auffindbarkeit der Textangaben in diesem Verzeichnis wird durch die dort vorgenommene Hervorhebung des Autors und der Jahreszahl erleichtert.

Der Autor hat sich für die dritte Variante entschieden, weil sie seiner Meinung nach lesefreundlicher ist und dem Charakter der Schrift besser entspricht.

Abschließend möchte der Autor allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe Geschichte und allen anderen, die sich an der Diskussion des Entwurfes des Dialogheftes mit kritischen Beiträgen und anderen hilfreichen Hinweisen beteiligt haben, recht herzlich zu danken.

2. Welche nationalen und internationalen Aspekte der politischen und ökonomischen Entwicklung 1952/53 sind im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953 zu berücksichtigen?

Auch regionale Ereignisse sind in internationale und nationale politische und ökonomische Entwicklungslinien eingebettet. Der 17. Juni 1953 wurde von den mit dem Koreakrieg 1950 – 1953 verbundenen internationalen Spannungen, den Gegensätzen zwischen der UdSSR und den Westmächten sowie zwischen der DDR und der BRD in der Deutschlandpolitik und die ökonomischen Folgen der Spaltung Deutschlands beeinflusst.

Diese Aspekte widerspiegelten sich direkt und indirekt in seinen Ursachen.

Der **Koreakrieg** entstand 1950 aus einer nationalen Situation heraus, die den deutschen Verhältnissen ähnelte. In ihm standen sich zwei aus der Spaltung Koreas 1948 hervorgegangene sozialökonomisch gegensätzliche Staaten gegenüber. Südkorea wurde von den USA und - auf deren Betreiben - vom UN-Sicherheitsrat unterstützt. Auf der Seite Nordkoreas standen die VR China und die UdSSR. Während der Juniereignisse in der DDR 1953 befanden sich die Waffenstillstandsverhandlungen in ihrem entscheidenden Stadium. Der am 27. Juli 1953 in Panmunjon abgeschlossene Waffenstillstand geriet durch die politische Eskalation der Demonstrationen am 17. Juni in Berlin, die die Sowjetarmee zum Eingreifen veranlasste, in ernste Gefahr. Der Funke des Krieges drohte von Korea auf Deutschland und Europa überzuspringen. Die Amerikaner befürchteten, dass die sowjetischen Truppen Westberlin besetzen könnten, da dessen antikommunistische Kräfte die Zuspitzung der Demonstrationen und Streiks in Berlin maßgeblich beeinflusst hatten. Westberlin wäre militärisch nicht zu halten gewesen. Aber dieser Akt hätte den Dritten Weltkrieg ausgelöst. In den Stimmungsberichten nach der Verkündung des Ausnahmezustandes war die Angst vieler Menschen vor einem neuen Krieg zu spüren.

Die Kriegsgefahr überschattete auch die **Deutschlandpolitik**. Ab 1946/47 rückten die Westmächte und die von ihnen geförderten restaurativ orientierten Kräfte unter Führung Adenauers mehr und mehr vom Potsdamer Abkommen ab. Seit ihrer Entstehung 1949 betrieb Adenauer – nicht ohne inneren und äußeren Widerstand – eine von den Westmächten geförderte Politik der Westintegration und Remilitarisierung der BRD. Diese Bestrebungen erreichten in der Zeit von 1952 – 54 ihren Höhepunkt. 1952/53 traten sie in ihr entscheidendes Stadium ein.

Der Bundestag befürwortete am 8. Februar 1952 gegen die Stimmen der SPD grundsätzlich einen deutschen Verteidigungsbeitrag.

Am 26. Mai 1952 wird in Bonn der Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Westmächten, der sogenannte Deutsch-

land- oder Generalvertrag unterzeichnet. Der Vertrag sollte an die Stelle des Besatzungsstatuts treten und gleichzeitig mit dem EVG-Vertrag in Kraft gesetzt werden. Der Vertrag enthielt Zusatzabkommen, wie Truppen-, Finanz- und Überleitungsvertrag.

Ein Tag später am 27. Mai 1952 fand die Unterzeichnung des „Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ durch die sechs Außenminister der Montanunion (BENELUX-Staaten, Frankreich, Italien und BRD) statt. Die EVG-Länder waren, bis auf die BRD, bereits mit der NATO vertraglich verbunden. Wenn es nach der USA und Großbritannien gegangen wäre, hätte die NATO -Tagung am 18./19. Dezember 1950 die BRD aufnehmen sollen. Aber die Absicht scheiterte am Widerstand der westeuropäischen Länder. Im EVG-Vertrag war daher vorgesehen, dass die BRD bis Ende 1954 253 000 Mann an Truppen und etwa 145 000 Mann als Hilfspersonal für Stäbe, Verwaltungen usw. in das Bündnis einzubringen hatte.

Zwischen diesen wichtigen Stationen des Voranschreitens der Westintegration und der Remilitarisierung am 8. Februar und am 26./27. Mai unterbreitete die Regierung der UdSSR den Westmächten am 10. März 1952 den Vorschlag für einen Friedensvertrag mit Deutschland, der an den Grundsätzen des Potsdamer Abkommens orientiert war und die inzwischen in Europa eingetretene Entwicklung berücksichtigte. Die Ausarbeitung des Friedensvertrages sollte unter Mitwirkung einer aus freien Wahlen hervorgegangenen deutschen Regierung erfolgen. Deutschland sollten nationale Verteidigungskräfte zugestanden werden. In dem sowjetischen Vorschlag hieß es weiter, dass Deutschland die Verpflichtung übernehmen müsste, sich an keinen militärischen Bündnissen zu beteiligen, die gegen irgend einen Staat gerichtet sind, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.

Dieser Vorschlag war eine Chance für Deutschland, weil er die Möglichkeit eröffnete, einen militärisch neutralen, einheitlichen und souveränen deutschen Staat zu schaffen.

Österreich hat die ihm 1955 ebenfalls angebotene Chance in einem Staatsvertrag mit den Alliierten genutzt.

Die Regierung der DDR und demokratisch-oppositionelle Kreise, die gegen die Remilitarisierung und Westintegration der BRD auftraten, unterstützten den Vorschlag der UdSSR.

Die DDR-Regierung hatte bereits am 25. Oktober 1950 der Adenauerregierung den Vorschlag gemacht, einen gesamtdeutschen Konstituierenden Rat paritätisch zu bilden, der den Regierungen der USA, der UdSSR, Großbritanniens und Frankreichs Vorschläge zum Abschluss eines Friedensvertrages auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens machen und diesen Regierungen als deutscher Ansprechpartner zur Verfügung stehen sollte. Auch die Vorbereitung gesamtdeutscher freier Wahlen zu einer Nationalversammlung sollte zu seinen Aufgaben gehören. Der Vorschlag wurde abgelehnt, weil die Bundesregierung die demokratische Legitimität der Regierung der DDR anzweifelte. Am 13. Februar

1952 wandte sich die DDR-Regierung an die vier Siegermächte mit der Bitte, den im Potsdamer Abkommen vorgesehenen Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen. Wiederum forderte sie die BRD-Regierung auf, sich dieser Initiative anzuschließen, was natürlich nicht geschah.

Auch die SPD war für die Prüfung des Vorschlages der UdSSR. Unter den Befürwortern der Westintegration löste er kontroverse Diskussionen aus. Adenauer, der sich bereits zu Beginn der Pariser Verhandlungen im November 1951 besorgt beim USA-Außenminister Acheson erkundigte, ob an den Gerüchten etwas daran wäre, dass „*irgendwelche Versuche vorlägen, Deutschland zum Objekt einer Verständigung mit Sowjetrußland zu machen*“ (DÜWELL, 1981, 219) unterband alle Tendenzen in den eigenen Reihen, die sowjetische Note sorgsam zu prüfen.

Adenauer erhielt in seinem Bemühen, der sowjetischen Note die Wirkung zu nehmen, Unterstützung durch die Westmächte, indem sie mit der Sowjetunion einen hinhaltenden Notenwechsel führten. Hinzu kam die Diffamierung der Note als Trick bzw. als Taktik.

Diese Auffassung finden wir zum Teil heute noch bei einigen Historikern aus den alten Bundesländern, obwohl Untersuchungen vorliegen, die anhand britischer und amerikanischer Akten die Ernsthaftigkeit des sowjetischen Vorschlages beweisen (STEINIGER, 1985).

Die Kreise um Adenauer nutzten die durch die Verhandlungstaktik der Westmächte geschaffene „Verschnaufpause“ zum Abschluss der Verträge, die die Westintegration und Remilitarisierung und damit die weitere Spaltung Deutschlands festschrieben.

Am 19. März 1953 werden die Verträge im Bundestag ratifiziert.

Die Note der UdSSR passte Adenauer nicht in sein Konzept, dass eine „Politik der Stärke“ im Sinne der von John F. Dulles 1950 entwickelten „Roll-back“-Strategie vorsah. Er fürchtete vor allem, dass in einem militärisch neutralen Deutschland ohne Besatzungsmächte die antimonopolistischen Kräfte in politische und ökonomische Schlüsselstellungen geraten und die Restauration in Frage stellen könnten. Damit könnten sie ein Deutschland ermöglichen, wie es im Prinzip im Potsdamer Abkommen vorgesehen war.

So standen sich in Deutschland am Vorabend des 17. Juni zwei entgegengesetzte Konzeptionen in der Deutschlandpolitik gegenüber. Die eben beschriebene, die auf militärische Stärke setzte, um Schritte zur Wiedervereinigung zu erzwingen oder zu erpressen, barg das Risiko kriegesischer Konflikte in sich.

Der von der UdSSR und der DDR eingeschlagene Weg, die Prinzipien des Potsdamer Abkommens zu wahren aber ihre Anwendung bei Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Gesamtdeutschland zu modifizieren, indem man die inzwischen eingetretenen Veränderungen anerkannte, bot 1952 dem deutschen Volk eine reelle Chance zu seiner Wiedervereinigung, die nicht genutzt wurde. Die antifaschistischen Kräfte in der sowjetischen Besatzungszone und in der späteren DDR nutzten den von der Besatzungsmacht gelassenen politischen Spielraum, um zahlreiche Initiativen zur Wiederherstellung der deutschen Ein-

heit und den Abschluss eines gerechten Friedensvertrages zu ergreifen und um die Kräfte in Westdeutschland, die sich ebenfalls für die Realisierung des Potsdamer Abkommens einsetzten, zu unterstützen. Dennoch konnte man seit 1948 eine Weichenstellung der Politik der SED in Richtung Ostintegration beobachten. Diese Entwicklung zur Volksdemokratie wurde zwar im Dezember 1948 durch Stalin gebremst, weil sie der gesamtdeutschen Orientierung der sowjetischen Politik widersprach. Daraufhin wurde der nationalen Frage durch die SED wieder größere Aufmerksamkeit geschenkt, was in der Umwandlung der Volkskongressbewegung zur Nationalen Front des demokratischen Deutschland seinen Ausdruck fand. Aber mit der II. Parteikonferenz der SED 1952 wurde die kontraproduktive Entwicklung zur Deutschlandpolitik der UdSSR fortgesetzt. Die Orientierung, die Grundlagen des Sozialismus in der DDR aufzubauen, vertiefte durch ihre forcierte Realisierung die sozialökonomische Spaltung Deutschlands. Ihre nationale Begründung, sie würde der Politik Adenauers Paroli bieten, weil sie deren Gegner in Westdeutschland zum Widerstand motivieren würde, war zwar eine glatte Fehleinschätzung, aber sie überzeugte diesmal Stalin. Das ZK der KPdSU billigte die vorgesehenen Beschlüsse der II. Parteikonferenz, die schließlich die Ursachen des 17. Juni 1953 in der DDR waren, der auch den nationalen Initiativen der DDR ihre Glaubwürdigkeit nahm.

Aus der heutigen Sicht ergibt sich die Frage: Gab es zu der geschilderten Entwicklung keine Alternative?

Diese kann man nur theoretisch bejahen. Man hätte durchaus den nationalen, antifaschistischen Weg auch unter den Bedingungen der deutschen Zwei-staatlichkeit zumindest in den fünfziger und sechziger Jahren fortsetzen können. Da es kein Parteiprogramm für eine andere gesellschaftliche Entwicklung gab, brauchte man sich nur auf die erste Verfassung der DDR stützen. Diese war 1946 gesamtdeutsch konzipiert von der SED in die Verfassungsdiskussion eingebracht worden

Die **DDR-Verfassung** sah folgende Grundsätze vor: Alle Staatsmacht geht vom Volke aus und hat dem Wohl des Volkes zu dienen. Alle Maßnahmen der Staatsgewalt haben den Grundsätzen der Verfassung zu entsprechen. Die Rechte und Pflichten der Bürger umfassten nicht nur das Wahlrecht, sondern im Unterschied zum Bonner Grundgesetz auch die Möglichkeit von Volksentscheiden. Die Verfassung verkündete die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Postgeheimnis, die Freizügigkeit, die Meinungsfreiheit im Rahmen geltender Gesetze, das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden, die Förderung „fremdsprachiger Volksteile“, das Asylrecht. Die Verfassung gewährte das Streikrecht, das Widerstandsrecht, sogar die Widerstandspflicht *„gegen Maßnahmen, die den Beschlüssen der Volksvertretung widersprechen“* (Art. 4). Mehrere Artikel regelten das Verhältnis zwischen Kirche und Staat und sicherten die Freiheit der Religionsausübung, die Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Im Gegensatz zu früheren deutschen Verfassungen sah sie soziale Rechte vor, wie das Recht auf Arbeit, das Recht auf Erholung und betriebliche Mitbestimmung. Die Verfassung bot einer fortschreitenden sozialökonomischen Entwicklung viel Spielraum. Sie enthielt einen Abschnitt über eine sozial gerecht zu gestaltende Wirtschaftsordnung (u. a. Mitwirkung der Bürger bei der Wirtschaftsplanung, Garantien für Bodenreform und Volkseigentum, Verbot von Monopolen und Kartellen, Förderung von Genossenschaften, Einfluss staatlicher und kommunaler Organe auf Unternehmen) (Vgl. BENSER, 1999, 26).

Diese Verfassung wäre eine Grundlage für eine behutsame Entwicklung sozialistischer Produktivkräfte unter den Bedingungen gemischter Eigentumsverhältnisse gewesen. Sie *„enthielt weit mehr dem Sozialismus entsprechende oder dienliche Grundsätze und Regelungen als viele parallel oder nachfolgend gefasste Beschlüsse der SED, die es vermieden, sich auf die Verfassung zu beziehen ... In ihrem strikten Befolgen hätten echte Chancen für einen Aufstieg der DDR und für den Gewinn an Ansehen auch über die Grenzen des eigenen Landes hinaus gelegen. Schließlich war der ostdeutsche Staat als Keimzelle eines künftigen einheitlichen, in der Perspektive sozialistischen Deutschlands gedacht“* (EBEN-DA).

Schließlich wären größere Anstrengungen notwendig gewesen, innerhalb der SED im Geist ihrer Gründungsgrundsätze zwischen ehemaligen Sozialdemokraten und Kommunisten ein vertrauensvolles und gleichberechtigtes Verhältnis auszubauen und zu festigen. Dazu hätte auch ein von Revisionismusvorwürfen und Antikommunismus freies Verhältnis zwischen der SPD in der Bundesrepublik und der SED in der DDR gehört, das ohne gegenseitige Kompromissbereitschaft natürlich nicht funktionieren konnte. Vielleicht hätte die 1947 in der sowjetischen Besatzungszone angedachte, aber später wieder verworfene Wiederzulassung der SPD ein solcher Kompromiss sein können.

Doch die von den theoretischen Auffassungen Stalins geprägte Entwicklung der SED zur „Partei neuen Typus“ machte nicht nur die genannten möglichen demokratischen und nationalen Ansätze für ein behutsames Werden sozialistisch orientierter Lebensbedingungen, sondern auch ein besseres Verhältnis der SED zur Sozialdemokratie zunichte. *„Viele wertvolle Mitglieder und manche Funktionäre, die hoffnungsvoll den Weg in die SED gegangen waren, wurden in den Kampagnen gegen den 'Sozialdemokratismus' ausgegrenzt, verhaftet oder in den Westen getrieben“* (UHLEMANN, PLB Nr. 326, 9).

Die Entwicklung der SED zur „Partei neuen Typus“ ist bereits 1998 näher in den Dialogheften 5/1 und 5/2 von UHLEMANN, FINKER, REINERT und LIBERA analysiert worden.

Diese ideologischen Prämissen Stalins bestimmten mehr und mehr die praktische Politik der Partei und führten geradezu zu einer schnellschüssigen Veränderung der gesellschaftlichen Strategie. Die neue Strategie war wiederum ein Beispiel für die Zweigleisigkeit von Verfassung und Politik der Partei. Die Begründung der strategischen Veränderungen auf der II. Parteikonferenz durch

Walter Ulbricht war mit einer vollkommenen Fehleinschätzung der inneren Situation in der BRD und der äußeren Wirkung der DDR verbunden. Das gleiche galt für die Wertung des Reifegrades und Zustandes der Partei, die Einschätzung der ökonomischen Situation und vor allem der Stimmung in der Bevölkerung der DDR. Die Forcierung der gesellschaftlichen Entwicklung, die nach der II. Parteikonferenz in ökonomischer, sozialer, staatlicher und sicherheitspolitischer Hinsicht betrieben wurde und die mangelnde Einbeziehung der Werktätigen in die damit verbundenen Entscheidungsprozesse beschworen die politische und ökonomische Krise im Juni 1953 herauf.

Die neue sowjetische Partei- und Staatsführung, die nach Stalins Tod am 5. März 1953 an die Macht gekommen war, versuchte durch einen Beschluss "Über die Maßnahmen zur Gesundung der politischen Lage in der Deutschen Demokratischen Republik", der einer vom 2. - 4. Juni 1953 in Moskau weilenden Delegation übergeben wurde, das Steuer herumzureißen. In diesem Beschluss hieß es: *„Infolge der Durchführung einer fehlerhaften politischen Linie ist in der Deutschen Demokratischen Republik eine äußerst unbefriedigende politische und wirtschaftliche Lage entstanden ... Als Hauptursache der entstandenen Lage ist anzuerkennen, dass gemäß den Beschlüssen der Zweiten Parteikonferenz der SED, gebilligt vom Politbüro des ZK der KPdSU(B), fälschlicherweise der Kurs auf den beschleunigten Aufbau des Sozialismus in Ostdeutschland genommen worden war ohne Vorhandensein der dafür notwendigen realen sowohl innen- als auch außenpolitischen Voraussetzungen.“* (BArch, SAPMO, NY 4690/699).

Der Beschluss beschrieb die Lage in der DDR konkret. Er bestimmte den Inhalt des vom Politbüro des ZK der SED am 9. Juni 1953 beschlossenen **Neuen Kurses** und widerspiegelte sich in den Beschlüssen des Ministerrates der DDR vom 11. Juni 1953 (Aufhebung der Repressalien gegen Einzelbauern, private Handwerker, Kaufleute und Unternehmer, Entschädigungen für rückkehrwillige Republikflüchtige, Rücknahme der Maßnahmen gegen die Junge Gemeinde). Die Erhöhung der Normen um 10% wurde nicht rückgängig gemacht. Doch die Korrekturen kamen zu spät. Sie konnten die Katastrophe nicht mehr aufhalten und wurden erst nach den Juniereignissen voll wirksam.

Die Kritik des Politbüros des ZK der KPdSU an der 1953 in der DDR entstandenen Situation benannte explizit die Fehler der ökonomischen Politik der SED, die allerdings in wesentlichen Teilen den Auffassungen Stalins von der Ökonomie des Sozialismus folgte. Hervorgehoben wurden: die Beschleunigung der Entwicklung der Schwerindustrie, ihre nicht gesicherten Rohstoffquellen, die jähe Einschränkung der Privatinitiative und die übereilte Schaffung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ohne eine dafür notwendige Grundlage auf dem Dorf (EBENDA).

Obwohl an dieser Kritik nicht zu rütteln ist, muss man fairer Weise auf den engen ökonomischen Spielraum der Parteiführung der SED und der Regierung der DDR verweisen, der sich aus den ökonomischen Folgen des Zweiten Weltkrieges und der Spaltung Deutschlands ergaben.

Die **Kriegszerstörungen** (Bombenangriffe, Landkrieg) werden von Wissenschaftlern für beide Teile Deutschlands als etwa gleich hoch angegeben.

In den achtziger Jahren gab das Westberliner Institut für Wirtschaftsforschung die Verluste der Industrie in Westdeutschland durch Kriegszerstörungen und Demontagen mit 30% an. In der DDR wurde teilweise von einem Verlust allein durch Kriegszerstörungen von 45% ausgegangen. In der SBZ waren zum Beispiel zwei Drittel aller Lokomotiven und 60% der Reisezugwagen vernichtet (ND v. 1./2. Juli 2000,17).

Der Substanzverlust an industriellen und infrastrukturellen Kapazitäten in der DDR, der durch die an die UdSSR geleisteten **Reparationen** entstanden war, machte rund 30% der 1944 auf diesem Gebiet vorhandenen Fonds aus. 2 000 bis 2 400 der wichtigsten, bestausgerüsteten Betriebe der SBZ wurden demontiert. In der BRD waren es 3%. Das Verhältnis beim Abbau von Kapazitäten zwischen DDR und BRD betrug 10:1 (JÜRGS, 1997).

Bis März 1947 wurden in der SBZ Eisenbahnschienen in einer Gesamtlänge von 11 800 km abgebaut und in die UdSSR verlagert. Das bedeutete eine Reduzierung des Schienennetzes, bezogen auf den Stand von 1938, um 48%. Besonders schwerwiegend war die Demontage von 6 300 km zweiter Gleise. Die Infrastruktur in einem hochindustrialisierten Gebiet wurde empfindlich gestört.

Nach Abschluss der Demontagen 1948 verblieben in der SBZ zwischen 74 und 84% des Bruttoanlagevermögens der Industrie von 1936, während in den westlichen Besatzungszonen der industrielle Kapitalstock (mit 111%) über dem Stand von 1936 lag. (ND, EBENDA).

Mit dem Befehl 167 der Sowjetischen Militäradministration wurden im Juni 1946 zweihundert der noch vorhandenen wichtigsten Produktionsbetriebe, die für die Demontage vorgesehen waren, zu Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) umgebildet, d. h., sie wurden sowjetisches Eigentum. An die Stelle der Demontagen trat die Entnahme der Reparationen aus der laufenden Produktion. Obwohl dadurch Industriestandorte erhalten blieben, bedeutete auch diese Reparationsform und Quelle für Besatzungskosten sowie für andere Aufgaben über Jahre hinaus ein Substanzverlust, der in Jahrzehnten nicht aufholbar war. Für den Zeitraum von 1946 bis 1953 machte dies 22% der laufenden Produktion aus. Am 29. April 1952 gab die UdSSR 66 SAG und am 1. Januar 1954 die restlichen 33 Betriebe an die DDR zurück. Sie wurden volkseigene Musterbetriebe.

In der BRD wurde im gleichen Zeitraum die laufende Produktion auch für die Bedürfnisse der Besatzungstruppen in Anspruch genommen. Aber Reparationen aus der laufenden Produktion hatte allein die DDR geleistet. Das Verhältnis zwischen DDR und BRD betrug auf diesem Gebiet 98:2. Die BRD hatte zusätzlich am 10. September 1952 einen Wiedergutmachungsvertrag mit Israel geschlossen, der eine zwölfjährige Warenlieferung in Höhe von 3 Mrd. DM vorsah. Selbst wenn man das berücksichtigt, trug die DDR 97-98% der Reparationslast Gesamtdeutschlands.

Auf der Potsdamer Konferenz hatte die UdSSR Reparationen in Höhe von 10 Mrd. \$ gefordert. Diese Summe hatte sie 1953 um 40% überzogen.

Die Reparationsfrage war bekanntlich weder in Jalta noch in Potsdam entgültig geregelt worden. In Potsdam wurde lediglich festgestellt, dass jede Besatzungsmacht ihre Reparationsansprüche aus ihrer eigenen Zone befriedigen sollte. Der Sowjetunion wurde wegen der unermesslichen Verwüstungen ihres Territoriums durch die faschistischen Truppen zusätzlich 25% derjenigen industriellen Ausrüstung in den westlichen Zonen, die für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig waren, zugestanden.

Am 28. Mai 1946 verfügte General Clay mit dem Hinweis auf das Exportdefizit der Westzonen in Höhe von 448 Mill. \$ die Sperrung aller Reparationsleistungen aus den westlichen Besatzungszonen an die Sowjetunion.

Die Reparationsfrage diente der USA-Regierung immer mehr zur Rechtfertigung des Scheiterns aller Verhandlungsbemühungen der vier Siegermächte bei der Lösung der deutschen Frage. Ein Motiv neben anderen für das Eintreten der UdSSR für die Einheit und einen Friedensvertrag mit Deutschland war sicherlich ihre berechnete Forderung nach einer gesamtdeutschen Wiedergutmachung. Die Verweigerung eines angemessenen Umfangs der Reparationen aus den Westzonen durch die Westmächte und die BRD machte die DDR auch in dieser Hinsicht zum Opfer des Kalten Krieges.

Die Spaltung Deutschlands führte zu ökonomischen **Disproportionen** zwischen den beiden deutschen Staaten.

Die Westzonen vereinten 1947 68% der Güterproduktion Deutschlands aus dem Jahre 1936 auf ihrem Territorium. Im Jahre 1936 wurden auf dem Gebiet der späteren SBZ 27% der gesamten deutschen Nettoproduktion der eisen- und stahlverarbeitenden Industrie erzeugt; die dafür erforderlichen Grundrohstoffe, vor allem Roheisen, Walzstahl, Koks und Steinkohle jedoch nur zu 5%. Im Osten lag ein bedeutender Teil der Textil- und Konfektionsindustrie und die dafür benötigten Webereien. Die Spinnereien hatten ihren Standort meistens im Westen. 1938 betrug der Anteil Mitteldeutschlands an der Produktion Deutschlands bei Steinkohle 1,9%, bei Eisenerz 6,0%, bei Roheisen 4,3% und bei Rohstahl 6,6%. Mitteldeutschland war aber ein hochindustrialisiertes Gebiet mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Maschinenbau (44%), Elektrotechnik und Textilindustrie. Es war auf westdeutsche Lieferungen bei Roheisen, Walzstahlerzeugnissen, Steinkohle und Koks existentiell angewiesen und ohne diese nicht lebensfähig.

„Allein schon die Überlegung, dass die Zerreißung eines ehemals einheitlichen, vielfältig verflochtenen Volkswirtschaftskörpers den Ein-Drittel-Teil wesentlich schwerer belasten musste als den Zwei-Drittel-Teil, ist unabweisbar. Das Hauptproblem für die SBZ/DDR lag zweifellos darin, dass die entstandenen Disproportionen zumindest bis weit in die 50er Jahre durch die Lieferfähigkeit der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder über einen Warenaustausch nicht ausgleichbar waren. Die DDR war unter diesen Bedingungen auf den innerdeutschen Handel, auf die Lieferungen von Roheisen, Walzstahl, Steinkohle, Koks u. ä. aus Westdeutschland lebensnotwendig angewiesen“ (WENZEL, 2000, 48).

Der innerdeutsche Handel, der eigentlich dem Ausgleich der historisch gewachsenen Unterschiede zwischen Ost und West dienen sollte, war aber auch nicht problemfrei. 1945 hatten die Besatzungsmächte schon Lieferungen aus dem Ruhrgebiet in die sowjetische Besatzungszone vereinbart. Aber im Laufe der Zeit wurde dieser Handel für den Kalten Krieg instrumentalisiert. Infolge der separaten Währungsreform in den Westzonen betrug er 1950 nicht einmal 10% des Umfangs der vor dem Zweiten Weltkrieg zwischen den beiden Wirtschaftsgebieten getätigten Lieferungen. Im August 1951 verboten die westlichen Hohen Kommissare und die Regierung der BRD bereits vereinbarte Lieferungen von Blechen und anderen Walzwerkserzeugnissen. Das traf die DDR empfindlich. Zeitweise mussten Betriebe (z. B. Gießereien) geschlossen bzw. Kurzarbeit eingeführt werden.

Am 20. September 1951 wurde zwischen der BRD und der DDR ein Handelsabkommen abgeschlossen, das zwar nicht den Vorschlägen der DDR entsprach, aber bis zum 30. September 1961 lief und dann von der BRD gekündigt wurde.

Am Vorabend des 17. Juni 1953 bestanden, wenn man die Folgen des Zweiten Weltkrieges und der deutschen Teilung für die ökonomische Entwicklung der beiden deutschen Staaten zusammenfassend betrachtet, große Unterschiede im ökonomischen Entwicklungsstand und damit im Lebensstandard zwischen der BRD und der DDR. Diese wurden in der offiziellen Propaganda der DDR nicht eingestanden.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten erlebte die **BRD** seit Anfang der 50er Jahre einen **wirtschaftlichen Aufschwung**, der von der Londoner Tageszeitung „Times“ als „deutsches Wirtschaftswunder“ bezeichnet wird. Dieser Boom war vor allem auf die geschilderten günstigen ökonomischen Ausgangsbedingungen und die mit dem Koreakrieg verbundenen Einstiegsmöglichkeiten in den Weltmarkt zurückzuführen. Der Marshallplan (12. Dezember 1949) bildete nach heutiger Auffassung keine Initialzündung. Die verstärkte Rüstungswelle während des Koreakrieges führte zu einer anhaltenden Nachfrage nach Maschinen und anderen Ausrüstungen auch aus der BRD. Das Exportvolumen vergrößerte sich. Billige Arbeitskräfte, konkurrenzlose Preisgestaltung auf dem Weltmarkt, Investitionsabgaben von 132 700 Unternehmen und Zwangsanleihen waren weitere Faktoren, die den Aufschwung begünstigten.

1952 erreichte die Bundesrepublik das Industrieproduktionsniveau Deutschlands des Jahres 1938. Die Arbeitslosigkeit nahm ab. Die Beschäftigtenzahl stieg zwischen 1952 und 1959 um 29,3%. Mit Wirkung vom 1. Mai 1950 fielen die letzten Lebensmittelrationierungen weg. Das Angebot an Konsumgütern stieg rasch. Die von der CDU am 15. Juli 1949 als Ersatz für das Ahlener Programm aus dem Jahre 1947 propagierte soziale Marktwirtschaft wurde zunehmend als Gegengewicht zum „Kommunismus“ gestaltet.

Im Gegensatz dazu geriet die **DDR** aufgrund der aus der Spaltung Deutschlands resultierenden ökonomischen Lasten und subjektiv verursachten Fehlern Anfang 1953 neben der politischen auch in eine **ökonomische Krise**.

BENSER (2000,75,5) beschreibt treffend die Lebensverhältnisse 1952/53 in der DDR:

„Wir reden hier über eine Zeit, in der die Ruinen des Krieges das Bild vieler Städte prägten, in der zwar der große Hunger besiegt war, aber Fleisch, Fett, Zucker noch immer auf Lebensmittelmarken ausgegeben wurden beziehungsweise zu überhöhten Preisen in der HO gekauft werden mussten, in der Kleidung auf eine Punktekarte ausgegeben wurde, in der ein enormer Mangel an Wohnraum herrschte und es schwierig war, im Winter immer eine warme Stube zuhaben, in der Stromabschaltungen keine Seltenheit darstellten und die Menschen in total überfüllten, sich häufig verspätenden Verkehrsmitteln zur Arbeit fuhren. Das lässt sich nicht billig einer ostdeutschen Misswirtschaft anlasten, das resultierte zuerst und vor allem aus den Hinterlassenschaften von Faschismus und Krieg, aus Besatzung und aus Reparationsverpflichtungen und nicht zuletzt aus den ungleich auf beiden deutschen Staaten lastenden ökonomischen Folgen der deutschen Teilung.“

3. Warum kam es am 17. Juni 1953 zu Protestaktionen?

Bei der Darstellung der internationalen und nationalen Aspekte der politischen und ökonomischen Entwicklung 1952/53 in Deutschland sind die Ursachen für die Juniereignisse in der DDR bereits deutlich geworden.

Verantwortlich für die Protestaktionen großer Teile der DDR-Bevölkerung am 17. und 18. Juni 1953 war die Politik der Partei- und Staatsführung der DDR bei der Umsetzung der von der II. Parteikonferenz der SED beschlossenen Orientierung, die Grundlagen des Sozialismus in der DDR aufzubauen. Diese Politik wirkte nicht nur kontraproduktiv auf die Lösung der nationalen Frage in Deutschland, sondern verschlechterte die ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen der DDR-Bevölkerung enorm.

Um die Mittel für die forcierte Entwicklung der metallurgischen und energetischen Basis der DDR in den drei Brandenburgischen Bezirken, für den Aufbau der Kasernierten Volkspolizei, für die 1952/53 2 Mrd. DM (Ost) veranschlagt waren, aufzubringen, wurden 1953 drastische Einsparungsmaßnahmen beschlossen. Diese betrafen vor allem den sozialen Bereich (z. B. Wegfall der Erschwerniszuschläge, der Haushalttag für alleinstehende berufstätige Frauen und der Fahrpreismäßigung für Arbeiterrückfahrkarten, eines zusätzlichen Urlaubs bei Kuren). Der Konsum der Bevölkerung wurde ebenfalls reduziert, indem die Lebensmittelimporte eingeschränkt wurden, die Zusatzlebensmittelkarten für die Intelligenz und andere Gruppen wegfielen. Handwerker und Gewerbetreibende bekamen überhaupt keine Lebensmittelkarten mehr. Steuer- und Preiserhöhungen rundeten die Eingriffe in das Leben der Menschen ab. Der Höhepunkt dieser Eingriffe waren schließlich der Beschluss der 13. Tagung des ZK der SED

vom 12. - 15. Mai 1953 und der Beschluss des Ministerrates der DDR vom 28. Mai 1953 über die Erhöhung der Arbeitsnormen um 10%.

Dies geschah vor dem Hintergrund eines beginnenden Wirtschaftsbooms in der BRD. Viele DDR-Bürger, vor allem die Brandenburgs, überzeugten sich persönlich vom besser werdenden Lebensstandard und seinem glitzernden äußerem Bild im Westen. Sie nutzten dazu die offenen Grenzen, an denen allerdings seit 1952 das Regime verschärft wurde.

Solche Erfahrungen förderten nicht gerade die Zufriedenheit mit den DDR-Verhältnissen, zumal vielen die objektiven Gründe für die ökonomische Ungleichheit zwischen den beiden deutschen Staaten nicht bekannt waren oder als Propaganda der SED angesehen wurden. Gerade weil der ökonomische Spielraum der DDR durch die Auswirkungen der unter der Frage 2 beschriebenen Folgen der Kriegszerstörungen, der durch die Spaltung Deutschlands zu Ungunsten der DDR entstandenen wirtschaftlichen Disproportionen und die durch Reparationszahlungen erlittenen ökonomische Substanzverluste eng war, hätte es eine sensiblere, auf die effektivere Nutzung der vorhandenen ökonomischen Möglichkeiten gerichtete Politik geben müssen. Eine solche Politik, die gewillt war, sich auch stärker auf die in der Verfassung verankerte Mitbestimmung des Volkes zu stützen, gab es nicht. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiter, wuchs.

Unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse des 17. Juni haben die SED-Bezirksleitungen Potsdam, Frankfurt/O. und Cottbus jeweils die vom ZK der SED geforderte **„Analyse über die Entstehung, den Ausbruch und die Entwicklung der faschistischen Provokation am 17. und 18. Juni 1953 im Bezirk ...“** verfasst. Dabei haben sie auch den Ursachen besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Potsdamer Analyse nennt folgende Ursachen:

Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter: Die Versorgung mit Lebensmitteln und Bedarfsgütern wurde von Monat zu Monat schlechter. Oft fehlten in den Geschäften die lebensnotwendigsten Dinge wie Fett, Zucker und Nahrungsmittel. Von der Mehrzahl der Belegschaften wurde der Beschluss über die Erhöhung der Arbeitsnormen abgelehnt. In der Begründung dieses Beschlusses wurden entscheidende Fehler gemacht, indem man von einer Normübererfüllung und einem erheblich zu hohem Lohneinkommen ausging. Tatsächlich führte die Normerhöhung zu einer Lohnsenkung, teilweise bis über 100 DM monatlich. Besonders verschärfend wirkte sich aus, dass im Zusammenhang mit der Normerhöhung eine Lohngruppenbereinigung durchgeführt wurde, wodurch viele Arbeiter in niedrige Lohngruppen eingestuft wurden. Zur gleichen Zeit erfolgte eine Preiserhöhung bei Zucker- und Fleischwaren. Die Fahrpreisermäßigungen bei der Deutschen Reichsbahn wurden auf das Äußerste eingeschränkt.

Alle diese Maßnahmen erfolgten Schlag auf Schlag in einem verhältnismäßig kurzen Zeitabschnitt. Sie ergaben bei einem großen Teil der Arbeiter eine

erhebliche Senkung des Lohneinkommens und mussten bei einer ungenügenden Aufklärungsarbeit und durch die Methode des Administrierens unbedingt zur Missstimmung und zum Misstrauen gegenüber der Politik der Partei und Regierung führen.

Überspitzte Maßnahmen gegen „kapitalistische Elemente“ erzeugten im Bezirk eine Atmosphäre des Druckes.

In den Akten der Bezirksleitung Potsdam fanden wir folgendes Beispiel dafür: Walter Ulbricht hatte am 18. Dezember 1952 auf einer Beratung mit dem Bezirkssekretariat eine Kontrolle des privaten Großhandels angeregt. Der Rat des Bezirkes Potsdam hatte keine Übersicht und somit keine Maßnahmen gegen „Schieber, Saboteure und Agenten“ ergriffen. Im Januar 1953 wurden im „Bericht über Durchführung der Maßnahmen gegenüber dem Handel im Bezirk Potsdam“ 352 Betriebe aufgelistet. Genannt wurden folgende Handels- und Produktionsbereiche: Lebensmittel (52), Fisch (1), Getreide (8), Genussmittel, Spirituosen, Tabak (36), Industriewaren (55), Baustoffe (10), Pharmazie (12), Holz, Papier (19), Getreidemühlen (51), Ölmühlen (4), Speditionen (70), Kohle (10), Bier (17) und Rohprodukte (7). Die Kontrollen führten zu Untersuchungen in 39 Betrieben. 29 Verfahren wurden eingeleitet, davon siebzehn der Staatsanwaltschaft übergeben. Im Rahmen von 23 durchgeführten Verfahren wurden 31 Personen verhaftet. 10 Verfahren wurden eingestellt. Der Bericht kritisierte, dass zu wenig Werktätige in die Kontrollen einbezogen wurden, die Staatsanwälte sich erst nach der Beendigung der Ermittlungen eingeschaltet hätten und in allen Fällen falsche Maßstäbe bei Inhaftierungen angelegt wurden. Auch die Amtsrichter kamen nicht ungeschoren davon. Als „negatives“ Beispiel wurde die Amtsrichterin A. aus Jüterbog genannt. Sie hatte bei der Bemessung des Strafmaßes in einem Fall nicht berücksichtigt, dass bei der betreffenden Person Westwaren gefunden worden waren (Verstoß gegen die gesetzlichen Grundlagen des Interzonenhandels). Bei den Westwaren handelte es sich um Bleistifte, Schreibmaterialien, 11 Paar Schuhe und Kugellager. Die Richterin verteidigte sich mit der Argumentation, sie könne keinen bestrafen, der Westwaren für den eigenen Bedarf kaufe, weil es in der DDR keine Bleistifte gäbe und damit keinen Handel treibe. Sie sei auf die demokratische Gesetzlichkeit vereidigt und könne es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren, jemanden wegen solcher Kleinigkeiten zu bestrafen. Solche Handlungsweisen seien Terror in ihren Augen. Kapitalisten seien schließlich auch Menschen. Sie bleibt bei ihrer Meinung. Die Konsequenzen für sie werden im Bericht angedeutet: *„Das Verhalten der Amtsrichterin A., die Mitglied unserer Partei ist, ist nicht allein auf ideologische Unklarheiten zurückzuführen ... bedeutet eine direkte Unterstützung von sabotierenden, kapitalistischen Elementen. Die erforderlichen Maßnahmen wurden von der Bezirksleitung veranlasst“* (BLHA, Rep. 530, Nr. 729).

Solche und ähnliche Aktionen z. B. gegen Groß- und Mittelbauern, die ihr Ablieferungssoll nicht erfüllten, führten zum Anwachsen der Republikflucht (über Tausend monatlich). Es waren vor allem Groß- und Mittelbauern, selbständige Händler und Handwerker, die die DDR verließen.

Sich oft wiederholende Produktionsstockungen durch Materialschwierigkeiten in fast allen Schwerpunktbetrieben, die seit Anfang 1953 verstärkt auftraten, untergruben das Vertrauen zu den Staatsorganen.

Formale Aufklärungsarbeit der Partei und der Massenorganisationen und die ungenügende Beachtung der Kritik der Werktätigen an diesen Missständen ...

Die Aufklärungsarbeit der Partei war zu allgemein, abstrakt und langweilig. Die Stimmung und Reaktion der Werktätigen auf die Maßnahmen der Partei und des Staatsapparates waren der Bezirksparteiorganisation nicht im vollen Umfang bekannt. Die Analysetätigkeit wurde durch die volle Konzentration der Funktionäre auf die Umsetzung der Beschlüsse der II. Parteikonferenz zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus vernachlässigt. In den Berichten an die übergeordneten Leitungen wurden fast ausschließlich positive Beispiele gebracht, wobei der Fehler gemacht wurde, dass sie fast immer verallgemeinert wurden und so ein falsches Bild über die Situation ergaben. Oft wurden von den Arbeitern an der Arbeitsweise leitender Wirtschaftsorgane harte Kritik geübt, verändert wurde meist nichts, was zur Verärgerung und zum Schweigen der Arbeiter führte.

Erste Signale der Missstimmung unter den Arbeitern (erste Streiks, Nachlassen der Aktivitäten einfacher Parteimitglieder, deren Kritikbereitschaft und Beteiligung am Parteilehrjahr zurückging) wurden nicht im genügenden Maße beachtet. Es wurde nicht erkannt, dass das Signale einer allgemeinen Missstimmung unter den Arbeitern waren, sondern man führte sie auf eine schlechte Arbeitsweise der Werkleitungen und der Betriebsparteiorganisationen dieser Betriebe zurück.

Das Vorhandensein einer straff organisierten Feindarbeit, wie sie sich am 17. und 18. Juni 1953 zeigte, war der Partei, den Staats- und Sicherheitsorganen nicht bekannt. Uns war wohl bekannt, dass in Brandenburg und Rathenow noch stark der Sozialdemokratismus vorhanden ist und bei der Parteiüberprüfung ausgeschlossene Mitglieder z. B. in Premnitz Mitte April Organisatoren des Streiks waren.

Hier stößt z. B. die Analyse an die Barriere der bereits erwähnten stalinistischen Prägung der SED seit 1948.

In allen Analysen wurde auch zum ***Kommuniqué des Politbüros vom 9. Juni 1953*** Stellung genommen, in dem der Neue Kurs der SED verkündet wurde.

Das Kommuniqué des Politbüros vom 9. Juni 1953 wirkte unter einem großen Teil der Arbeiter und der Parteimitglieder zunächst verwirrend, weil es ohne jeglichen Kommentar in der Presse erschien. Viele Mitglieder, so wurde z. B. aus Cottbus berichtet, verstanden das Kommuniqué nicht. „*Einige Genossen Arbeiter sahen in dem neuen Kurs einen Rückzug vor dem Imperialismus auf der ganzen Linie. Genossen Bauern, insbesondere Mitglieder der LPG, verstanden fast übereinstimmend nicht die neue Linie gegenüber den Großbauern. Viele Jugend-Genossen und Genossen Lehrer waren mit den Maßnahmen gegenüber der 'Jungen Gemeinde' nicht einverstanden. Bei einigen Genossen im Staatsapparat gab es eine kleinbürgerlich-empfindliche Reaktion auf die Feststellung im*

Kommuniqué, dass es bei den Bezirks- und Kreisinstitutionen zu Überspitzungen kam. Sie sahen nur diese Stelle und sagten, natürlich jetzt sind wir die Schuldigen“ (BLHA, Rep. 930, Nr. 722).

Bei einem großen Teil der Mittelschichten wurde es mit Erleichterung aufgenommen. Sie sahen es als eine Befreiung von dem auf ihnen lastenden Druck. In den Stimmungsberichten, die die Bezirksleitungen nach dem Erscheinen des Kommuniquees und des Beschlusses des Ministerrates der DDR vom 11. Juni 1953 wöchentlich an das ZK der SED schicken mussten, waren viele positive und negativen Meinungen von Einzelpersonen enthalten. Eine, die die Gefühle vieler Gutwilligen aus den betroffenen Kreisen in diesen Tagen widerspiegelte, soll hier zitiert werden:

Die Bäuerin N. (30 ha) aus Jakobsdorf, Bezirk Frankfurt/O., sagte z. B.: „Wir haben unser Soll immer erfüllt und trotzdem wurden wir nicht als Menschen anerkannt. Wenn diese Beschlüsse eher gekommen wären, dann hätten wir nicht so viel unbewirtschaftete Flächen ... es wird bestimmt lange dauern, bis alle überzeugt sind, dass die Vorschläge ehrlich gemeint sind. Jetzt haben wir wieder Mut zur Arbeit“ (BLHA, Rep. 730, Nr. 728).

Dennoch hatte der Neue Kurs nicht die Wirkung, die man sich erhofft hatte. Misstrauen gegenüber der Partei und Regierung und unzureichende Information der Bevölkerung (und selbst innerhalb der Partei) waren - wie in der Analyse des Bezirkes Potsdam vermerkt - die Ursachen.

Es hat sich als ein schwerer Fehler erwiesen, dass die Parteileitungen bis in die Grundorganisationen hinunter nicht sofort nach der Veröffentlichung des Kommuniquees über die Ursache und den Sinn und Zweck der Maßnahmen des Politbüros aufgeklärt wurden. Die Folge war - laut Bericht -, dass große Teile der Mitgliedschaft am 17. Juni schwankend waren.

Wenn man die in den Analysen der SED(BL) genannten Ursachen Revue passieren lässt, dann ergeben sich keine bemerkenswerten regionaltypischen Erkenntnisse. Sie stimmen mit den für die DDR insgesamt genannten Gründen für die Protestaktionen am 17. Juni 1953 überein. Die Krise war von der SED selbst verschuldet. Im Prinzip bekennen sich die SED-Bezirksleitungen Potsdam, Frankfurt/O. und Cottbus trotz ihrer Wertung des 17. Juni 1953 als „faschistische Provokation“ zumindest in den Junitagen 1953 dazu.

4. Welche Vorboten der Juniereignisse 1953 gab es?

Übereinstimmend stellten die Analysen der SED-Bezirksleitungen fest, dass sie von den Ereignissen am 17. Juni überrascht wurden. Sie kritisierten auch, dass sie vom ZK nicht umfassend und zu spät über die Vorkommnisse am 16. Juni in Berlin informiert wurden. Sie selbst hatten vor dem 17. Juni ernste Signale der Stimmung in der Bevölkerung, insbesondere unter den Arbeitern, empfangen. Diese hatten sie zwar registriert, aber offensichtlich nicht ernst genommen. In allen drei Bezirken gab es **vor der Verkündung des Neuen Kurses Streiks** in einigen Betrieben. Im Bezirk Potsdam gab es im April 1953 Streiks im Ziegelkombinat Zehdenick, im Kunstseidenwerk Premnitz, im Mai bei TEWA Blank-schrauben Luckenwalde und im LEW Hennigsdorf. Ebenfalls im Mai streikten im Bezirk Frankfurt/O. die Arbeiter des VEB Gaselan Fürstenwalde und der Möbeltischlerei Seelow. In Finsterwalde, Bezirk Cottbus, kam es kurz hintereinander zu Arbeitsniederlegungen in drei Betrieben, darunter in der TEWA Schraubenfabrik. Hauptgrund war überall die zunehmende Unzufriedenheit über Normerhöhungen. Die Arbeiter machten von ihrem in der Verfassung der DDR verankerten Streikrecht Gebrauch.

In den Akten der Bezirksleitung Potsdam fanden wir einen *„Bericht über die Arbeitsniederlegung im LES 'Hans Baimler' am Sonnabend, dem 30. Mai 1953“*. Er informierte darüber, dass um 5.50 Uhr in der Abteilung Isolierfabrikation 125 Arbeiter, zwei Drittel Frauen und ein Drittel Männer, die Arbeit niedergelegt hatten. Darunter waren zehn Mitglieder der SED. Als Grund wurde eine Mitteilung des Normenkollektivs an der Anschlagstafel genannt, aus der hervorging, dass auf Grund des Ministerratsbeschlusses die Normen für die einzelnen 23 Brigaden der Abteilung um 15 bis 39% erhöht werden. Die Arbeiter wollten darüber aufgeklärt werden, warum die Normerhöhung die im Ministerratsbeschluss vorgesehenen 10% übersteige. Sie wollten die Arbeit erst wieder aufnehmen, wenn sie eine befriedigende Antwort erhielten. Es wurde von einigen Arbeitern zum Ausdruck gebracht, dass bei diesem Lohnabbau ihre Kinder verhungern müssten. Ab 9 Uhr bis zum Schichtende diskutierte der BPO-Sekretär mit den Brigaden. In der Diskussion machten die Arbeiter eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung der Arbeitsorganisation und des Sparsamkeitsprinzips. Die Betriebsleitung erhielt den Auftrag, die Normerhöhung zu überprüfen. Die Überprüfung ergab, dass die angekündigte Erhöhung unreal war. Die Kollegen dieser Abteilung arbeiteten unter schwierigen Bedingungen (50% bei Hitze und zu 80% manuell). Die neu festgelegten Normen sahen im Durchschnitt eine Erhöhung zwischen 13 – 24% vor.

Die zweite Schicht nahm mit Ausnahme von vier Jugendlichen um 13.30 Uhr die Arbeit auf. Die streikende erste Schicht erschien am 1. Juni vollzählig zur Arbeit.

Die Ruhe, die auch in den anderen streikenden Betrieben wiederhergestellt werden konnte, war eine Ruhe vor dem Sturm; denn die Normfrage war nicht gelöst. Auch die Korrekturen des Neuen Kurses gingen darüber hinweg. Erst die Streiks und Demonstrationen am 17. Juni führten zur Zurücknahme des Ministerratsbeschlusses zur Normerhöhung.

Die Informationsberichte der Bezirksleitungen registrierten im Mai 1953 **eine zunehmende von Westberlin ausgehende Flugblattaktion gegen die DDR**. Die Verbreitung erfolgte vor allem mit Hilfe von Ballons. Ferner wurden die Flugblätter per LKW eingeschleust. Auf dem Gelände des VEG Großbeeren wurden z. B. ca. 500 Flugblätter gefunden. Besonders stark war der Abwurf in den Kreisen Luckenwalde, Oranienburg und Potsdam-Land. In der Nacht vom 19. zum 20. Mai 1953 verstreute ein LKW auf der Strecke Nauen-Oranienburg Flugblätter. Am Vorabend des 1. Mai war bereits eine verstärkte Streuung solcher Materialien in den Randgemeinden um Westberlin zu bemerken.

Ähnliches wurde auch in den Kreisen und Gemeinden der Bezirke Frankfurt/O. und Cottbus festgestellt. Absender der Schriften waren vor allem die „Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit“ und „Die Freie Junge Welt“ aus Westberlin. Inhalt war z. B. ein „Offener Brief an die Mitglieder der SED“, Warnung vor Funktionären, „Warum ist das Geld so knapp?“, „Die SED ist Pleite“ usw. Solche Aktionen und in der Tendenz ähnliche Sendungen und Durchsagen des RIAS beabsichtigten, die wachsende Unzufriedenheit mit der Politik der SED zusätzlich zu schüren.

Nach der Verkündung des Neuen Kurses gab es bei den Mittelständlern nicht nur ein Aufatmen, wie das die in der Antwort zur Frage 3 unseres Heftes zitierte Stellungnahme einer Bäuerin zeigte, sondern auch andere, der DDR feindlich oder reserviert gegenüberstehende Auffassungen, die man auch als ernstes Signal werten konnte. In dem selben Informationsbericht der Bezirksleitung Frankfurt/O. vom 9. Juni 1953. werden Meinungen von Geschäftsleuten und Handwerkern in Fürstenberg, Beeskow und Bad Freienwalde wie folgt wiedergegeben: *„Jetzt weht ein anderer Wind, jetzt kommt heraus, dass man nicht fähig ist, bald kommen Wahlen und dann wird sich das Bild wesentlich ändern. Ulbricht hat abgewirtschaftet“*. (BLHA, Rep. 730, Nr. 728). Die Forderung, die Schuldigen für die Fehler der Partei und Regierung zur Verantwortung zu ziehen, taucht häufiger auf.

Laut dieser Berichte häuften sich auch **tätliche Angriffe auf Funktionäre der SED, der BHG und LPG**. Die Situation spitzte sich zu. Am Vorabend des 17. Juni kommt es zu einigen Aktionen, die einen Vorgeschmack auf die bevorstehenden Ereignisse gaben.

Am 15. Juni 1953 versammelten sich in Neuruppin 1 000 und in Brandenburg 3 000 Menschen vor den Haftanstalten dieser Städte, nachdem einige kleinere Gruppen die Freilassung von Inhaftierten gefordert hatten. Die geplante Entlassung in Folge des Neuen Kurses hatte sich verzögert. Das wurde von diesen Gruppen, zu denen Familienangehörige und Freunde der Inhaftierten gehörten, ausgenutzt. Während sich die Menschenmenge in Neuruppin bald zerstreute, eskalierte in Brandenburg die Gewalt. Angehörige der VP und ein FDJ-Funktionär wurden verprügelt. Beobachtet wurde, dass Angehörige der „Jungen Gemeinde“ einen Meldedienst einrichteten und Ausschreitungen gegen die VP und Funktionäre organisierten. Die VP ging verhalten vor. Die SED-Kreisleitung schickte 120 Agitatoren, die aber nichts ausrichten konnten. Ein gegen 23 Uhr einsetzender Platzregen beendete schließlich die Aktion.

Streiks und Demonstrationen am 17./ 18. Juni 1953 im heutigen Land Brandenburg



Legende

X Streiks/ Demonstrationen vor dem 17. 6.
 ● Streiks/ Demonstrationen am 17. 6.

▲ Schwerpunkte a. 17. 6.
 ○ nur Streiks

↑ Fahrten n. Berlin

5. Wie verliefen die „fünf Tage im Juni“ 1953 in Brandenburg?

Die Karte vermittelt einen visuellen Eindruck von der bisher gewonnenen Übersicht über die Streiks und Demonstrationen am 17. und 18. Juni 1953 auf dem Territorium des heutigen Bundeslandes. Hinter den eingezeichneten Symbolen verbergen sich folgende Orte bzw. Kreise, in denen in der Zeit vom 17. - 22. Juni 1953 Streiks und Demonstrationen stattgefunden haben.

Streiks gab es in Hennigsdorf/Kr. Oberhavel; Premnitz, Rathenow/Kr. Havelland; Brandenburg/Stadt; Potsdam/ Stadt; Ludwigfelde, Luckenwalde/Kr Teltow-Fläming; Belzig/Kr. Potsdam-Mittelmark; in Eberswalde, Marienwerder/Kr. Barnim; Strausberg, Storkow/Kr. Märkisch-Oderland; Rüdersdorf, Fürstenwalde, Stalinstadt-Fürstenberg/O. (heute Eisenhüttenstadt), Neuzelle/Kr. Oder-Spree; Frankfurt/O.-Stadt; in Cottbus/Stadt; Lübben, Wildau/Kr. Dahme-Spree; Forst, Guben, Spremberg/Kr. Spree-Neiße; Senftenberg, Lauchhammer, Calau, Lübbenau/Kr. Oberspreewald-Lausitz und in Finsterwalde, Herzberg/Kr. Elbe-Elster.

Beachtliche Demonstrationen fanden in Brandenburg/Stadt, Rathenow, Hennigsdorf, Belzig, Strausberg, Fürstenwalde, Fürstenberg/O.-Stalinstadt (Eisenhüttenstadt), Cottbus/Stadt, Senftenberg-Lauchhammer und in Lübben statt.

In der Prignitz fanden keine Streiks und Demonstrationen statt. Die Situation in der Uckermark ähnelte, wie erste noch unvollständige Recherchen ergaben, der in der Prignitz.

Im Kr. Ostprignitz-Ruppin kam es ebenfalls zu keinen besonderen Unruhen. Das gleiche galt für die ehemaligen Kreise Gransee (Oberhavel), Bad Freienwalde, Seelow (Märkisch-Oderland), Luckau (Dahme-Spreewald), Herzberg, Bad Liebenwerda (Elbe-Elster) und Jüterbog (Teltow-Fläming).

Den Anstoß zu den Streiks und Demonstrationen am 17. Juni in Brandenburg gab - wie für die ganze DDR- der Streik der Berliner Bauarbeiter am 16. Juni und ihre Demonstrationen am 16. und 17. Juni in Berlin-Mitte. Diese Aktionen breiteten sich auch in Brandenburg im Dominoeffekt aus. Entsprechend der drei Bezirke hatten sie **drei Ausgangspunkte**.

„Am Morgen des 17. Juni gegen 7.30 Uhr traf ... plötzlich aus den Kreisen eine Meldung nach der anderen über Streiks und Demonstrationen ein“, wird in der Analyse der Bezirksleitung der SED Potsdam berichtet. Sie gingen von den Arbeitern der Reichsbahn-Bauunion, Baustelle Nordring, aus. Zu Beginn der Frühschicht traten hier 11 000 Arbeiter in den Streik. Fast zeitgleich wurde die Arbeit auf allen Baustellen des Bezirkes eingestellt. Kurz darauf legten die Arbeiter des Stahl- und Walzwerkes und des LEW Hennigsdorf, der Großbetriebe in Brandenburg und Rathenow, des Kunstseidenwerkes Premnitz, des Schwermaschinenbaus Wildau und des Industrierwerkes Ludwigfelde die Arbeit nie-

der. Viele kleinere und mittlere Betriebe in diesen Kreisen schlossen sich dem an. Die Auslösung der Streiks und der darauf folgenden Demonstrationen ging in allen Fällen von den Bauarbeitern aus. Hauptmotiv in der Anfangsphase dieser Aktionen war „Solidarität mit den Berliner Bauarbeitern“, die ja zunächst mit ihren konkreten Forderungen hauptsächlich gegen die Normerhöhung, die Einschränkung der Fahrpreismäßigungen protestierten und für die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen eintraten. Die offen gegen die SED und Regierung gerichteten Losungen traten meist erst auf, als die Demonstrationen im vollen Gang waren. Die genannten ersten Aktionen im Bezirk Potsdam verliefen fast synchron mit den Berliner Ereignissen. Einige waren auch offensichtlich als direkte Unterstützung der Berliner Demonstrationen gedacht. Das zeigte sich vor allem in den Demonstrationen der Arbeiter aus dem Stahl- und Walzwerk und dem LEW Hennigsdorf. So wurde im Stahl- und Walzwerk die Losung aufgestellt: „Auf zum LEW zur Solidaritätskundgebung!“. Im LEW wurde die Losung ausgegeben: „Auf zum SWH zur Solidaritätskundgebung!“. Beide Züge trafen sich unterwegs und marschierten gemeinsam zur Sektorengrenze. Jetzt gab es Rufe wie „Frieden und Einheit Deutschlands“ oder „Wir wollen freie Wahlen!“. In der Nähe der Sektorengrenze wurden dann Losungen laut, die gegen die SED und die Regierung gerichtet waren. An der Sektorengrenze wurden die Grenzposten niedergeschlagen. Der Demonstrationzug begab sich nach Westberlin, wo ein großer Teil des Zuges auf bereitstehende Lastkraftwagen stieg und - nachdem der französische Stadtkommandant seinen Widerstand gegen die Aktion aufgegeben hatte - durch den französischen Sektor zur Demonstration in Berlin-Mitte fuhr.

Brandenburg-Stadt, Rathenow, Premnitz und Belzig entwickelten sich zu weiteren Schwerpunkten der Streiks und Demonstrationen am 17. und 18. Juni im **Bezirk Potsdam**. Vor allem Brandenburg und Rathenow erreichten „Berliner Zustände“.

In **Brandenburg** begannen die Streiks und Demonstrationen in den frühen Morgenstunden. Zwischen 7.00 und 7.30 Uhr traten etwa 500 Bauarbeiter des Stahl- und Walzwerkes in den Streik. Versuche, die Stahlwerker für den Streik und die darauf folgende Demonstration zu gewinnen, scheiterten. Den Bauarbeitern schlossen sich die Schiffswerft, das Schlepperwerk, die Post und die Reichsbahnbauunion an. Die Arbeiter des RAW Kirchmöser legten gegen 13.00 Uhr die Arbeit nieder. Die Arbeiter, die auf der Baustelle „Kurve Brandenburg“ der Deutschen Reichsbahn tätig waren, verrichteten wie die anderen Reichsbahndienststellen ihre Arbeit, bis sich einige Tausend Demonstranten der Bauunion des SWB und anderer Betriebe der Baustelle näherten. Unter Gewaltandrohung forderten diese die 150 Arbeiter auf, die Arbeit niederzulegen. Ihnen wurde das Handwerkszeug aus der Hand gerissen. Widerstand war zwecklos. So wie ihnen erging es den Belegschaften einiger kleinerer Betriebe, der Handelsbetriebe und einiger Verwaltungsorgane. Sie wurden mit Drohungen und Schlägen gezwungen, sich an den Demonstrationen zu beteiligen. Damit wurde der provokative und gewalttätige Charakter dieser Demonstrationen schon bei ihrer Formierung

sichtbar. Plakate und Friedenslosungen wurden heruntergerissen, Autos angehalten und umgestürzt, SED-Mitglieder verprügelt und ihnen die Abzeichen abgerissen. Die Demonstranten drangen in das Gebäude der SED-Kreisleitung ein und demolierten die Einrichtung. Auch das Jugendklubhaus und das Haus der Freundschaft wurden zerstört. Es gelang den Demonstranten, vorübergehend die unterste Etage des Volkspolizeikreisamtes zu besetzen. Mehrere Funktionäre wurden verletzt. Das Gerichtsgefängnis in der Steinstraße wurde gestürmt, die Wachmannschaft entwaffnet und etwa 40 Häftlinge befreit. Der im Auftrage der Justizverwaltung Potsdam zufällig anwesende ehemalige Brandenburger Strafrichter B. wurde gegen den Willen des „Komitees“, das die Aktion leitete, im Verlauf der Verhandlungen von 3-4 Mann gepackt und in die auf dem Gefängnishof und der Steinstraße wartende Menge geführt. Er wurde in Handschellen durch die Steinstraße zum Neuen Markt getrieben und durch ständige Schläge schwer verletzt. Dort wurde gefordert, ihn aufzuhängen. Er wurde schließlich von einem Demonstranten, der Arzt war, gerettet.

B., der am 30. Juni 1953 in einem detaillierten „Bericht über die Vorfälle im Gericht und Gefängnis in Brandenburg/H. am 17. Juni 1953“ (BLHA, Rep. 530, Nr. 1010) die Vorgänge darstellt, beschreibt die Ereignisse auf dem Neuen Markt und seine Rettung wie folgt:

„Man zog mit mir weiter über den ganzen Marktplatz bis zu der am anderen Ende befindlichen Tribüne, auf die ich gezerzt wurde und führte mich bis an den Rand der Tribüne. Hier stellten sich einige neben mich, setzten mir die Faust unter das Kinn und riefen in die aufgeregte johlende Menge: ‚Hier seht Euch den Verbrecher noch einmal an, bevor wir ihn zur Verantwortung ziehen werden‘. Sodann forderte man mich auf, zu der den ganzen Marktplatz einnehmenden Menge zu sprechen und meine ‚Schuld‘ zu bekennen. Inzwischen ertönten immer wieder Rufe. ‚Hängt ihn auf!‘ Da ich nunmehr infolge der vielen Schläge über den Kopf und des großen Blutverlustes am Rande meiner Kräfte und kurz vor dem endgültigen Zusammenbruch war, konnte ich auch nicht mehr sprechen ... Ich bemerkte dann nur noch, wie sich ein mir zu dieser Zeit noch unbekannter Mann, wie ich später erfuhr, war es Dr. B., in die Menge vor der Tribüne drängte und dass dieser rief: ‚Leute, ich bin bestimmt kein Freund dieses Systems und will dieses System auch nicht stützen, aber wir wollen nicht Verbrechen mit Verbrechen vergelten. Wenn dieser Mann dort oben Verbrechen begangen hat, dann soll er dafür auch zur Verantwortung gezogen werden. Jetzt aber gehört er in die Hände des Arztes, denn er ist schwer verletzt‘. Das waren sinngemäß die Worte des Arztes. In der Wohnung des Arztes wurde mir von diesem ein Notverband angelegt, und er benachrichtigte das Krankenhaus, dass sofort ein Krankenwagen geschickt werden solle, um mich abzuholen. In der Zeit, als wir auf den Krankenwagen warteten, verlangte die Masse der Aufrührer wiederum meine Auslieferung und versuchte, in das Haus des Arztes einzudringen. Zwei Mitglieder des ‚Komitees‘, ... die sich mit beim Arzt befanden, begaben sich daraufhin nach unten und versuchten, die Menge vom Eindringen in das Gebäude abzuhalten ... Es gelang ihnen, die Menge soweit zu beschwichtigen, dass der

inzwischen erschienene Krankenwagen auf den Hof des Arztes fahren konnte, wo ich eingeladen wurde, und es gelang ihnen weiterhin, für den Wagen, der mich hinausfuhr, soviel Platz zu schaffen, dass er ungehindert durchkam und mich ins Krankenhaus brachte“ .

Dieses Zitat ist insofern aufschlussreich, weil es auch einen kleinen Einblick in das “Innenleben“ und die Eigendynamik der Brandenburger Demonstrationen gibt.

Den Besonnen unter den Organisatoren der Massenaktionen gelang es nur mit Mühe oder gar nicht, die Gewalttätigen unter den Massen im “Zaum zu halten“. In Brandenburg konnte noch ein Mord verhindert werden, in Rathenow nicht. In **Rathenow** wurden durch Demonstranten eine Molkerei gestürmt und geplündert. Einige von ihnen holten das Mitglied der SED und leitenden Mitarbeiter der HO-Kreisverwaltung Rathenow, Wilhelm Hagedorn, von seinem Arbeitsplatz und erschlugen ihn bestialisch. Er gehörte zu dem Kreis von Funktionären, die in den regelmäßigen “Warnmeldungen“ des RIAS und auf Flugblättern aus Westberlin namentlich genannt wurden. Noch in den Tagen nach dem 17. Juni, als eine Gedenkkundgebung für ihn veranstaltet wurde gab es Gerüchte, das die SED sein Vorleben verschweige.

In Brandenburg und Rathenow wurde wie in Berlin der „Aufstand geprobt“. Es gelang den Demonstranten am 17. Juni 1953, für mehrere Stunden beide Städte zu beherrschen.

Ein weiterer Schwerpunkt ergab sich am 17. Juni in **Belzig**. Die Demonstration von Niemegk nach Belzig, die dafür der Auslöser war, hatte ein Vorspiel.

In den Akten der Bezirksleitung der SED findet man einen Bericht des Kaderleiters des Reichsbahnamtes Berlin 4 über seinen Einsatz am 17. Juni im Dienststellenbereich Belzig/Wiesenburg. Er vermerkt: 8.30 Uhr 39 Arbeitskräfte der Reichsbahnbauunion (aus Niemegk) legen die Arbeit nieder, Diskussion mit Betriebspersonal, Rangierer und Rottenarbeiter, Betriebspersonal zu 90% Eisenbahnerstandpunkt „Unsere Bahn muss rollen“, Rotte abwartend. 9.30 Uhr Eintreffen einer Delegation der Reichsbahnbauunion und der MTS Niemegk, legen 18 (19!) Forderungen mit der Bemerkung vor: „Erfüllen der Forderungen oder wir nehmen die Arbeit nicht wieder auf. Der Berichterstatter gibt neun Forderungen aus dem Gedächtnis wieder:

- sofortige Preissenkung um 40%
- sofortiges Abtreten der Regierung, Neuwahl einer gesamtdeutschen Regierung
- sofortige Einführung des Stundenlohnes und Abschaffung des Normensystems
- Auflösung der BPO
- Abschaffung des Spitzelsystems
- sofortige Freilassung von drei Kollegen aus der Haft, weil sie zu hart bestraft wurden
- die ausfallende Arbeitszeit ist zu bezahlen

- wöchentliche Lohnzahlung.

Wir erklären uns mit den Arbeitern der Stalinallee solidarisch.

Die weiteren Forderungen waren teils politischer und teils betrieblicher Natur. Die Versuche einer Aufklärung scheitern. Das Ergebnis nach zweistündiger Diskussion war: *„Ihr habt hier unsere Forderungen und wir wollen von Euch eine klare Antwort, ob ja oder nein, andernfalls nehmen wir die Arbeit nicht wieder auf. Oder denkt ihr, dass wir weiter so mit unserer Marmelade in den Schränken weiterarbeiten? Ihr könnt wunderbar reden, wir wollen aber wissen, was wir unseren Kollegen, die auf unsere Rückkehr warten, sagen können“*. Der Kaderleiter Sch. versucht, zu erläutern, dass die Regierung in Presse und Rundfunk einen Teil ihrer Forderungen positiv beantwortet habe und ihre Realisierung nur im Republikmaßstab möglich sei. Daraufhin der Einwurf eines Delegationsmitgliedes: *„Das sind Versprechungen, von denen wir genug haben, wir wollen Taten sehen und zwar sofort“*.

Der Bezahlung der Ausfallzeit wurde zugestimmt. Ein anwesender Richter greift die gestellte Forderung nach der Freilassung der Inhaftierten auf und macht den Vorschlag, das umgehend mit der Staatsanwaltschaft in Potsdam zu klären. Er bietet an, sofort ein Auto für die Fahrt nach Potsdam zur Verfügung zu stellen. Die Delegation erklärte, dass sie nicht verhandeln könne, da sie an und für sich nur mit erfüllten Forderungen zur wartenden Belegschaft zurückkehren wollten. Inzwischen kam ein Anruf von der Belegschaft, dass sie die Delegation mit einer Demonstration unterstützen will. Sie sei bereits unterwegs zum Bahnhof Belzig.

Ein Situationsbericht beschrieb die Entstehung des Demonstrationszuges.

150 Bauarbeiter eines Streckenabschnittes begannen die Demonstration auf der Chaussee nach Niemegk. Unterwegs wurde der fahrplanmäßige Zug Treuenbrietzen-Belzig angehalten, Arbeiter der Bauunion Niemegk wurden veranlasst, den Zug zu verlassen und sich der Demonstration anzuschließen (7.50 Uhr). 8.45 Uhr kam der Zug zur MTS und zur volkseigenen Ziegelei. Die Belegschaften beider Betriebe wurden aufgefordert, sich anzuschließen. Der überwiegende Teil folgte der Aufforderung. Agitatoren versuchten, mit den Demonstranten ins Gespräch zu kommen. Das scheiterte am entfachten Radau. Auch das Gespräch mit der Delegation der Demonstranten über ihre 19 Forderungen scheiterte an deren Unsachlichkeit. Mit einem aus Baustellen- und Plattenwagen bestehenden Sonderzug fuhren die Demonstranten um 13.00 Uhr nach Belzig. Dort formierten sie sich und zogen mit einer Blaskapelle an der Spitze in die Stadt.

Beim Verlassen des Bahnhofes forderten die Demonstranten die am Bahnsteig arbeitenden Gleisarbeiter auf, ebenfalls die Arbeit niederzulegen. Die reagierten nicht. Daraufhin drohten sie der Gleisbaurotte und begannen, sie mit Steinen zu bewerfen. Die Rotte verhielt sich ruhig. Ein Teil ging in die Büsche und ein Teil auf das Stellwerk und wartete bis der Zug vorbei war. Diskussionen unter den Mitarbeitern des Bahnhofes zeigten, dass auch bei ihnen Missstimmung herrschte, aber keiner - bis auf die Güterabfertigung, die aber mehr schaulustig war - verließ den Arbeitsplatz. *„Wir machen unseren Dienst als Eisenbahner und*

wollen hoffen, dass die Regierung ihr Wort hält“. Auch in der Gleisbaurotte gab es kritische Stimmen. Bemerkenswert war die Feststellung des älteren Arbeiters B. Sch., die im Bericht wie folgt indirekt zitiert wurde: *„Er brachte zum Ausdruck, dass er, wenn er das gewusst hätte, 1926 nicht in die KPD eingetreten wäre. Er sagte: ‚Kollegen ich schäme mich‘“* (BLHA, Rep. 530, Nr. 997. BL 3). Die Demonstration vom Bahnhof zum Rat des Kreises in Belzig war gut organisiert. Es waren etwa 2 000 Demonstranten. Ihnen hatten sich unterwegs noch Großbauern der Umgebung, Einzelhändler, HO-Gaststättenpersonal aus Belzig Frauen und Kinder angeschlossen. Die Kapelle spielte „Preußens Gloria“, „Brüder zur Sonne zur Freiheit“ und vor dem Rat des Kreises wurde das „Deutschlandlied“ gesungen. Die fünfköpfige Delegation verhandelte mit dem Vorsitzenden des Rates des Kreises und einigen Ratsmitgliedern über die 19 Forderungen. Diese ultimativ gestellten Forderungen und die zur Sprache gebrachten ökonomischen Probleme, die eigentlich zu diesem Zeitpunkt bereits vom Ministerrat erfüllt waren, wurden dennoch an den Rat des Bezirkes weitergeleitet.

Anschließend führten die Mitglieder des Rates des Kreises Gespräche mit Demonstranten. Der ehemalige Vorsitzende des Rates des Kreises Belzig, H. Vogel, hatte sich in der MML als Zeitzeuge zu Wort gemeldet und die falsche Darstellung der Ereignisse am 17. Juni in der Chronik der Stadt Niemegk widerlegt. Dort wurde behauptet, dass der Kreisratsvorsitzende nicht zu den Demonstranten gekommen sei. An seiner Stelle seien ein sowjetischer Panzer und Soldaten erschienen, die wild um sich in die Luft schossen.

H. Vogel schrieb: *„Bei den Gesprächen mit Handwerkern, u. a. mit dem Bauunternehmer Völker, kam der Unwille der Bürger über diese Menschenansammlung und über solche Verhaltensweisen, wie das Tragen eines Galgens mit aufgeknüpfter Strohuppe (sie sollte den Bürgermeister von Kuhlowitz darstellen) zum Ausdruck“*.

In dem oben erwähnten Situationsbericht wurde auch beschrieben, dass auf Veranlassung des Großbauern H. aus Preußnitz zwei Funktionäre der VdGB, die bereits bei einem Agitationseinsatz in Kuhlowitz von demonstrierenden Bauarbeitern verprügelt worden waren, vor dem Demonstrationzug vom Bahnhof bis Belzig hergetrieben wurden. Der selbe Bauer schlug gemeinsam mit zwei anderen aus Niemegk und Locktow während der Demonstration auf der Wiesenburger Brücke den Staatsanwalt Schreiber auf offener Straße zusammen, weiß der Niemegker Stadtchronist zu berichten. Um diese Gewalttaten zu beenden, entsandte die sowjetische Kommandantur das oben genannte Kommando. Laut Informationsbericht gaben - entgegen der Feststellung Vogels, dass kein Schuss gefallen sei - die Soldaten mehrere Warnschüsse ab. Aber das beeindruckte die randalierenden Demonstranten nicht. Die Demonstration dauerte 3 - 4 Stunden. Um 17.00 Uhr löste sie sich von selbst auf. Die Teilnehmer fuhren mit dem Sonderzug zurück.

Auch in der damaligen Bezirks- und heutigen **Landeshauptstadt Potsdam** gab es am 17. Juni Ansätze von Streiks und Demonstrationen. Zeitweilige Arbeits-

niederlegungen und erregte Diskussionen gab es im Babelsberger Industriegebiet, in der Bauunion am Luftschiffhafen, im RAW und im Kraftverkehr. Die Normerhöhung, die Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die Kritik an Ulbricht standen im Mittelpunkt der Diskussionen. Diese Themen und die Forderungen nach freien Wahlen und Rücktritt der Regierung bestimmten den Inhalt der in den Betrieben angebrachten Losungen. Die Mehrheit der Betriebsangehörigen war zur Arbeit erschienen. Enge Kontakte gab es zwischen der DEFA und dem Karl-Marx-Werk. Vertreter der beiden Betriebe verhandelten über eine Demonstration. Man entschied sich aber, in den Betrieben zu bleiben. Mit gelegentlichen Störungen durch mit diesem Kurs nicht einverständener Gruppen wurde die Arbeit von Vielen wieder aufgenommen. Nach der Verhängung des Ausnahmezustandes um 17.00 Uhr in der Stadt und Bezirk Potsdam trat eine gewisse Ernüchterung ein.

Am 18. Juni kam es im Bezirk zu keinen Demonstrationen mehr, aber der Streik hatte sich weiter ausgedehnt. Außer den Versorgungs-, Energie- und Verkehrsbetrieben streikten fast alle Betriebe des Bezirkes. Auch in Potsdam-Stadt kam es im Karl-Marx-Werk, im RAW und in der DEFA zu zeitweiligen Streiks. Die Verkehrsbetriebe wollten gegen Abend die Arbeit niederlegen. Durch massiven Einsatz von Agitatoren und die Abriegelung der Werke durch Polizei wurden die Streiks isoliert und nach einigen Stunden abgebrochen.

Im **Bezirk Frankfurt/O.** ging die Streikwelle von der Bauunion Spree Strausberg aus. In den Morgenstunden des 17. Juni wurde auf der Großbaustelle **Strausberg** ein Streik ausgelöst, an dem sich 300 Arbeiter beteiligten.

In der Nacht vom 16. zum 17. Juni wurden laut Informationsbericht der SED-Bezirksleitung Frankfurt/O. vom 18. Juni an das ZK 20 unbekannte Personen in das Bauarbeiterlager eingeschleust. Bereits am 13. Juni wurden Zimmerleute aus Westberlin auf den Baustellen Strausberg und StalinStadt eingestellt. Ein Situationsbericht des FDGB-Bezirksvorstandes Frankfurt/O. vom 22. Juni 1953 erwähnt, dass im Bereich der Bauunion Bitterfeld kurzfristig einige Hundert Arbeiter aus der Republik und Berlin, einschließlich der Westsektoren, eingestellt wurden. Sie waren die treibende Kraft der Arbeitsniederlegung von 2 000 Kollegen am 17. Juni 1953, 14.15 Uhr, im Objekt Hochofen IV des Eisenhüttenkombinates StalinStadt. 100 von ihnen wurden verhaftet.

Auf der Baustelle Strausberg wurde eine Streikleitung gewählt, die u. a. auch am 17. Juni LKW-Fahrten zur Verstärkung der Berliner Demonstranten organisierte und bereits vormittags eine vierköpfige Delegation zu den Bauarbeitern in der StalinAllee schickte. Die traf dort auf der Baustelle G-Süd 11.55 Uhr ein, erklärte sich mit den Streikenden solidarisch und überreichte eine Resolution mit Forderungen, auf die das Politbüro des ZK der SED bereits am Vortag positiv reagiert hatte. Nach einer Diskussion darüber ist die Delegation wieder zur Baustelle zurückgefahren und wollte ihre Kollegen überzeugen, die Arbeit wieder aufzunehmen, vermerkt ein Beobachter des Zentralvorstandes der IG Bau-Holz an

diesem Abschnitt der Baustelle in seinem Informationsbericht (MÜLLER/SEMMELMANN, 7, 1993,15).

Die Streikleitung der Baustelle Strausberg machte daraufhin unter dem Eindruck des inzwischen ausgerufenen Ausnahmezustandes den Vorschlag, den Streik am 18. Juni zu beenden. Dieser Vorschlag wurde von einer Mehrheit der Streikenden abgelehnt. Die Streikleitung trat deshalb zurück. Die Streikenden lehnten am 18. Juni jegliche Diskussion mit Agitatoren ab. Diese werden mit Äußerungen wie „schlagt sie tot, henkt sie auf u. ä.“ niedergeschrien.

Der Streik der Strausberger Bauarbeiter hatte sich in den Vormittagsstunden des 17. Juni auf Schwerpunktbetriebe des Bezirks, auf das Reifenwerk Fürstenwalde, das Kalk-, Zement- und Betonwerk Rüdersdorf und das Eisenhüttenkombinat Stalinstadt/Fürstenberg ausgedehnt. Betriebe in Eberswalde und kleinere Betriebe schlossen sich an. Es waren auch hier Betriebe, in deren Nähe Bauunionen stationiert waren.

Die Bauunionen waren auch im Bezirk Frankfurt/O. die Kraft, die Streiks und vor allem Demonstrationen in ihrem Einzugsbereich inszenierten und vorantrieben.

Neben Strausberg entwickelten sich vor allem Fürstenberg/Stalinstadt und Fürstenwalde zu Schwerpunkten der Demonstrationen.

Die Ereignisse in **Fürstenberg/O./EKO** (ab 1961 Stalinstadt und heute Eisenhüttenstadt) sind bereits in der Literatur gründlich analysiert worden (vgl. CERNY, 34/1984, 34-36; 40/1998,1, 3-15 und SEMMELMANN, 1993). Deshalb können wir die wesentlichsten Aktionen nur kurz skizzieren:

Auch im EKO gingen Streik und Demonstration von Arbeitern der Bauunionen aus. Sie waren in Baracken untergebracht, in denen die Wohnbedingungen sehr dürftig waren. Mängel in der Versorgung, die Einschränkungen der Fahrpreisermäßigungen und die Erhöhung der Normen in einer noch vorwiegend schweren körperlichen Arbeit traf sie, wie alle Arbeiter der Bauunionen, hart. Die daraus resultierende Missstimmung und der raue Umgang auf den Baustellen erklärt u. a. ihre Streik- und Demonstrationsbereitschaft, die sie auf andere zu übertragen bestrebt waren. Meistens junge Rowdys, die es auch unter ihnen gab, griffen dann auch zu den Mitteln der Gewalt. Das war bei den Aktionen am 17. Juni in Fürstenberg der Fall. Die Schicht, die am diesem Tag um 6.00 Uhr die Arbeit aufnahm, hatte die Diskussion über den Streik der Berliner Bauarbeiter in das Werk getragen. Bereits auf dem Weg zur Arbeit, in der Bahn, wurde darüber diskutiert und die ersten Schlussfolgerungen gezogen. In einer telefonischen Durchsage der Kreisleitung Fürstenberg an die Bezirksleitung Frankfurt/O. der SED am 17. Juni, 9.15 Uhr, wird u. a. erwähnt, das der Wortführer dabei ein gewisser B., ein ehemaliger SS-Mann, gewesen sei. Sicher entsprangen solche Meldungen dem Bestreben der Parteiführung, Beweise für die Behauptung, dass der 17. Juni ein faschistischer Putsch sei, zu sammeln. Der Streik der Bauarbeiter im EKO dehnte sich aus. Im Werk hatten sie Erfolg bei den Arbeitern der Montagebetriebe. Im Bericht der IG Metall des Bezirkes wurde von 20-30 Metallarbeitern aus den Montagebetrieben gesprochen, die sich an der

anschließenden Demonstration nach Fürstenberg beteiligten. Bei den Schmelzern an den Hochöfen versuchten es die Bauarbeiter gar nicht erst, diese für einen Streik und die Demonstration zu gewinnen. *„Zu den roten Hochöfnern brauchen wir gar nicht zu gehen, die machen ja doch nicht mit“*, resignierten sie. Der Demonstrationszug nach Fürstenberg umfasste, wie Agitatoren, die sich unter die Demonstranten mischten, berichteten, etwa 1 600 – 2 000 Menschen. Es gab auch viele Teilnehmer, die gar nicht wussten, um was es überhaupt ging. Die Losungen, unter denen sie demonstrierten beinhalteten: Sturz der Regierung, freie gesamtdeutsche Wahlen, Wegfall der Normerhöhung, 40%ige Preissenkung in der HO. Auf dem Marktplatz in Fürstenberg machte die Demonstration halt. Eine Delegation von drei Mann wurde in das Parteihaus geschickt. Sie sollten die Forderung überbringen, ein leitender Funktionär solle zu der Menge sprechen. Dies wurde von dem Sekretär der KL. B. mit dem Hinweis abgelehnt, das Politbüro und die Regierung hätten schon alles gesagt. Die zu einem großen Teil mit Knüppeln bewaffnete Menge wollte auch nicht ernsthaft verhandeln. Einige Demonstrationsteilnehmer, vor allem Jugendliche, drangen von hinten in das Gebäude ein und demolierten die Einrichtung. Der Leiter der Kreisregistrierabteilung der KL wurde durch Wurfgeschosse schwer verletzt. Außerdem wurde ihm seine Pistole entwendet. Als die gerufene Polizei kam, verließen die Eindringlinge fluchtartig das Haus. Vor dem Haus distanzierten sich große Teile der anwesenden Bevölkerung von dem Terror. Auf dem Marktplatz wurden 20 Personen, die an der Demolierung der KL teilgenommen hatten, verhaftet. Dagegen blieb die **Bezirkshauptstadt Frankfurt/O.** am 17. und 18. Juni relativ ruhig. *„Lediglich im Bauabschnitt der Autobahn, wo die Bauunionen Rostock, Halle, Spree Berlin und Dresden tätig sind, kam es zu Störungen bzw. zur Abfassung eines provokatorischen Telegramms an den Bundesvorstand des FDGB, in dem die vom RIAS verbreiteten Forderungen enthalten waren“*, heißt es in dem am 20. Juni 1953 verfassten Bericht der Abt. Wirtschaftspolitik der SED-BZL über ihren Einsatz im Kreis Frankfurt/O. am 18. und 19. Juni (BLHA, Rep. 730, Nr. 729). Zur allgemeinen Arbeitsniederlegung kam es in diesem Bauabschnitt nicht.

Nach der Verhängung des Ausnahmezustandes kam es auch im Bezirk Frankfurt/O. zu einem leichten Anschwellen der Streiks. Kleinere Betriebe, die am 17. Juni nicht gestreikt hatten, traten am 18. Juni in den Streik, z. B. die Schuhfabrik Storkow und das Sägewerk Marienwerder bei Finowfurt.

Im **Bezirk Cottbus** fanden die Aktionen zeitversetzt gegenüber Berlin, Potsdam und Frankfurt/O. statt. Dabei bildeten sich vier Schwerpunkte heraus: Ausgehend vom RAW in Cottbus, in Lauchhammer auf der Großbaustelle der Großkokerei, die Bauerndemonstration in Jessen und Streiks in Finsterwalde, wo es, wie schon erwähnt, bereits vor dem 17. Juni zu Arbeitsniederlegungen kam. Lediglich in Cottbus-Stadt, Jessen (heute Sachsen-Anhalt) und in Lauchhammer kam es zu beachtlichen Demonstrationen mit gleichzeitigen Arbeitsniederlegungen, die stark regierungsfeindlich orientiert waren.

In einem „Bericht über die Lage im Bezirk Cottbus am 17. Juni 1953“ vom 18. Juni 1953 schätzte die SED-Bezirksleitung die entstandene Situation folgendermaßen ein:

„Das Charakteristische des heutigen Tages besteht darin, dass die Partei sowie die Staatsorgane völlig in die Defensive gedrängt, es nicht verhindern konnte, dass die gegnerischen Aktionen und Provokationen zunahmen, und es in einigen Orten unseres Bezirkes zu öffentlichen Kundgebungen und Demonstrationen kam. Diese gegnerischen Ansammlungen tragen einen ernst zu nehmenden Massencharakter und müssen als eine teilweise gut organisierte Aktion eingeschätzt werden, die im engsten Zusammenhang mit den gestrigen Ereignissen in Berlin zu betrachten sind.

Der staatsfeindliche Charakter dieser Aktionen kommt in den mitgeführten Losungen zum Ausdruck: ‚Absetzung der Regierung‘; ‚Preissenkung der HO um 40%‘; ‚Allgemeine Lohnerhöhung‘; ‚Freie und geheime Wahlen für ganz Deutschland‘; ‚Senkung der Gehälter der Bonzen‘; ‚Entlassung aller politischen Gefangenen und der anderen‘“.

Ungeachtet der einseitigen Wertung der Ereignisse am 17. Juni kommt doch ihre Wirkung deutlich zum Vorschein (BLHA, Rep. 930, Nr. 719).

Cottbus war die einzige ehemalige Bezirkshauptstadt in Brandenburg, die sich am 17. Juni zu einem Schwerpunkt der Streiks und Demonstrationen entwickelte.

Hier gingen die Aktionen von einer „Zentralen Streikleitung“ aus, die sich im RAW gebildet hatte. Ein Mitglied des Stadttheaters Cottbus war illegal in das RAW eingedrungen und hatte dort zur Bildung einer Betriebsstreikleitung aufgefordert, was auch geschah. Die Anweisungen der „Zentralen Streikleitung“ waren mit „Wut“ unterzeichnet. Fingierte Telegramme und Telefonanrufe, die zum Streik aufriefen, waren mit „Wut“ unterzeichnet bzw. meldeten sich mit diesem Wort. So ein Telegramm wurde z. B. in Finsterwalde aufgefunden. Dem Streik im RAW (ca. 1 800 Teilnehmer) und der von hier aus organisierten Demonstration schlossen sich bald andere Cottbuser Betriebe an. Dazu gehörten: Die Naco-Nährmittelfabrik (ca. 500), die Bekleidungsbetriebe Cottbus (ca. 150), der Kreisbaubetrieb (ca. 200) und Knief-Melde (ca. 400). Die Demonstration wurde von sowjetischen Streitkräften und der VP zerstreut. Ein Teil des Zuges formierte sich in der Spremberger Straße und vor dem Rat des Bezirkes neu. Ausschreitungen konnten verhindert werden. Von sowjetischen Soldaten wurden dabei zwei Warnschüsse abgegeben. Trotz des Ausnahmezustandes bildeten sich bis in die späten Abendstunden immer wieder starke Diskussionsgruppen. Die Streiks gingen am 18. Juni weiter. Sie verstärkten sich noch. Zehn weitere Betriebe kamen dazu. Im RAW kam es zu einem erneuten Einsatz sowjetischer Soldaten. Am 19. Juni wurde in Cottbus wieder die Arbeit aufgenommen.

Im **Raum Senftenberg/Lauchhammer** waren es ausschließlich die Bauunionen Senftenberg, Riesa, Bitterfeld und Montagefirmen aus Berlin, Bitterfeld und

Rostock sowie zwei in Lauchhammer ansässige Betriebe, deren Arbeiter hier streikten und demonstrierten.

In **Lübben** (Spreewald) hatte sich am 17. Juni gegen 14.30 Uhr ein Demonstrationzug der Arbeiter der Baustelle Eichkanal und Bauern der umliegenden Dörfer gebildet. Er bestand aus 60-70 Personen. Die entsprechende Information der SED-Kreisleitung an die BZL Cottbus sprach von „alkoholisierten Teilnehmern“, mit denen keine vernünftige Diskussion möglich war. Es wurde ferner berichtet, dass sich dem Zug „stadtbekannte Rowdys“ anschlossen, die bald zu randalieren begannen. Der Zug bewegte sich zum VEB Trikotagenwerk Spree, das angeblich eine Beteiligung an der Demonstration zugesagt hätte. Die Tore der Fabrik wurden gewaltsam geöffnet. Man drang in das Werk ein, aber die Betriebsangehörigen beteiligten sich nicht an der Demonstration, sondern gingen nach Hause. Einige sind auf den Bürgersteigen dem „lärmenden Haufen“ nachgegangen. Vor dem Rat des Kreises, dem Kreisgericht und dem VPKA gab es Tumulte und Beschimpfungen von Funktionären. Daraufhin griff eine Einheit der Sowjetarmee und Kräfte der VP ein. Gegen 19.30 Uhr wurde die Demonstration aufgelöst, die Teilnehmer auseinandergetrieben. Von den sowjetischen Soldaten wurden dabei Warnschüsse abgegeben und in zwei Fällen, wo ein tätlicher Angriff auf die Soldaten und Flucht vorlag, wurde direkt von der Waffe Gebrauch gemacht. Beide Flüchtende wurden verwundet.

Insgesamt haben sich am 17. Juni im Bezirk Cottbus 10 500 Menschen an den Streiks und Demonstrationen beteiligt. Am 18. Juni, nachdem am 17. Juni der Ausnahmezustand ausgerufen wurde, streikten in 47 Betrieben 14 000 Menschen, darunter Betriebe, die die Arbeit nur für kurze Zeit niedergelegt hatten. In diesen Zahlen sind auch die Teilnehmer der Streiks und der Bauern demonstration in Jessen (70 + 200, heute Sachsen-Anhalt) und die Streikenden in Weißwasser und Hoyerswerda (834, heute Sachsen) enthalten. Am 19. Juni hatten alle Betriebe mit Ausnahme der Baustelle Lauchhammer (2 065 Streikende), um 12 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen. Am 22. Juni kehrten die letzten Bauarbeiter zurück.

Wenn man die **Forderungen und Losungen der Streikenden und Demonstranten am 17. Juni 1953 in Brandenburg** betrachtet, dann fällt eine gewisse Einheitlichkeit und ihre Entwicklung von reinen ökonomischen (Zurückname der Normerhöhung und anderer Maßnahmen, die das Lebensniveau senkten, Senkung der HO-Preise u. a) zu politischen (Freie gesamtdeutsche Wahlen, Rücktritt der Regierung, Bestrafung der Schuldigen an der fehlerhaften Politik) innerhalb weniger Stunden auf, obwohl keine zentrale Streikleitung in den Bezirken und in der DDR existierte.

In fast allen Berichten und Meldungen, die in der Zeit vom 17. - 20. Juni 1953. die drei Bezirksleitungen erreichten und Bezug auf die Forderungen der Streikenden nahmen, fanden wir häufig die sprachliche Wendung „die bekannten

vom RIAS verbreiteten Losungen“. Zum Beispiel heißt es noch am 28. Juni in einem Bericht der BZL Frankfurt/O. an das ZK der SED:

„Im Reifenwerk Fürstenwalde konnte bei einem Agitationseinsatz festgestellt werden, dass dort noch immer RIAS-Parolen ... verbreitet werden: 'Neuwahl in der DDR' (Konstruktionsbüro), in der Vulkanisierstation 'Wir fordern freie geheime Wahlen', Sturz der Regierung, weil sie das Vertrauen bei den Arbeitern verloren hat. Sie werden es auch nicht wieder erreichen. Sie wäre gestürzt worden, wenn nicht die Russen dazwischen gekommen wären“ (BLHA, Rep. 730, Nr. 728).

Der Rundfunk im Amerikanischen Sektor (RIAS) hatte am 16. Juni 1953, um 19.30 Uhr gesendet:

„Eine Delegation der Bauarbeiter, von denen die Aktion (Streik in der Stalinallee - D. S.) ausgegangen war, hat dem RIAS heute eine Resolution mit der Bitte um Veröffentlichung überreicht. Darin heißt es: die Arbeiter haben durch ihren Streik und ihre Demonstration bewiesen, dass sie in der Lage sind, den Staat zur Bewilligung ihrer berechtigten Forderungen zu veranlassen. Die Arbeiter werden von der Möglichkeit jederzeit wieder Gebrauch machen, wenn die Organe des Staates und der SED nicht unverzüglich folgende Maßnahmen einleiten: 1. Auszahlung der Löhne nach den alten Normen schon bei der nächsten Lohnzahlung; 2. sofortige Senkung der Lebenshaltungskosten; 3. freie und geheime Wahlen; 4. keine Maßregelung der Streikenden und ihrer Sprecher“ (HEYM, 1977, 176). Diese Meldung wurde stündlich wiederholt.

Die formulierten Losungen der Streikenden und Demonstranten in Brandenburg waren im Gegensatz zu den Formulierungen des RIAS - in der tatsächlichen Sprache der Arbeiter geschrieben. Sie waren auch nicht die Sprache der Bauarbeiter der Stalinallee. Wer hatte also daran gedreht? Die Antwort gibt Egon Bahr, damals Chef der deutschen Redaktion beim RIAS, in seinem Buch: „Zu meiner Zeit“. Hier einige zusammengeschnittene Auszüge:

„Wir spürten, dass in der Zone der Druck zunahm und die Unzufriedenheit wuchs, weil die Normen erhöht wurden ... Der Druck wurde so groß, dass etwas Unerhörtes passierte: Die Regierung korrigierte sich zu einem "neuen Kurs". Das hatten wir nicht erwartet ... Wir hörten und berichteten, dass Bauarbeiter, die in der ... Stalinallee arbeiteten, ihre Baustellen verließen und zum Haus der Ministerien marschierten, um der Regierung ihre Forderungen vorzutragen ... Am Nachmittag des 16. Juni erschien eine Abordnung der Streikenden mit dem Wunsch, der RIAS sollte zum Aufstand in der Zone aufrufen. Ich fragte, ob es irgendwelche Verbindungen zu anderen Städten gäbe, irgendeine Organisation. Sie verneinten; das spiele keine Rolle, dem Aufruf würden die Massen folgen. Aber ich wusste, dass es ohne Organisation keine Revolution geben kann. Außerdem: Mit welchem Recht durften wir Menschen zu Taten aufrufen, die erfolglos bleiben müssten und denen wir danach nicht helfen können? Es war zudem zweifelhaft, ob die Amerikaner zustimmten; in einer solchen Situation konnten wir nicht hinter ihrem Rücken handeln.

Die Bauleute waren enttäuscht. Wir hatten sie etwas beruhigt, in dem wir mit ihnen zusammen ihre Forderungen formulierten, fünf oder sechs Punkte aufschrieben und ihnen zusagten, wir würden diese Forderungen des Streikkomitees senden ... Drei Stunden später kam Ewing, aufgeregt, blass, fast zitternd und gab zum ersten- und letzten Mal einen klaren Befehl: Die Forderungen des Streikkomitees dürfen ab sofort nicht mehr gesendet werden, Anordnung des amerikanischen Hochkommissars Mc Cloy. Der habe angerufen und gefragt, ob der RIAS vielleicht den dritten Weltkrieg beginnen wollte ... Am Abend kam die Meldung, die Streikenden wollten sich morgen früh um sieben am Strausberger Platz versammeln ... Da wir nicht aufrufen konnten, holten wir den DGB-Vorsitzenden Ernst Scharnowski aus dem Bett und überzeugten ihn. Er erhob die Forderung und die konnten wir senden“ (BAHR 1996, 77/78)

Der vom RIAS am 17. Juni, 5.36 Uhr, gesendete Aufruf Scharnowskis hatte folgenden Wortlaut:

*„... als dienstältester demokratischer Gewerkschafter und Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes östlich der Elbe kann ich Euch in der **Ostzone** und in **Ostberlin** keine Anweisungen erteilen. Ich kann Euch aus ehrlichster Verbundenheit gute Ratschläge geben ... die Maßnahmen, die Ihr als Ostberliner Bauarbeiter in voller Verantwortung und ohne fremde Einmischung selbst beschlossen habt, erfüllen uns mit Bewunderung und Genugtuung ... Die gesamte Ostberliner Bevölkerung darf deshalb auf die stärksten und erfolgreichsten Gruppen der Ostberliner Arbeiterbewegung vertrauen ...*

***Tretet darum der Bewegung der Ostberliner Bauarbeiter, BVGer und Eisenbahner bei und sucht Eure Strausberger Plätze überall auf. Je größer die Beteiligung ist, desto machtvoller und disziplinierter wird die Bewegung für Euch mit gutem Erfolg verlaufen“** (HEYM, a. a. O., 199, Hervorhebungen D. S.).*

Die Entwicklung der Forderungen in der Zeit vom 16. bis zum 18. Juni folgte nach Bahr (S. 78) der Analyse der Etappen der Revolution durch Lenin. „Sie beginnt mit wirtschaftlichen Forderungen, aus denen politische werden“. Das konnte man nicht nur in Berlin, sondern auch in Hennigsdorf studieren. „Es begann mit 'Nieder mit den Normen' und mündete drei Kilometer weiter in die Forderung nach freien Wahlen“ (EBENDA) und „Nieder mit der Regierung“. Diese Eskalation der Losungen war überall zu beobachten. Der RIAS und viele westberliner Organisationen hatten ihre „Beiträge“ dazu geleistet. Bahr dazu wörtlich:

„Die ganze Zone war hochgegangen. Als wir die Berichte verglichen, stellten wir zu unserer Überraschung fest: Überall waren die Forderungen, die wir in meinem Zimmer mit der Streikleitung aus der Stalinallee formuliert hatten, und zwar auch in dieser Reihenfolge, übernommen worden. Gerade weil es keine Organisation gegeben hatte, war unbestreitbar.“ (EBENDA).

Im Kr. Prenzlau wurde um 14 Uhr, in den Bezirken und Städten Potsdam und Frankfurt/O. um 17 Uhr und im Bezirk und der Stadt Cottbus sowie im Kreis Perleberg von Schwerin aus um 21 Uhr der Ausnahmezustand erklärt.

In der Stadt Frankfurt/O. wurde vielfach von der Bevölkerung kritisiert, dass es über die Erklärung des Ausnahmezustandes keine öffentliche Verlautbarung gegeben hätte. Das war offensichtlich nicht die Regel. Meistens gab es Aushänge, Informationen per Presse oder Lautsprecher, mit denen die in der Formulierung weitgehend übereinstimmenden Befehle der jeweiligen Militärkommandanten übermittelt wurden. Diese enthielten die Zeiten der Erklärung des Ausnahmezustandes und der nächtlichen Ausgangssperre (Betreten der Straßen in dieser Zeit war nur mit Passierscheinen gestattet), das Verbot aller Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen über drei Personen auf Straßen, Plätzen und in öffentlichen Gebäuden, die Aufforderung, den Staatsorganen und der Volkspolizei bei der Feststellung und Festnahme von Provokateuren zu helfen und die Androhung der Bestrafung bei Verstößen gegen den Befehl des Militärkommandanten nach den Kriegsgesetzen.

In den Städten Brandenburg und Rathenow wurden am 17. Juni bis 17 Uhr die Demonstranten zerstreut. Die in die Kreisleitung der SED in Fürstenberg eingedrungenen Demonstranten verließen beim Erscheinen der herbeigerufenen Polizei fluchtartig das Gebäude. Anschließend wurde gegen Mittag die Demonstration auf dem Marktplatz aufgelöst.

Am 18. Juni gab es auf dem Territorium des heutigen Bundeslandes Brandenburg keine Demonstrationen mehr. Allerdings hatten sich – wie bereits dargestellt – die Streiks in den Betrieben ausgeweitet. Um diese Streiks zu beenden, wurden vorwiegend Instrukteure der SED, der Gewerkschaften und der FDJ eingesetzt. Doch eine Reihe von Streiks, vor allem in Großbetrieben wurden durch den Einsatz sowjetischer Truppen und der Kasernierten Volkspolizei beendet. Das betraf vor allem folgende Betriebe: das Kunstseidenwerk Premnitz, die in diesem Raum tätigen Bauunionen, das Karl-Marx-Werk und die DEFA in Potsdam, die Schuhfabrik Storkow, in Cottbus das RAW, das Nahrungsmittelkombinat und die drei Brauereien, im Kreis Finsterwalde die TEWA-Schraubenfabrik, im Kreis Guben die Baustelle Drewitz, das Betriebswerk Grunewald sowie im Kreis Senftenberg die Bauunion Senftenberg auf der Baustelle Kraftwerk „Sonne“, den Berliner Betrieb Gasolin, die Bauunionen Riesa und Bitterfeld, die Vereinigten Elektromaschinenwerke Lauchhammer und Bitterfeld, die Bauunion Senftenberg und die Isolier- und Kabeltechnik Rostock auf der Baustelle Lauchhammer. Auf der Baustelle Großkokerei Lauchhammer dauerte der Einsatz bewaffneter Kräfte vom 17. - 19. Juni 1953. Am 19. Juni nahm der überwiegende Teil der streikenden Betriebe die Arbeit wieder auf. Am 20. Juni flammte in Senftenberg der Streik fast aller Baubetriebe erneut auf. Das Gerücht von einem bevorstehenden Generalstreik war der Anlass.

Die Bauarbeiter forderten den Abzug der sowjetischen Truppen und die Freilassung aller politischen Gefangenen, insbesondere der verhafteten Streikführer.

Ein großer Teil der Bauarbeiter arbeitete erst ab 22. Juni wieder. Die Arbeiter waren nach Hause gefahren.

Die gewaltsame Auflösung der Demonstrationen und die Beendigung der Streiks durch die Besetzung der genannten Betriebe durch bewaffnete Einheiten der Sowjetarmee und der Polizei ging auf dem Territorium des heutigen Bundeslandes Brandenburg - abgesehen von Warn- und wenigen Direktschüssen (Lübben) bei Gewaltakten von Demonstranten - im wesentlichen ohne übermäßigen Schusswaffengebrauch vor sich. Bei der VP und KVP galten ohnehin auch während der Demonstrationen strenge Bestimmungen für den Einsatz der Polizeikräfte und die Anwendung von Schusswaffen. So war z. B. in Brandenburg/H. und in Rathenow das gewaltsame Eingreifen der VP am 17. Juni bis 11.00 Uhr verboten. Da sie auch zu schwach waren, wurden sie teilweise von den Demonstranten entwaffnet. Der Versuch, die KVP in Brandenburg und Rathenow einzusetzen, scheiterte an der Ablehnung des Einsatzes durch die zentralen Stellen in Berlin. Erst gegen 14.00 Uhr konnte die im Bezirk Potsdam stationierte KVP gegen Demonstranten eingesetzt werden. Wodurch es gelang, das VPKA und die Kreisleitung der SED in der Stadt Brandenburg zu befreien. Offensichtlich versuchte man, vor allem durch den Einsatz ziviler Gegenkräfte der Situation Herr zu werden. In der Analyse der Bezirksleitung der SED Potsdam vom 21. Juni 1953 wurde dieses Bestreben wie folgt beschrieben: *„Um die KL Brandenburg, Rathenow, Oranienburg und Belzig zu unterstützen, wurden Schüler der Parteihochschule, der Bezirksparteischule, der DVA und der Pädagogischen Hochschule in größeren Gruppen in diese Kreise entsandt, die jedoch ohne Bewaffnung nichts ausrichten konnten. Erst durch die Verhängung des Ausnahmezustandes und durch das konsequente Eingreifen der Roten Armee wurde in allen Kreisen die Ordnung wiederhergestellt“.*

Eine solche Darstellung passte natürlich nicht in das von westdeutschen und westberliner Medien während der Junitage 1953 gezeichnetem Bild von der Verhängung des Ausnahmezustandes in der DDR.

WOLFRUM (1999, 73-75) beschreibt diesen Medienrummel sehr anschaulich: *„Mit Verhängung des Ausnahmezustandes in Ostberlin um 13.00 Uhr des 17. Juni war die anfängliche Unsicherheit der Gewissheit gewichen, dass es sich nicht um eine gesteuerte Aktion handelte, sondern die Menschen sich aus freien Stücken im Aufruhr befanden. Aber die dramatisierende Berichterstattung, die jetzt einsetzte, schürte im Westen zusehends Ängste. Am martialischen gerierte sich die Presse der bundesdeutschen Arbeiterbewegung, die den Ablauf der vielen Einzelhandlungen zu einem Arbeiter-Heldenepos montierte. Ohne Vokabeln wie: Geschützdonner, Feuerwechsel, Gewehrsalven, Straßen- und Häuserkämpfe, Blutopfer, tote Brüder und verletzte Kollegen, kam keiner der Berichte aus. 'Metall', die Zeitung der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland, schlug dabei den Ton einer regelrechten Kriegsberichterstattung an“.* Der Hörfunk der BRD berichtete laufend über die Ereignisse in der DDR. *„Nachrichten und Kommentare, Berichte und Reportagen vom Verlauf der Demonstrationen und dem Aufstand wurden unentwegt gesendet. Häufig gab es Live-*

Gespräche mit Teilnehmern der Erhebung oder mit Ärzten, die Verwundete versorgten. Eindrücke vom ‚Zurückdrängen der Demonstranten durch sowjetische Panzer und Maschinengewehre‘ wurden lebhaft vermittelt, man hörte Schüsse und Reporter berichteten, wie sowjetische Panzer am Leipziger Platz eine Straßensperre errichteten und das Regierungsviertel abriegelten.“

Auch das Medium Film in Gestalt der Wochenschauen als Vorfilme in den Kinos wurde eingesetzt. „In keinem solcher Berichte und Filme durften die legendären, berühmt-berüchtigten T 34-Panzer fehlen, ebenso wenig unheimliche 'biwakierende Rotarmisten', deren Lagerfeuer noch von Westberlin aus jedermann sehen konnte. Außerordentlich besorgniserregend waren Titelschlagzeilen über das Kriegsrecht in Ostberlin, wenn sie - wie z. B. in der ‚Welt‘ vom 18. Juni - mit Meldungen über die Koreafront gepaart waren. Sprang der Funke von Asien jetzt auf Europa über, nachdem der militärische Konflikt in Korea vor der Beendigung stand?“

Vieles von dem Beschriebenen werden wir anlässlich des 50. Jahrestages des 17. Juni 1953 im Angebot „authentischer Schrift-, Bild- und Tondokumente“ wiederfinden. Auch die aus der Chronik der Stadt Niemegk zitierte Schilderung von Sowjetsoldaten, die auf „Befehl ihrer Offiziere“ in Belzig „wild um sich in die Luft“ geschossen haben, folgt diesem Muster.

Unmittelbare Folgen des Ausnahmezustandes in den Bezirken Potsdam, Frankfurt/O. und Cottbus waren eine in der Nacht vom 17. zum 18. Juni einsetzende Verhaftungswelle und das Bestreben der Leitungen der SED, des Staatsapparates, der Gewerkschaften und der FDJ mit ihren Mitgliedern und der Bevölkerung, insbesondere mit den Arbeitern, ins Gespräch zu kommen.

Die folgende Übersicht verdeutlicht den Umfang und Schwerpunkt der **Verhaftungen in der Zeit von 17. - 26. Juni 1953:**

Insgesamt wurden auf dem Territorium Brandenburgs 313 „Rädelsführer“ festgenommen. Es handelte sich um Personen, die offensichtlich vor allem vom MfS verhaftet wurden. Die Potsdamer und Cottbuser Analysen wiesen dies explizit aus. Die Angaben für den Bezirk Frankfurt/O. enthielten einen Bericht der Abteilung Staatliche Organe der Kreisleitung Fürstenberg/O. an die Bezirksleitung der SED.

Soziale Zusammensetzung: Von den 313 waren 271 Arbeiter (86,6 %), überwiegend Bauarbeiter, 28 Angestellte, 4 Angehörige der Intelligenz, 5 Bauern und 5 Angehörige der Mittelschichten.

Geschlechtsspezifische Zusammensetzung: Die Analyse der BZL Cottbus nennt 6 Frauen. Die Bezirksleitungen Potsdam und Frankfurt/O. machen keine diesbezügliche Angaben. **Altersmäßige Zusammensetzung:** Von 18-30 Jahre waren 191 (61%), von 31-50 Jahre waren 94 (30%) und über 50 Jahre waren 28 (9%).

Zugehörigkeit zu Parteien der DDR: SED 7, NDPD 6, LDPD 2, DBD 1, CDU 0, parteilos 141. Diese Zahlen sind noch lückenhaft, da die Cottbuser Analyse keine Angaben dazu macht. Das gleiche betrifft die Angaben zur Mitgliedschaft in faschistischen Organisationen und in der SPD. Genannt werden in den Potsdamer und Frankfurter Analysen 13 ehemalige Mitglieder der NSDAP

sowie 11 Angehörige der ehemaligen SA und SS. Ferner werden in der Potsdamer Einschätzung 8 ehemalige Mitglieder der SPD gesondert erwähnt.

„Zu den Verhaftungen muss festgestellt werden, dass es sich dabei vorwiegend um die Schreier handelt, die offen provozierten. Die Haupträdelsführer blieben meist im Hintergrund und konnten durch die Sicherheitsorgane zum großen Teil nicht gefasst werden. Zum Teil haben sie das Gebiet der DDR verlassen und zum anderen befinden sie sich noch in den Betrieben“ (BLHA, Rep. 530, Nr. 557).

Diese Wertung spiegelt sich direkt und indirekt auch in den Feststellungen der Frankfurter und Cottbuser Bezirksleitungen der SED.

In der Zeit vom 22. - 25. Juni 1953 fanden z. B. im Bezirk Potsdam die ersten **Prozesse „gegen die Verantwortlichen für die Ausschreitungen am 17. und 18. Juni 1953“** statt.

Beim Bezirksgericht Potsdam wurden daher fünf Strafsenate gebildet. Neben den Richtern und Staatsanwälten wurden auch die Schöffen in Zusammenarbeit mit der SED-Kreisleitung Potsdam-Stadt gründlich ausgewählt. Bei der Auswahl wurde besonders geprüft, wie sie sich am 17. Juni verhalten haben. Es standen eine genügende Anzahl der Schöffen zur Verfügung, die sich der Verantwortung und Bedeutung ihrer Arbeit bewusst waren, wurde der SED-Bezirksleitung gemeldet.

Es wurde gegen 16 Personen verhandelt. In Rathenow gegen vier Männer und eine Frau. Zwei Männer wurden zum Tode, die Frau zu fünf Jahren Zuchthaus, zwei Männer zu acht bzw. zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. In vier Fällen stimmten die vom Staatsanwalt beantragte Strafhöhe mit dem Richterurteil überein. Bei der Frau hatte der Staatsanwalt zehn Jahre Zuchthaus beantragt. Das Gericht entschied sich für fünf Jahre. Drei Männer standen in Wusterhausen vor Gericht. Sie wurden zu vier Jahren Zuchthaus bzw. zu zwei ein halb und zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sechs Jahre Zuchthaus bzw. einmal vier Jahre Gefängnis beantragt.

Im Ludwigsfelder Prozess wurde gegen drei Männer der Streikleitung verhandelt. Die verantwortliche Richterin wich in zwei Fällen von den Anträgen des Staatsanwaltes ab.

Die Urteile lauteten: Acht Jahre Zuchthaus, statt beantragter zwölf Jahre, Freispruch statt beantragter zwei Jahre Gefängnis und zwei Jahre Gefängnis. In dem Bericht der Justizorgane an den 1. Sekretär der Bezirksleitung wurde daher festgestellt: *„Die Genossin K. hat bei der Durchführung des Prozesses gegen die Streikleitung aus Ludwigsfelde am 22. und 23. Juni 1953 nicht die Erwartungen erfüllt. Sie wird keine Prozesse mehr führen“*. Sie war die einzige Frau unter den fünf verantwortlichen Richtern. Unter den fünf Staatsanwälten war ebenfalls eine Frau. Sie war die Staatsanwältin in dem von der gemäßregelten Richterin geführten Prozess.

Neben diesen Prozessen wurden vom Bezirksgericht in Potsdam folgende Urteile gegen einzelne Personen aus Potsdam, Wildau, Werder, Stahnsdorf und dem SWB gefällt: vier Jahre Zuchthaus (Potsdam), zweimal einundeinhalb Jahre

Gefängnis (Werder, SWB). Die Verfahren gegen die Personen aus Wildau und Stahnsdorf wurden eingestellt.

Der Bericht, dem die genannten Fakten entnommen sind, stellt fest:

„Seitens der Ermittlungsorgane und der Bezirksstaatsanwaltschaft wurden die Verfahren ungenügend vorbereitet. Es kommt darin zum Ausdruck, dass die Ermittlungen unzureichend sind und dass die Verbrechen der Angeklagten nicht in allen Fällen aufgedeckt werden. Insbesondere ist die Aufdeckung der Inspiratoren und der Drahtzieher der Ausschreitungen am 17. und 18. Juni ungenügend.“

Diese Einschätzung deckte sich mit der oben genannten Wertung der verhafteten „Rädelsführer“. „Gegen die Haupträdelsführer und Hauptorganisatoren der Provokation im Bezirk Potsdam wurde noch nicht verhandelt. In dieser Hinsicht werden noch Ermittlungen geführt“ wurde abschließend in einem der beiden Berichte über die Durchführung der Prozesse festgestellt.

Für Partei und Justizorgane waren die Prozesse auch ein Test der Reaktion der Bevölkerung darauf. Die Freilassung der infolge der Juniereignisse Inhaftierten war eine der in den Diskussionen nach der Verkündung des Ausnahmezustandes erhobenen Forderungen.

„Um festzustellen wie die Bevölkerung, die an den öffentlich durchgeführten Prozessen“ teilnimmt, „auf die Prozessführung und die ausgesprochenen Strafen reagiert, wird ab sofort ein Genosse an jeder Hauptverhandlung als Zuschauer teilnehmen und uns täglich einen Stimmungsbericht geben“ (BLHA, Rep. 530, Nr. 2153).

Die allgemeine **Stimmung der Bevölkerung in den drei Bezirken nach der Verkündung des Ausnahmezustandes am 17. Juni** war sehr unterschiedlich, aber überwiegend kritisch. In Frankfurt/O. wurde eingeschätzt, dass in den Orten Fürstenwalde, Fürstenberg/O./Stalinstadt, Eberswalde, Strausberg und Bernau die Erklärung des Ausnahmezustandes ruhig und gelassen hingenommen wurde. Obwohl - wie bereits dargestellt -, sich am 18. Juni noch einmal die Streiks ausweiteten und sich in einigen Betrieben hartnäckig hielten, kann diese Einschätzung für den größten Teil der Bevölkerung auf dem Territorium des heutigen Bundeslandes Brandenburg gelten. Eine Ausnahme bildeten Teile der Bevölkerung in Cottbus, Forst und in Finsterwalde. In Cottbus wurden die sowjetischen Soldaten mit ironischen Freundschaftsrufen empfangen. Viele erklärten spontan ihren Austritt aus der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Die Anordnungen zur Herstellung des Ausnahmezustandes wurden von den Demonstranten zögernd, widerwillig und teilweise unter Protest durchgeführt. In Forst und Finsterwalde konnte man nach 20.00 Uhr, kurz vor der Sperrstunde, kleine Diskussionsgruppen beobachten. Es kam zu Zusammenballungen von Jugendlichen (200 in Forst und 100 in Finsterwalde), die mit Johlen und Pfeifen sowie Ignorieren der Aufforderung, die Straße zu verlassen, und Aufrufen zur Demonstration am 18. Juni die sowjetischen Streitkräfte und die VP zu provozieren versuchten.

Aber wie überall hatte auch in Cottbus, Forst und Finsterwalde die Verhängung des Ausnahmezustandes auf große Teile der Bevölkerung ernüchternd gewirkt, jedoch nicht in jedem Fall zu ihrer Billigung. Sie schürte vielfach, vor allem bei Frauen, Angst vor einem erneuten Krieg. Es kam auch wieder zu Hamsterkäufen. Zugleich trat in der Bevölkerung das Argument auf, „*dass die Vorkommnisse in der DDR eine deutsche Angelegenheit seien und die Rote Armee kein Recht habe, einzugreifen*“. Auch in Gebieten, in denen keine Streiks und Demonstrationen stattgefunden hatten und in denen dennoch der Ausnahmezustand galt, tauchte dieses Argument auf.

In der erwähnten Studie von G. Rodegast sind zwei diesbezügliche Meinungen aus den Zellstoffwerken Wittenberge (Kr. Perleberg) zitiert worden. Ein Arbeiter aus dem Kesselhaus äußerte:

„*Warum mischt sich die Sowjetmacht ein? Das wäre doch alles Sache der Volkspolizei gewesen*“. Im Nähmaschinenwerk sagte ein Mitglied der SED, dass er die Maßnahmen der Besatzungsmacht in Berlin noch verstehen könne, aber dass sie hierher kommen mit Stahlhelm und in voller militärischer Ausrüstung, sei ihm unverständlich.

Diese Argumente verkannten allerdings die tatsächliche Rechtslage der DDR. Die Sowjetische Militäradministration hatte nach der Gründung der DDR deren provisorischer Regierung am 10. Oktober 1949 nur Verwaltungsfunktionen übertragen. Sie selbst wandelte sich in „Sowjetische Kontrollkommission“ (SSK) um. Am 28. Mai 1953 löste sich diese wieder auf. An ihre Stelle trat ein „Hoher Kommissar“ der Sowjetunion in Deutschland (W. Semjonow). Die DDR bekam ihre volle Souveränität erst durch den Staatsvertrag zwischen der UdSSR und DDR vom 20. September 1955.

Jugendliche in Potsdam sahen im Ausnahmezustand eine Verletzung ihrer persönlichen Freiheit. Solche Auffassungen waren oft gepaart mit den Forderungen nach Aufhebung des Ausnahmezustandes, Rückzug der Truppen und Freilassung der Inhaftierten.

Die antisowjetische Tendenz der Meinungen verstärkte sich am Abend des 18. Juni. Berichte der Bezirksleitungen über die gegenwärtige Situation vom 21. und 22. Juni 1953. Sie zitierten eine große Anzahl solcher Auffassungen einzelner Bürger. Darunter befand sich auch folgende Meinung des stellvertretenden Direktors der Käthe-Kollwitz-Schule, M., Bad Freienwalde: „*Die Rote Armee macht sich durch die Verhängung des Ausnahmezustandes noch verhasster bei den Menschen. Äußerlich sind die Menschen ruhig. Jedoch innerlich wächst der Hass*“. Im Gegensatz dazu verspürte ein Teil der Bevölkerung Erleichterung darüber, dass mit der Verhängung des Ausnahmezustandes wieder Ruhe und Sicherheit hergestellt wurde. Dieser Bevölkerungsteil, zu dem vor allem Frauen, aber auch viele Beschäftigte des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg gehörten, distanzierte sich mehr und mehr von den gewalttätigen Ausschreitungen während einiger Demonstrationen.

Doch die Mehrzahl der Bevölkerung, besonders die Belegschaften, die sich am Streik beteiligt hatten, verhielt sich noch in den Tagen und Wochen nach den

Streiks und Demonstrationen am 17. Juni 1953 ablehnend gegenüber der Argumentation der SED und der DDR-Regierung, resigniert und schweigend.

6. Welchen Charakter trug der 17. Juni 1953 im heutigen Bundesland Brandenburg?

Vor fünfzig Jahren haben sich zwei unterschiedliche Bewertungen der ereignisreichen Junitage herausgebildet: Volksaufstand oder ein vom Westen inszenierter konterrevolutionärer, faschistischer Putsch? Auch in den mündlichen und schriftlichen Meinungsäußerungen anlässlich des 50. Jahrestages des 17. Juni 1953 werden die Auffassungen zum Charakter dieses Ereignisses wieder stark auseinandergehen. Vor allem die persönlichen Erlebnisse vieler Zeitzeugen aus der ehemaligen DDR werden in Widerspruch zur offiziellen Lesart geraten.

„Jahrzehnte hindurch wurde die Darstellung und Beurteilung der Ereignisse um den 17. Juni 1953 politisch instrumentalisiert. Als 'Tag der Einheit' bzw. als 'faschistischer', später 'konterrevolutionärer' Putsch dienten sie wechselseitiger Schuldzuweisung und politischem Schlagabtausch. Bis heute erschweren Legenden und verhindern verinnerlichte Feindbilder die unvoreingenommene Aufnahme zeitgeschichtlicher Forschungen, an denen sich seit 1989 auch Historiker beteiligen, die bis dahin – und manche auch wider besseres Wissen – der offiziellen Lesart der SED folgten“ (HOFMANN, 2002, 11).

Man darf m. E. allerdings nicht den Fehler machen, Legenden a priori als Lügen zu betrachten. Sie haben meistens einen realen Kern, der einer bestimmten Absicht folgend, übermäßig aufgebauscht worden ist. Die nachfolgende Darstellung versucht, die den Einschätzungen des 17. Juni als Volksaufstand und als faschistischer bzw. konterrevolutionärer Putsch zugrunde liegenden Realitäten und ihre politische Instrumentalisierung zu benennen.

Die Entstehung und Entwicklung des revolutionären und nationalen Mythos vom „Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR“ in den alten Bundesländern und Westberlin ging unmittelbar auf die Berichterstattung während der Junitage zurück.

Nachdem man in der BRD sah, dass die Streiks und Demonstrationen in Berlin-Ost und der DDR echt und keine von der Sowjetunion gesteuerten Aktionen waren, wie das zunächst der Chefredakteur der Associated Press, der Londoner Rundfunk, Adenauer und ein Teil der westdeutschen Presse vermuteten, wurde im Zuge der überzogenen Berichterstattung darüber, die Wertung „Volksaufstand“ geboren.

„Unter dem Titel ‚Der Volksaufstand vom 17. Juni‘ brachte das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen sofort einen ersten dokumentarischen Bericht über die Ereignisse heraus. Das Weißbuch enthielt vor allem eine Zusammenstellung des Ereignisverlaufes, wie er sich aus Schilderungen von Augenzeugen

ergab. Dies erhöhte die Anschaulichkeit und ließ die Leser unmittelbar an den Unruhen teilnehmen ... Des weiteren wurde durch den dramatisch ansteigenden Flüchtlingsstrom aus der DDR nach dem 17. Juni ... eine Erinnerungskultur in den Westen hinein getragen. Schon 1953/54 wurden erste private Zeitzeugenberichte publiziert, deren Zahl in den folgenden Jahren answoll. Es entwickelte sich ... eine merkwürdige Mischung aus Erlebnisbericht, Geschichtsbuch, Unterhaltungsliteratur und politischer Analyse, deren einigendes Band der zeittypische Antikommunismus war. Die Autoren der ‚Tatsachenberichte‘ waren zumeist Journalisten. Die Schriften waren hypertrophierte, im Präsens geschriebene Reportagen, deren oberflächliche Sprache bis zum heroischen Kitsch in bester NS-Manier getrieben wurde. Im Buch von Arno Scholz, dem Herausgeber der SPD-Zeitung ‚Der Telegraph‘, beispielsweise klang das wütende Gebrüll der Arbeiter wie ein Schwur, und die Fahrzeuge, soweit sie sowjetisch waren, fuhren nicht, rollten nicht, sondern preschten. Ziel der reißerischen und vom aufgeblähten Pathos geprägten Bücher war es, mit dem 17. Juni die DDR zu widerlegen, vor allem aber, ein antikommunistisches Heldenepos vom kämpfenden deutschen Arbeiter zu präsentieren“ (WOLFRUM, 1999, 70).

Mit dem 17. Juni 1953 als Volksaufstand wurden nach WOLFRUM (ebenda, 77/78) **drei historisierende Deutungsmuster** verbunden:

Erstens hätte sich mit dem 17. Juni die erste wirkliche deutsche Revolution ereignet. Sie wurde in ihrer Bedeutung und Wirkung mit der Französischen Revolution verglichen. Der Sturm der Bastille 1789 wurde mit der Gefangenenerbefreiung während des 17. Juni gleichgesetzt.

Zweitens sei der 17. Juni ein geschichtliches Zeugnis des unzerstörbaren Einheitsbewusstseins, eine Rückkehr „nationaler Würde“ gewesen, die vom Nationalsozialismus verletzt worden war. Man besann sich in diesem Zusammenhang erneut auf die Notwendigkeit, die deutsche Einheit wieder herzustellen und bemühte bei der Schilderung des „Volksaufstandes“ in der DDR u. a. Beispiele aus dem Kampf des deutschen Volkes gegen die napoleonische Fremdherrschaft, in dem die Sehnsucht nach der deutschen Einheit eine wesentliche Rolle spielte. Die Worte des Dichters und Lützower Jägers Theodor Körners „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los“ wurden auch auf den 17. Juni 1953 in der DDR bezogen und häufig zitiert. In der FDP wurde bei ihren Gedenkfeiern anlässlich des 17. Juni 1953 am Hermannsdenkmal an der Porta Westfalica gar die Beziehung zum Freiheitskampf der Germanen gegen die Römer hergestellt. Drittens sei der 17. Juni ein Beweis der antitotalitären Gesinnung der Deutschen. Vom 17. Juni werden Parallelen zum 20. Juli 1944 gezogen. Beide Ereignisse seien Aufstände gegen Diktatoren gewesen, am 17. Juni 1953 gegen die Diktatoren Ulbricht, Pieck und Grotewohl und am 20. Juli 1944 gegen Hitler. Während im „dritten Reich“ ein Massenaufstand ausgeblieben sei, habe der Massenaufstand am 17. Juni ein für allemal die Behauptung der Vergangenheit, dass das deutsche Volk nicht die Kraft aufbringen könne, sich gegen Diktatur und Willkür zur Wehr zu setzen, widerlegt. Die Juniereignisse 1953 in der DDR haben damit eine Alibifunktion für die Schuld vieler Deutschen am Faschismus

bekommen. Diese konnte mit dem Verweis auf die Aktionen am 17. Juni 1953 in der DDR zusätzlich verschwiegen, verdrängt und verharmlost werden.

Diese parallele Deutung des 17. Juni und des 20. Juli und Gleichsetzung von - um im Sprachgebrauch der ehemaligen und heutigen BRD zu bleiben - Nationalsozialismus und SED-Diktatur machte die Totalitarismuskritik in der westdeutschen Gesellschaft populär. Viele Westdeutsche hielten, wie eine viele Umfragen zeigten, die SED-Diktatur für schlimmer als die NS-Diktatur. Mit der parallelen Deutung der Aktionen am 17. Juni 1953 und am 20. Juli 1944 wurde die Letztere in der bundesdeutschen Öffentlichkeit erst aufgewertet und positiv beurteilt, was in der Zeit davor in weiten Kreisen nicht der Fall war.

Dem beschriebenen Trend in der Bestimmung der „historischen Bedeutung des Volksaufstandes am 17. Juni 1953“ konnte und wollte sich auch die Politik nicht entziehen. So verständigte sich der Deutsche Bundestag wenige Tage nach dem 17. Juni auf die Schaffung eines „Tages der deutschen Einheit“ als „Symbol der deutschen Einheit in Freiheit“. Dagegen stimmte am 3. Juli 1953 nur die kommunistische Parlamentsgruppe. Aber die Eintracht der übrigen Abgeordneten trog. Im September 1953 waren Bundestagswahlen. Der Wahlkampf prägte auch die Bundestagsdebatte zu einem zu schaffenden „Tag der deutschen Einheit“. Herbert Wehner, Vorsitzender des Gesamtdeutschen Ausschusses, konnte sich in den anfänglichen Querelen zur Charakterisierung der Ereignisse in der DDR mit seinem Vorschlag „Tag der deutschen Einheit“ durchsetzen. Er wurde somit zum Namensgeber dieses bundesdeutschen Feiertages. Aber hinter dem Konsens über den Namen verbargen sich unterschiedliche deutschlandpolitische Konzeptionen von SPD und CDU, von Brandt und Wehner auf der einen und Adenauer auf der anderen Seite. Die SPD, für die die nationale Komponente des „Arbeiteraufstandes“ am 17. Juni eine sozialdemokratische Revolution war, verlangte von der Adenauerregierung sofortige Aktivitäten zur Wiedervereinigung Deutschlands in Gestalt eines gesamtdeutschen Appells an die Siegermächte. Adenauer hingegen betonte in seiner Regierungserklärung vom 1. Juli 1953 die Erfolge seiner Politik der Westintegration. Seiner Meinung nach würde diese von den Westmächten unterstützte Politik zur Wiedervereinigung führen. Damit würde auch das Vermächtnis des 17. Juni erfüllt. Die sozialen und ökonomischen Pläne für die Zeit nach der Wiedervereinigung seien fertiggestellt. Den „Tag der deutschen Einheit“ wollte die SPD zur Mobilisierung gegen die Politik der Westintegration Adenauers im Wahlkampf einsetzen. Sie wählte sich angesichts des 17. Juni in der DDR im politischen Aufwind. Aber es kam anders. Bei den Bundestagswahlen am 6. September 1953 siegte die CDU/CSU mit 45,2% der Stimmen. Die SPD bekam 28,8% und die FDP 9,5% der Stimmen. Als Adenauer auf einer CDU-Versammlung in Bonn seinen erneuten Wahlsieg feierte, sagte er unumwunden:

„Bis jetzt hat man immer von der Wiedervereinigung Deutschlands gesprochen, wir sollten aber lieber sagen: Befreiung“, und: „Unser Ziel ist die Befreiung von 18 Millionen Deutschen, die heute noch unter dem Joch der Besatzung und der sowjetischen Sklaverei leben müssen“ (DZELEPY, 1961, 124).

Die Teilnehmer an den Streiks und Demonstrationen wollten in ihrer Mehrheit gewiss keine „Befreiung“ im Sinne Adenauers.

Die **nationale Komponente der Juniereignisse** im heutigen Brandenburg reduzierte sich im Wesentlichen auf die vom RIAS vorgegebene Forderung nach freien gesamtdeutschen Wahlen. Das war für die damaligen DDR-Bürger nichts Sensationelles. Sie war seit 1950 Bestandteil der aktualisierten Vorstellungen der DDR-Regierung zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und für einen gerechten Friedensvertrag auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens. Die DDR unterbreitete seit ihrer Gründung 1949 zwanzig Vorschläge zur Herstellung der deutschen Einheit. Der bedeutendste Vorschlag war die Bildung eines gesamtdeutschen Konstituierenden Rates vom 25. Oktober 1950. Dieser Gesamtdeutsche Konstituierende Rat sollte paritätisch aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands gebildet werden und die Bildung einer gesamtdeutschen souveränen demokratischen und friedliebenden Provisorischen Regierung vorbereiten und den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs die entsprechenden Vorschläge zur gemeinsamen Bestätigung unterbreiten. Bis zur Bildung einer gesamtdeutschen Regierung sollte er zur Konsultation bei der Ausarbeitung des Friedensvertrages herangezogen werden. Dieser Vorschlag wurde durch den Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, auch dem Bundeskanzler der BRD, Konrad Adenauer, übermittelt. Adenauer, der die Legitimität der DDR-Regierung bezweifelte, antwortete ablehnend. Er kritisierte das von der Volkskammer beschlossene Gesetz zum Schutz des Friedens und beschwerte sich darüber, dass auf seinen Vorschlag vom 23. März 1950, auf der Grundlage der Bestimmungen eines Wahlgesetzes der Besatzungsmächte gesamtdeutsche Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung auszuschreiben, nicht reagiert wurde. Grotewohl antwortete in einer Regierungserklärung vor der Volkskammer darauf. Er wies darauf hin, dass der vorgeschlagene Gesamtdeutsche Konstituierende Rat auch die Aufgabe hätte, die Bedingungen zur Durchführung freier, gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung vorzubereiten. Wörtlich führte er aus: *„Während Herr Adenauer die Wahlen als Sache der Besatzungsmächte betrachtet, sind wir der Meinung, dass die Vorbereitung und Durchführung freier, geheimer, gesamtdeutscher Wahlen eine Angelegenheit unseres eigenen Volkes ist ... Setzen wir uns also zusammen, um über die Vorbereitung und Durchführung von freien, allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen zu beraten“* (DOKUMENTENSAMMLUNG, 1950, 30).

Eben das wollte Adenauer nicht. Bereits am 23. März 1950 hatte sein Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser erklärt, dass die Bundesregierung keine Möglichkeit sehe, direkte Verhandlungen mit Repräsentanten der sowjetisch besetzten Zone aufzunehmen.

Die Bereitschaft der UdSSR, freie gesamtdeutsche Wahlen durchzuführen, wurde in ihrem bekannten Vorschlag vom 10. März 1952 ausdrücklich und unter Berücksichtigung des Risikos für die weitere Existenz der DDR bekundet. Dennoch hatte Adenauer alles unternommen, dass diesem weitreichenden, von

der DDR unterstützten Vorschlag durch eine Obstruktionspolitik der Westmächte die Wirkung genommen und die von ihm betriebene Politik der Remilitarisierung und Westintegration der BRD gerettet wurde.

Bei der Übernahme der Forderung nach freien, gesamtdeutschen Wahlen war sich ein großer Teil der Demonstranten dieser Zusammenhänge offensichtlich nicht bewusst oder sie vertraten jeweils eine der gegensätzlichen offiziellen deutschlandpolitischen Auffassungen der BRD und der DDR. Für die letztere Annahme fanden wir in den Stimmungsberichten im Bezirk Frankfurt/O. einige Beispiele:

„So erklärte der Großbauer J. aus Biesenbrow, Kreis Angermünde: *„Jetzt, wo die unschuldigen Großbauern freigelassen wurden, gehört die Regierung ins Zuchthaus. Ich verlange endlich freie Wahlen, wie sie in Westdeutschland durchgeführt werden und nicht solche Betrugswahlen wie in der Deutschen Demokratischen Republik. Die Adenauer Regierung ist eine richtige Regierung, die das Deutschtum vertritt. Warum werden in Berlin Panzer aufgefahren gegen die Arbeiter, wo ihnen aus Westdeutschland Hilfe gegeben wird, um die Freiheit zu erhalten“*.

Der selbständige Schneider M., Beeskow, äußerte zu einem parteilosen Kollegen, dass der Ami den Zug verpasst hat. Er hätte gleich hinterher kommen müssen, als in Berlin der Aufruhr losging“ (BLHA, Rep. 730, Nr. 728).

Agitatoren, die sich unter die Demonstranten in Fürstenberg/O. gemischt hatten berichteten, dass in den letzten Reihen einige glaubten, es gehe gegen Adenauer; denn auch in diesem Demonstrationzug konnte man auf Transparenten u. a. die Forderung nach freien gesamtdeutschen Wahlen lesen.

Der Wunsch nach Einheit Deutschlands und Frieden war auch in der DDR-Bevölkerung weit verbreitet. Sie wurde darin von allen Parteien, Organisationen und der Regierung der DDR unterstützt. Ihn zu äußern, war keine nationale Manifestation gegen SED und Regierung der DDR, obwohl es am Anfang der fünfziger Jahren Unzufriedenheit mit dem Zustand des politischen Systems der DDR gab und vor dem Neuen Kurs Maßnahmen eingeleitet worden waren, die die sozialökonomische Spaltung Deutschlands vertieft hätten. Die größere Gefahr der weiteren und endgültigen Spaltung Deutschlands ging allerdings von der Politik Adenauers aus. So bekam die Forderung nach freien und gesamtdeutschen Wahlen am 17. Juni 1953 vielfach einen demagogischen Charakter.

Die Mehrheit der Bevölkerung des heutigen Brandenburgs wurde am 17. Juni 1953 von den Ereignissen überrascht und wusste zunächst nicht, was in der DDR vor sich ging. Später solidarisierte sich ein großer Teil der Bevölkerung mit den Streikenden und Demonstranten, vor allem mit deren ökonomischen Forderungen zur Verbesserung des materiellen Lebensniveaus. Eine breite Unzufriedenheit auf diesem Gebiet und die bekannten, zur weiteren Verschlechterung der materiellen Lebenssituation führenden bereits genannten administrativen Maßnahmen der Regierung war für viele der Grund, von dem in der Verfassung der DDR garantierten Streikrecht Gebrauch zu machen.

In den drei Bezirken, die heute den größten Teil des Bundeslandes Brandenburg bilden, hat in der Zeit vom 17. - 19. Juni 1953 ein Massenstreik stattgefunden, der mehrere zehntausend Teilnehmer umfasste. Während der Streiks und Demonstrationen traten im Verlaufe des 17. Juni die ursprünglichen rein ökonomischen Forderungen mehr und mehr in den Hintergrund und politische Forderungen, wie die nach dem Sturz der Regierung und freien gesamtdeutschen Wahlen, Auflösung der KVP, Bestrafung der Schuldigen an den Fehlern von SED und Regierung u. a. in den Vordergrund. Einige Demonstrationen erweckten aufgrund von sichtbaren Gewaltakten, von Vandalismus inner- und außerhalb von öffentlichen Gebäuden, über Umstürzen von Fahrzeugen, Angriffe auf Ordnungskräfte, Agitatoren und Funktionäre, bis zum Lynchmord, den Eindruck eines Aufstandes, der zum Teil zu einem Pogrom ausartete. Das war vor allem in Rathenow, Brandenburg-Stadt und in Fürstenberg/O. der Fall.

Den Eindruck, den zeitgenössische Beobachter, zu denen sich auch der Verfasser dieser Zeilen zählt, von den Aktionen, vor allem von den Demonstrationen, am 17. Juni hatten, entsprechen in keiner Weise den in den alten Bundesländern aufgebauten revolutionären und nationalen Mythen vom "Volksaufstand" am 17. Juni 1953 in der DDR. Diese Eindrücke und das Studium der Quellen aus den Bezirken Potsdam, Frankfurt/O. und Cottbus stehen im Widerspruch zu der Feststellung des Aufrufes „17. Juni - Orte des Erinnerns“: *„Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 war eine gescheiterte Revolution. Dennoch steht der Volksaufstand in der Tradition von 1848, 1918/19 und weist mit den Forderungen nach Demokratie und freien Wahlen auch auf 1989 hin“*. Damit steht der Aufruf von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zur Würdigung des fünfzigsten Jahrestages des 17. Juni 1953 in der Tradition der von WOLFRUM gekennzeichneten Mythen der historischen Erinnerungskultur in den alten Bundesländern. In dieser existierten bekanntlich der 18. März 1848, der 9. November 1918, aber auch der 20. Juli 1944 nicht als nationale Gedenktage im Range des „Tages der deutschen Einheit“ am 17. Juni und widerspiegelten sich nicht bzw. nicht übermäßig in der Namensgebung von Straßen, Plätzen, Gebäuden, Schiffen und anderen öffentlichen Einrichtungen.

In einem Vortrag vor Studenten der Bonner Universität am 16. Juni 1965 wandte sich Rudolf Augstein gegen den Kult um den 17. Juni 1953:

„Es war kein Volksaufstand, der von sowjetischen Panzern im Blut erstickt worden war. Es war eine nicht gezielte, nicht geplante Demonstration für bessere, freiere Lebensbedingungen, die mehr erlosch, als sie unterdrückt worden ist ... Nein, es war kein Aufstand. Viel eher war es ein Unglück ... Es gibt nichts zu feiern, wir haben uns hier nicht viel zu erinnern, auf das ein Deutscher stolz sein könnte“ (Der Spiegel, 24. Juni 1965, Beiheft, S. 12).

Er machte diese Äußerung im Zusammenhang mit seiner Kritik an der bisherigen Deutschlandpolitik der Bundesregierung, die er als verfehlt ansah. Er forderte die Anerkennung der DDR (Vgl. WOLFRUM, 211/12).

RADEMACHER (2002, 149), der einen eindrucksvollen Überblick über den Verlauf des 17. Juni 1953 in der DDR gibt, kommt auch zu dem Schluss:

„Ein 'Volksaufstand' ist der 17. Juni dennoch nicht. Die Mittelschicht steht abseits“.

Auch DIETRICH (1991, 149) kommt zu der Einschätzung:

„Die Tatsachen zeigen, dass die soziale Zusammensetzung der an den Juni-unruhen beteiligten Kräfte offensichtlich nicht den Schluss zulässt, dass es sich am 17. Juni 1953 in der DDR um einen Volksaufstand im weitesten Sinne gehandelt haben kann.“

Aus Brandenburger Sicht kann man diese Einschätzung bestätigen.

Obwohl sich Angehörige der technischen **Intelligenz** (z. B. im Reifenwerk Fürstenwalde, die gesamte Werkleitung im Stahlbau Brandenburg), vereinzelt Lehrer, Pfarrer (z. B. die Pfarrer N. und M., die Demonstrationen anführten und die Zerstörung des Jugendklubhauses durch Mitglieder der Jungen Gemeinde in Brandenburg/H. leiteten), Funktionäre der Parteien, Massenorganisationen (z. B. der Industriegewerkschaften) und des Staatsapparates (z. B. Bürgermeister) an Streiks und Demonstrationen teilnahmen, blieb die Mehrheit der Intelligenz diesen Aktionen fern. Ein großer Teil verhielt sich abwartend, aber eine beträchtliche Anzahl nahm an Aktivitäten zur Eindämmung der Streiks und Demonstrationen teil (z. B. Angehörige der Potsdamer Hochschulen, Lehrer, die Intelligenz im Stahl- und Walzwerk Brandenburg, in den Rathenower Optischen Werken).

Auch die **Klein- und Mittelbauern** beteiligten sich in der überwiegenden Zahl nicht an den Aktionen in den Junitagen. Sie führten ihre landwirtschaftlichen Arbeiten durch. Nur unter einem Teil der Großbauern herrschte eine Siegerstimmung, die durch reichhaltigen Alkoholgenuss und dementsprechende Äußerungen zum Ausdruck kamen. In Jessen (heute Sachsen-Anhalt) wurde von ihnen eine Demonstration mit Kundgebung mit etwa 200 Teilnehmern, darunter Angehörige des VEB Ziegelei Gohrenberg und des MTS-Leitwerkes Jessen, organisiert. Sie blieb aber im damaligen Bezirk Cottbus isoliert. Größere Auswirkungen der Streiks und Demonstrationen am 17. Juni gab es lediglich in einigen Dörfern im Kreis Brandenburg-Land. Hier gab es Überfälle auf Bürgermeister, FDJ- und Parteisekretäre sowie LPG-Mitglieder. Infolge dieser Vorkommnisse lösten sich vier Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften auf.

Eine distanzierte Haltung zu den Aktionen am 17. Juni, vor allem zu den mit Gewalt und Vandalismus verbundenen, nahmen auch große Teile der **Handwerker und Gewerbetreibenden** ein.

Die Kirche, insbesondere die evangelische, verhielt sich, trotz der erwähnten feindlichen Haltung von Pfarrern gegenüber der DDR, loyal. Der Rat der EKD hatte am 12. Juni 1953 als Antwort auf den Neuen Kurs der SED und der Regierung der DDR eine von Bischof Dibelius unterschriebene Mitteilung „An alle evangelischen Gemeinden in Deutschland“ veröffentlicht. Darin hieß es u. a.: „Der bedeutsame Umschwung, der in der Lage der evangelischen Kirchen im Osten unseres Vaterlandes eingetreten ist, lässt uns die evangelischen Gemein-

den in ganz Deutschland zur Anteilnahme und zur dankbaren Mitfreude aufrufen.

Die Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber den Vertretern der Kirche bringt die unerwartete Wendung, dass die Anfeindungen gegen die Junge Gemeinde eingestellt und die begangenen Fehler rückgängig gemacht werden sollen, dass Strafverfolgungen und Verurteilungen überprüft, dass die beschlagnahmten kirchlichen Anstalten zurückgegeben werden sollen und vieles andere mehr.

In dieser Stunde danken wir Gott, dass er so viele Erschwernisse, die wir aus seiner Hand genommen haben, in seiner Barmherzigkeit von uns nehmen will ... Aber wir danken Gott auch als seine Gemeinde, dass nun vielen Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik, die durch die äußeren Verhältnisse über ihre Kraft belastet werden, ein Aufatmen geschenkt wird.

Lasst uns darum beten, dass wir den Segen, den er uns in der schweren Zeit geschenkt hat, nicht verlieren und nicht müde werden im Hören auf sein Wort, im Bekennen, in Fürbitte und brüderliche Hilfe, dass wir die Zeit der Erquickung nicht vorbeigehen lassen, ohne die uns darin geschenkten Möglichkeiten in Treue auszunutzen ...“ (BLHA, Rep. 530, Nr. 995, Bl. 128, 130).

Die Verbreitung dieser Mitteilung erfolgte vor dem 17. Juni nur schleppend. Am 21. Juni jedoch wurde dieser Hirtenbrief von allen Kanzeln verlesen.

Die Begründung, warum die Ereignisse im Juni 1953 kein Volksaufstand gewesen sind, erschöpft sich nicht in der Abstinenz der Mittelschichten. Aus Brandenburger Sicht müssen auch folgende Faktoren genannt werden:

- Auf dem Territorium des heutigen Bundeslandes Brandenburg waren die Streiks und Demonstrationen am 17./18. Juni 1953 nicht flächendeckend (siehe Frage 5!)

Die Beschäftigten der Versorgungs-, Energie-, Verkehrsbetriebe und die Stahlwerker, vor allem die an den Hochöfen, widerstanden den Versuchen, auch sie in die Streiks und Demonstrationen einzubeziehen. Auch in den für die Lausitz typischen Industriezweigen, dem Braunkohlenbergbau, der Glas- und Textilindustrie, gelang es nicht, Streiks und Demonstrationen zu organisieren.

- Wie in der gesamten DDR gab es auf dem Boden des heutigen Bundeslandes Brandenburg keine führenden Köpfe und Organisationen, die Aktionen des 17. Juni 1953 vorbereitet und gelenkt hätten. Zeitgenössische Beobachter hatten oft den Eindruck, dass diese spontan und chaotisch waren. Aber das täuschte. Sie verliefen planmäßig. Ausgangspunkt der Aktionen war meistens ein Streik der Arbeiter der Bauunionen, die an den Brennpunkten des Eisen- und Autobahnbaus und der Entwicklung der industriellen Basis der DDR (Metallurgie, Energieerzeugung und Grundstoffindustrie) arbeiteten.

Die **Bauarbeiter** waren, wie die anderen Montagearbeiter, in Lagern zusammen gefasst, in denen die Lebensbedingungen nicht immer die besten waren. Von der Normerhöhung waren die schwer körperlich arbeitenden Bauleute besonders betroffen. Eine verbreitete Unzufriedenheit war vorhanden. Der in der Zeit nach Krieg und Faschismus vor sich gehende soziale Wandel der Arbeiterklasse war

bei den Bauarbeitern besonders zu spüren. Unter ihnen gab es einen noch hohen Anteil von Un- und Angelernten, vor allem bei den Jüngeren. Darunter befanden sich auch „gescheiterte Existenzen“. Diese waren damals in den Bauberufen prozentual stärker als in anderen Berufsgruppen vertreten. Die Bauarbeiter gaben in den drei ehemaligen Bezirken Potsdam, Frankfurt/O. und Cottbus nicht nur den Anstoß zu den Streiks und Demonstrationen, sondern waren auch der treibende Teil der Aktionen am 17. Juni. Sie waren vielfach auch nicht zimperlich in der Wahl ihrer Methoden. Gewaltanwendung gegenüber Funktionären der SED und des Staates, Agitatoren, Streik- und Demonstrationsunwilligen trat häufig auf.

Die starke Ausdehnung der Streikbewegung und die Durchführung der meisten Demonstrationen war aber in erster Linie das Ergebnis ihres Handelns. Durch das Handeln der Arbeiter der Bauunionen bekamen die Aktionen des 17. Juni 1953 eine gewisse Organisiertheit und Planmäßigkeit. Aber von ihren und den Streikleitungen in den anderen Betrieben, die sich zwar um einen jeweils regionalen Kontakt untereinander bemühten, konnten die dafür notwendigen zentralen Steuerimpulse nicht gegeben werden. **Da es keine zentrale Streikleitung für die DDR oder auf der Ebene der Bezirke gab, muss man fragen: Wer steuerte die Aktionen, die ja in ihrem Verlauf ständig eskalierten?** Die Spuren führten nach Westberlin, zu den dort in großer Zahl ansässigen antikomunistischen Organisationen und Medien, vor allem zum Rundfunk im Amerikanischen Sektor (RIAS), der von acht von zehn Rundfunkhörern in der DDR empfangen wurde. Die Musiksendungen des **RIAS** waren bei der damaligen Jugend in der DDR sehr beliebt. Als Nebeneffekt wurde dabei auch das politische Bild vieler Jugendlicher geprägt. Die Jugend im heutigen Bundesland Brandenburg, vor allem im ehemaligen Bezirk Potsdam, hatte auch praktische Westberlinerfahrungen in Gestalt von Jobs, Tanzveranstaltungs- und Kino-besuche. Die Anziehungskraft des materiellen Lebensstandards und das glitzernde äußere Bild des Westens wirkte auf viele DDR-Bürger, vor allem auf Jugendliche. Aber das durfte in der DDR nicht wahr sein. Die Bewusstseinsentwicklung in der DDR wurde falsch eingeschätzt.

Der RIAS hatte aufgrund dieser Situation einen großen Einfluss. In den Stimmungsberichten von Perleberg bis Senftenberg wurde der Bezug eines großen Teils der Streikenden und Demonstranten auf die Sendungen des RIAS, vor allem auf seine Kommentare und Berichte über den Verlauf des 17. Juni deutlich sichtbar. Deshalb konnte er am 17. Juni 1953 eine steuernde Funktion in der DDR und auch auf unserem Untersuchungsgebiet ausüben. BAHR, zur Zeit der Juniereignisse 1953 Chef der deutschen Redaktion beim RIAS beschrieb dies in seinen Erinnerungen wie folgt:

„Zum erstenmal wurden Verantwortung und Macht eines elektronischen Mediums deutlich, das, ohne den zeitraubenden Vorgang des Denkens und ohne von Grenzen aufgehalten zu werden, Menschen verbindet, die am Lautsprecher hängen, und sie innerhalb weniger Stunden zu gleichem Verhalten veranlasst ... Der RIAS war ohne zu wissen ... zu wollen, zum Katalysator des Aufstandes

geworden. Ohne den RIAS hätte es den Aufstand so nicht gegeben“ (BAHR, 1996, 80).

War der 17. Juni 1953 ein vom Westen gesteuerter faschistischer bzw. konterrevolutionärer Putsch?

Die Begriffe „faschistischer Putsch“ und „konterrevolutionärer Putsch“ wurden in der Erklärung des Zentralkomitees der SED „Über die Lage und unmittelbaren Aufgaben der Partei“ vom 21. Juni 1953 sowie in den von uns gesichteten Dokumenten der SED-Bezirksleitungen Potsdam, Frankfurt/O. und Cottbus noch nicht gebraucht. Sie verwendeten die Begriffe „faschistische Provokation“ und manchmal „faschistisches Abenteuer“. Diese Diktion entstand im sowjetischen Krisenstab am 17. Juni unter Leitung von Marschall Sokolowski. Dort wurden die Unruhen als vom Westen her provoziert gesehen. Um einer weitergehenden Intervention vorzubeugen, wurden die in der DDR stationierten sowjetischen Truppen mit dieser Begründung alarmiert. Im Beschluss der 15. ZK-Tagung der SED vom 24. - 26. Juni 1953 wurde schließlich von einem „faschistischen Putschversuch“ gesprochen, den „eine von den Amerikanern organisierte und unterstützte faschistische Untergrundbewegung“ vorbereitet hätte. Das wurde schon in der folgenden Passage in der genannten Erklärung des ZK vom 21. Juni 1953 sichtbar:

„In Westdeutschland saßen und sitzen die amerikanischen Agenturen, die auf Anweisung von Washington die Pläne für Krieg und Bürgerkrieg ausarbeiten. In Westdeutschland und Westberlin organisierten die Adenauer, Ollenhauer, Kaiser und Reuter die unmittelbare Vorbereitung des Tages X. So wurde im Ministerium von Jakob Kaiser mit aktiver amerikanischer Unterstützung unter dem Tarnnamen ‘Forschungsbeirat’ ein spezieller Stab für Diversions- und Bürgerkriegsakte geschaffen, dem Millionen Mark aus den Geheimfonds aus- und inländischer Imperialisten zufließen. In Westberlin wurden von den Kaiser und Reuter systematisch Kriegsverbrecher, Militaristen und kriminelle Elemente in Terrororganisationen vorbereitet und ausgerüstet. Zu den alten faschistischen Morderfahrungen kamen noch zusätzlich die Methoden der amerikanischen Gangster. So wurde der faschistische Auswurf wieder großgezogen. Neben den ausländischen Kriegstreibern tragen Adenauer, Ollenhauer, Kaiser und Reuter die volle Verantwortung für das Blut, das bei der Niederschlagung des faschistischen Abenteuers geflossen ist“ (FLUGBLATT, BLH.A Rep. 930, Nr. 721).

Im Gegensatz dazu war der Ton der Analysen der Bezirksleitungen „Über die Entstehung, den Ausbruch und die Entwicklung der faschistischen Provokation am 17. und 18. Juni 1953“ gemäßigter und - obwohl sie auch der vorgegebenen Lesart folgten - sachlicher und z. T. selbstkritischer.

Aus der Sicht des ZK der SED wurde in der genannten Erklärung folgendes Bild der Juniereignisse gezeichnet:

„Der Gegner benutzte zur Auslösung seiner Provokation die Missstimmung einiger Teile der Bevölkerung, die durch Folgen unserer Politik im letzten Jahr

entstanden war. Er organisierte unter dem Vorwand einer Dampferpartie der Betriebsangehörigen der VEB Industriebau Berlin unter Hinzuziehung seiner Agenten aus einzelnen Großbetrieben am Sonnabend, dem 13. Juni 1953, den Streik der Bauarbeiter und bestimmte den Dienstag, den 16. Juni 1953, als Termin für die Provokation. Er warf gleichzeitig seine mit Schwefel-, Phosphor- und Benzinflaschen sowie mit Waffen ausgerüsteten Banditenkolonnen über die Sektorengrenzen mit der Aufgabe, die Arbeitsniederlegungen ehrlicher Bauarbeiter durch Hetzlosungen in eine Demonstration gegen die Regierung umzufälschen und dieser Demonstration durch Brandstiftungen, Plünderungen und Schießereien den Charakter eines Aufruhrs zu geben. Zugleich gab er seinen Agentengruppen an einigen anderen Stellen der Republik die Anweisung, am nächsten Tage – in anderen Orten am übernächsten Tage – ähnliche Aktionen zu organisieren. Die von Westberlin eingeschleuste und von dort dirigierte faschistische Brut organisierte Überfälle auf Lebensmittellager, Lehrlingsheime, Klubhäuser, Verkaufsstellen sowie Mordüberfälle auf Funktionäre der Partei, der Massenorganisationen und des Staatsapparates, die mutig unsere demokratische Ordnung verteidigten. An Hand der in den Westberliner Agentenzentralen vorbereiteten Listen wurden vorübergehend faschistische und kriminelle Verbrecher aus den Haftanstalten herausgeholt, wie z. B. die wegen bestialischer Verbrechen gegen die Menschlichkeit von der demokratischen Justiz verurteilte SS-Kommandeuse des Konzentrationslagers Ravensbrück, Erna Dorn. **So sollte in der Deutschen Demokratischen Republik eine faschistische Macht errichtet und Deutschland der Weg zur Einheit und Frieden verlegt werden.**“ (EBEN-DA).

So entstand durch eine Mischung von Tatsachen, ihrer einseitigen und überhöhten Betrachtung, Fehleinschätzungen und Fälschungen (Erna Dorn) die dem revolutionären und nationalen Mythos eines Volksaufstandes am 17. Juni 1953 im Westen entgegengesetzte **Legende einer von Westberlin aus organisierten Provokation, die eine erneute Errichtung einer faschistischen Macht zum Ziel hatte.** In vielfach modifizierter Form prägte sie in der DDR die offizielle Darstellung des 17. Junis.

Am 22. Juni 1953 sandte Walter Ulbricht das Fernschreiben Nr. 228 an die Bezirksleitung Cottbus, das diese 21.30 Uhr entgegen nahm. Darin hieß es u. a.: „Es ist notwendig, alles Tatsachenmaterial zu beschaffen, über faschistische und andere reaktionäre Kräfte, über Diversanten und andere Banditen aus Westdeutschland und Westberlin und aus der DDR, die in Eurem Bezirk aufgetreten sind. Es ist insbesondere auch notwendig, darüber Tatsachen zu bringen, dass Jugendliche in Westberlin militärisch ausgebildet wurden. Dazu nutzt Euer eigenes Material und setzt Euch außerdem mit staatlichen Stellen in Verbindung. Wir brauchen schnell solches Material, um es in die Presse bringen zu können, da wir nicht solange warten können, bis in Prozessen solche Tatsachen bekannt werden“ (BLHA, Rep. 930, Nr. 721).

Die Ergebnisse der Beschaffung der gewünschten Tatsachen waren in den drei Bezirken mager. „Die Lausitzer Rundschau“ veröffentlichte bereits am 18. Juni 1953 in einer Extraausgabe 11 Namen von „Provokateuren“, die von der Volkspolizei festgenommen worden waren. Einer war 67, zwei waren 42, zwei 26, drei 21, einer 18 und einer 17 Jahre alt. Vom Elften fehlen die Angaben. Sie wohnten vorwiegend in Lübben und Umgebung. Einer, ein Telegraphenarbeiter, stammte aus Potsdam. Wie die 313 im Bereich des heutigen Bundeslandes Brandenburg vom MfS Verhafteten und die 16 Angeklagten in den Prozessen im Bezirk Potsdam waren sie DDR-Bürger. Aus Westdeutschland oder Westberlin war keiner. Von den 313 waren in der Zeit vor 1945 13 Mitglieder der NSDAP und 11 Angehörige der SA oder SS, darunter ein ehemaliger Obersturmbannführer. Sie hatten sich als Schreier, Redner, gewalttätige Akteure, Anführer von Demonstrationen und Wortführer bei Streiks in Betrieben hervorgetan. Trotz intensiver Bemühungen der von der Partei kritisierten Sicherheits- und Justizorgane konnte die Existenz einer faschistischen Untergrundbewegung in der DDR nicht nachgewiesen werden.

Allerdings gab es acht Jahre nach der Niederlage des deutschen Faschismus in den alten Bundesländern und auch in Westberlin Entwicklungen und Erscheinungen, die in dieser Hinsicht Besorgnis erregen konnten, so z. B. die Übernahme von etwa 150 000 Beamte aus der Zeit des Faschismus in den bundesrepublikanischen Staatapparat. Bei weiten Teilen der westdeutschen und westberliner Bevölkerung hatte die faschistische Ideologie, vor allem in Gestalt des Antisowjetismus und Antikommunismus, ihre Spuren hinterlassen. Das galt auch für Teile der DDR-Bevölkerung.

Trotz der intensiven Bemühungen der antifaschistischen Kräfte in beiden deutschen Staaten 1953 und auch später war die faschistische Vergangenheit noch nicht bewältigt. Aber diese Tatsache und die Beteiligung eines relativ geringen Teils ehemaliger Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen als „Rädelsführer“ der Aktionen am 17. Juni 1953 bot keine Grundlage für eine Bewertung dieser Aktionen als faschistischen Putsch.

Auch als „konterrevolutionär“ konnten die Proteste am 17. Juni nicht gewertet werden. Obwohl die Streiks vor allem die volkseigenen Betriebe und die im Fünfjahrplan zu schaffenden metallurgischen und energetischen Zentren sowie wesentliche Verkehrsprojekte betrafen, wurden das neu entstandene Volkseigentum und die Existenz der DDR nirgendwo öffentlich in Frage gestellt.

Bleibt als rationaler Kern der Legende des 17. Juni 1953 als ein vom Westen inszenierter faschistischer und konterrevolutionärer Putsch der differenziert zu sehene tatsächliche Einfluss westdeutscher und westberliner Medien, Institutionen und Organisationen auf die Ankündigung, den Verlauf und die Nachwirkungen des 17. Juni 1953 in der DDR.

Die Rolle des Rundfunks im amerikanischen Sektor als „Katalysator“ (Bahr) der Streiks und Demonstrationen am 17. Juni 1953 in der DDR, und besonders in Brandenburg, haben wir bereits dargestellt. In der Fachsprache der Chemie ist ein Katalysator ein Stoff, der eine Reaktion auslöst oder beeinflusst. Beides

trifft, wie wir ohne Überschätzung gesehen haben, auf die Rolle des RIAS in allen Phasen des Verlaufes der „fünf Tage im Juni 1953“ (Heym) zu.

Doch in der Tätigkeit des RIAS erschöpften sich die Einflüsse des Westens, insbesondere Westberlins nicht. In Westberlin waren alle bedeutenden Geheimdienste der westlichen Welt präsent. Darunter war auch der 1947 gegründete CIA (Central Intelligence Agency) der USA, der großen „Einfluss“ auf den RIAS hatte. Er hatte - wie die anderen Dienste auch - gewiss seine Verbindungen zu antikommunistischen Organisation und Institutionen Westberlins und auch in die DDR.

Seit dem 16. Juni 1953 waren der Chef des CIA A. W. Dulles, die Sonderberaterin des USA-Außenministers für Berlinfragen, E. Lansing-Dulles und der Stabschef der US-Army, General Ridgway, in Westberlin. War das Zufall?

Präsident Eisenhauers Administration propagierte seit Frühjahr 1953 die von J. F. Dulles 1951 entwickelte antikommunistische Strategie des „roll-back“.

„Durch Propaganda, zum Beispiel über den RIAS, und versteckte Hilfen soll die Unzufriedenheit der Bürger in Osteuropa geschürt werden, damit sie schließlich zu Aufständen führt. So könnte sich die Möglichkeit ergeben, die osteuropäischen Regimes von innen her zu stürzen.

Nun ist die Theorie Realität geworden - viel schneller, als irgendein Planer in Washington je gedacht hat“ (RADEMACHER, 2002,147).

Der Geheimdienstchef empfahl dringend, den „Aufständischen“ in Ostberlin Waffen zuzuliefern. Vielfach waren diese schon bewaffnet, wie wir z. B. Berichten aus dem Bezirk Frankfurt/O. entnehmen konnten. Doch das Risiko, dass bei bewaffneten Angriffen auf die Sowjetarmee diese Westberlin unter Kontrolle nehmen, vielleicht sogar besetzen konnte, war zu groß. Der Fall des aus westlicher Sicht nicht verteidigungsfähigen Westberlin hätte den Beginn des Dritten Weltkrieges bedeutet. Deshalb ruderten die Amerikaner zurück.

„Im Zeitalter der Atombombe zählt Frieden mehr als Freiheit. Deshalb protestiert Washington zwar offiziell gegen das Vorgehen der Sowjetarmee, doch vermeiden Amerikas Diplomaten und Militärs alles, was als Provokation ausgelegt werden könnte“ (EBENDA).

Beim RIAS z. B. durfte, wie wir bereits von Egon Bahr wissen, kein Reporter und Gastredner das Wort „Generalstreik“ in den Mund nehmen. Auch der Berliner DGB-Vorsitzende Scharnowski, der den vom RIAS gesendeten Aufruf zur Demonstration am 17. Juni verfasste, tat es nicht.

Die wirklichen Organisatoren der Aktionen des 17. Juni blieben im Hintergrund. Ein großer Teil setzte sich, nachdem die Aktionen gescheitert waren, nach Westberlin ab bzw. tauchte unter. Sie konnten von Sicherheitsorganen der DDR nicht gefasst werden. Einen unbeabsichtigten Hinweis darauf, dass diese Personen keine Phantome waren, kann man der Autobiographie von E. Bahr entnehmen. Er schilderte die Situation am 18. Juni 1953 im Funkhaus des RIAS und erwähnte dabei folgendes:

„An diesem Donnerstagabend kam ein Mann in nassen Kleidern ins Funkhaus. Er war durch einen Kanal geschwommen, um zu berichten, dass auch in der Stadt Brandenburg ein Aufstand stattgefunden hatte. Es war die erste Nachricht, dass die Sache nicht nur auf Berlin begrenzt war“ (EBENDA, 80).

Wer war dieser Mann? Hat er eine Rolle in dem „Aufstand“ gespielt? Und wenn ja, welche?

Im Projekt „17. Juni 1953“ der Bundeszentrale für politische Bildung, des Deutschlandradios und des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V. werden zwei Zeitzeugenberichte publiziert, der Bericht Rudolf Hildebrands, des Organisators der Bauerndemonstration in Jessen (heute Sachsen-Anhalt) und des Elektroingenieurs Siegfried Berger, Organisator des Streiks und der Demonstration der Köpenicker Funkwerker.

Zu Hildebrands Bericht ergibt sich folgende Frage: Warum verwendet er den Begriff „Tag X“, „auf den ... alle gewartet“ hatten „und es war der Tag, wo gehandelt werden musste“? Die Nähe zur Erklärung von Jakob Kaiser, Bundesminister für Innerdeutsche Fragen, vom 24. März 1952 ist frappierend. *„Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, dass der Tag X rascher kommt, als Skeptiker zu hoffen wagen. Es ist unsere Aufgabe, für die Probleme bestmöglich vorbereitet zu sein. Der Generalstabsplan ist so gut wie fertig ...“* sagte Kaiser unter anderem. Waren Herr Hildebrand und seine Mitorganisatoren auch schon gut vorbereitet? Die von ihm detailliert geschilderte konspirative professionelle Vorbereitung der Bauerndemonstration in Jessen deutete jedenfalls darauf hin. S. Berger war als Mitglied der SPD, obwohl er in Berlin-Karlshorst wohnte, im Westberliner Bezirk Neukölln organisiert. Seit 1948 hatte er Kontakt zur West-SPD und ihrem Ostbüro. Im Juni 1953 wurde er der Kopf des Streikes im Funkwerk Köpenick und führte die Demonstration der Funkwerker durch den Westsektor ins Zentrum Berlins. Bevor er mit den Demonstranten aufbrach, bat er, weil er mit einer Verhaftung rechnete, zwei vertraute Kollegen, in seine Wohnung zu gehen, um Spuren seiner illegalen Tätigkeit in Gestalt von einigen politischen Büchern und eines Funkgerätes im Keller, über das viele Kontakte zur West-SPD liefen, zu beseitigen. Er wurde verhaftet, zu sieben Jahren Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt. 1955 wurde er begnadigt und am 16. Oktober kam er in Westberlin an.

1996 wurde er vom russischen Generalstaatsanwalt offiziell rehabilitiert.

Bereits am 23. September 1952 berichtete das Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands der „Neue Vorwärts“ folgendes über das Ostbüro der Partei, das seinen Sitz in Westberlin hatte:

„Eine besondere Rolle im Widerstandskampf gegen das kommunistische Regime ist dem Ostbüro der SPD zugefallen, das im Mittelpunkt der kommunistischen Diffamierungsversuche steht. Die Wahrheit über die Tätigkeit dieses Büros ist, dass es mit allen im illegalen Kampf geeignet erscheinenden Mitteln in der Sowjetzone eine entsprechende Aufklärung betreibt und eine aktive Unterstüt-

zung für die Widerstandsgruppen in den Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg, und Brandenburg ist. Es soll hier nicht über die Methoden des Kampfes und über spektakuläre Erfolge berichtet werden. Die Tätigkeit des Ostbüros wird von den politischen Richtlinien des Parteivorstandes bestimmt ... Erst wenn das kommunistische Regime der Sowjetzone durch andere politisch wirksam gewordene Faktoren gestürzt werden kann, erst dann wird sich das Ausmaß und der Sinn der illegalen Widerstandsarbeit der Sozialdemokratischen Partei in der Sowjetzone erweisen und bestätigen. Auf diesen Tag wird systematisch hingearbeitet ...“ (HEYM, 1977, 90).

Diese Bemühungen trugen z. B. in der Person des Elektroingenieurs Siegfried Berger am 17. Juni 1953 ihre Früchte.

Licht in das Dunkel solcher Vermutungen könnte nur ein Zugang der Historiker zu den Archiven der westlichen Geheimdienste bringen, um sich von deren Aktivitäten am Vorabend und während der Juniereignisse, von ihren Verbindungen zu Personen in der DDR und zu antikommunistisch orientierten westberliner Organisationen und Institutionen, wie z. B. die an diesen Tagen sehr aktive „Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit“ und das Ostbüro der SPD, zu überzeugen.

Solche Beispiele des Einflusses des Westens auf die Juniereignisse 1953 in der DDR konnten die Bezirksleitungen Cottbus, Frankfurt/O. und Potsdam Ulbricht nicht melden.

Nur die Analyse der Bezirksleitung Potsdam wies in der statistischen Zusammenfassung acht ehemalige Mitglieder der SPD als „Rädelsführer“ der Streiks und Demonstrationen besonders aus. Genannt wurde in diesem Zusammenhang der Raum Brandenburg/Stadt-Rathenow-Premnitz. Beziehungen zum Ostbüro wurden nicht hergestellt.

Ansonsten wurde von der BZL Cottbus (Kreis Calau) eine **verstärkte Flugtätigkeit westlicher Flugzeuge** gemeldet. Am 22. Juni 1953 empfangt die SED-Bezirksleitung Cottbus folgende telefonische Durchsage der Kreisleitung Luckau: *„Ein amerikanisches Kontrollfahrzeug wurde am Bahnhof Uckro festgehalten. Es waren 3 amerikanische Offiziere und eine Schwester, die von der amerikanischen (Kontroll-) Mission stammten und die Berechtigung hatten, von Berlin nach Dresden zu fahren. Sie sind aber von ihrem vorgeschriebenen Weg abgelenkt und haben sich bei uns in der Gegend herumgetrieben. Die 4 Insassen wurden in Haft genommen und den sowjetischen Freunden übergeben“* (BLHA, Rep. 930, Nr. 721).

Nach der Verhängung des Ausnahmezustandes wurde eine starke **Zunahme des Abwurfes von Flugblättern**, darunter viele in russischer Sprache, registriert. Transportmittel waren meist Ballons, Flugzeuge und Lastwagen. An manchen Orten wurden bis zu 3 000 Stück gefunden. Darunter befanden sich wieder Flugblätter der sog. „Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit“, die häufig durch Sabotageakte u. a. terroristische Aktivitäten aufgefallen war Sie bedankte

sich diesmal auf einem Flugblatt bei der DDR-Bevölkerung für die Aktivitäten am 17. Juni 1953.

Während des Ausnahmezustandes kursierte in vielen Kreisen der Bezirke Potsdam, Frankfurt/O. und Cottbus das Gerücht, dass der Generalstreik am 4. August 1953 ausgerufen würde.

Das Gerücht bewahrheitete sich nicht. Dafür wurde vom 27. Juli bis 4. August 1953 von Westberlin aus die im Sprachgebrauch der SED -**”Bettelpaket“-Aktion** gestartet. Jeder DDR-Bürger konnte sich in Westberlin gegen die Vorlage seines Personalausweises (!) ein Lebensmittelpaket abholen. Ein solches Paket enthielt: 1 Büchse Schmalzfleisch, 1 Büchse Milch, eine Wurst, je eine Tüte Mehl, Bohnen oder Reis und eine Tafel Schokolade. Die Initiatoren der Aktion hatten richtig kalkuliert. Es setzte ein solcher Massenandrang von Bürgern aus der ganzen DDR und vor allem von den Bewohnern des heutigen Brandenburgs ein, dass erhebliche Probleme für Eisenbahner und die verschiedenen Sicherheitskräfte entstanden. Der überwiegende Teil der Berlinfahrer waren Hausfrauen, Rentner und Umsiedler. Es wurden wieder Agitatoren eingesetzt, die die “Reisenden“ überzeugen sollten, die Pakete nicht anzunehmen oder zugunsten westberliner Arbeitsloser wieder abzugeben. Der Erfolg dieser Maßnahme war gering. Vielfach weigerten sich Parteimitglieder, an diesen Aktionen teilzunehmen. Einige von ihnen oder ihre Frauen holten sich auch Pakete ab. Trotz der Belastung der Eisenbahner durch diese Aktion unterstützten einige von ihnen die Berlinfahrer. Am Bahnhof in Senftenberg wurden den Berlinfahrern extra Fahrradständer reserviert, damit sie nach ihrer Rückkehr die Pakete mit ihrem Fahrrad abtransportieren konnten. Vielfach hatten die Paketabholer Personalausweise verschiedener Personen bei sich. Im oben genannten Zeitraum wurden ihnen an den Grenzübergangstellen des Bezirkes Potsdam 1 741 DPA abgenommen. Da die Überzeugungsarbeit wirkungslos blieb, wurde die Gegenreaktion zunehmend drastischer. Es wurden mehr Volkspolizisten, Mitglieder der sich bildenden Kampfgruppen, Funktionäre eingesetzt. Fahrkarten wurden nur noch an Berufstätige ausgegeben, zeitweilig wurde der S-Bahnverkehr eingestellt. Die Pakete wurden vielfach konfisziert bzw. die Rückkehrer veranlasst, sie „freiwillig“ abzugeben.

Am 31. Juli 1953 berichtete die SED-Kreisleitung Zossen den Erfolg.

„Nach Agitationseinsätzen in Rangsdorf u. a. Bahnhöfen wurden von den Paketabholern freiwillig gespendet:

- 190 kg Schmalzfleisch
- 722 Büchsen Milch
- 126 kg Wurst
- 120 Tüten Mehl
- 99 Tüten Bohnen/Reis
- 50 Tafeln Schokolade.

Diese Lebensmittel sind mit einem Lastwagen der MTS-Dahlewitz auf dem Wege zum ZK, Abteilung Agitation und werden dort gegen Beleg übergeben.“ (BLHA, Rep. 530, Nr. 1014, Bl. 213)

Die Gegenreaktion war schließlich so intensiv, das westberliner Stellen rieten, die Pakete in Westberlin zu hinterlegen, damit sie mit der Post gesandt werden konnten. Die Aktion verflachte so allmählich.

Die Darstellung des westlichen Einflusses auf die Juniereignisse 1953 in der DDR wird in den offiziellen Materialien, die bereits anlässlich ihres fünfzigsten Jahrestages 2003 erschienen sind, tunlich vermieden bzw. verschleiert, damit die in den alten Bundesländern entstandenen revolutionären und nationale Mythen und ihre Funktion in der heutigen politischen Meinungsbildung nicht beschädigt wird. Auch bei Egon Bahr können wir diese Tendenz beobachten. Unter anderem schreibt er in „Zu meiner Zeit“:

„Der Hass der SED auf den RIAS war verständlich. Die Verschwörungstheorie, die Anschuldigungen, wir hätten das bewusst herbeigeführt: Quatsch. Der Westen wurde, wie auch später in Ungarn und Polen überrascht.“ In seinem Kommentar am 18. Juni 1953, gesendet um 19.40 Uhr im RIAS, sagte Bahr u. a.:

„Verehrte Hörer, es war ergreifend, wenn man mit Menschen aus Ost-Berlin sprach, die um direkte Hilfe fast flehend baten. Es war unsagbar schwer, sich ihnen verweigern zu müssen, eben weil sonst der ganze Sinn, die ganze Größe des Ereignisses gefährdet worden wäre, die gerade darin besteht, das alles unorganisiert, dem Willen dieser Menschen in Ost-Berlin entsprang. Es war tragisch, helfen zu wollen und nicht unmittelbar helfen zu dürfen. Westberlin konnte nicht mitmachen aus eben diesem Grunde. Es wäre ein Kleines gewesen, durch einen flammenden Aufruf West-Berlin auf die Beine zu bringen, und wer hätte sich versagt? Es ist historisch, dass dies nicht geschah ...“ (HEYM, 1977, 250).

Hätte sich der RIAS, der zum Katalysator und damit zum indirekten Organisator des Ablaufes der Aktionen am 17. Juni geworden war, auch ohne Eingreifen der Amerikaner gebremst? Westberlin konnte nicht mitmachen? RADEMACHER stellte fest:

„Die Westberliner feiern die demonstrierenden Arbeiter, wann immer sie durch ihre Sektoren ziehen. Manchen hält es auch nicht mehr in seinem Viertel. Dutzende Menschen aus dem Westteil mischen sich in die Menge im Osten“. (RADEMACHER, 2002, 146). Dieses Abwiegen des Einflusses Westberlins auf die Berliner Demonstrationen kann Augenzeugen „auf die Palme bringen“. Es müsste heißen: Tausende Westberliner mischten, geduldet von Behörden, Polizei und Zoll Westberlins, mit. Die mit Benzin und Phosphor gelegten Brände in Kiosken und Gebäuden waren nicht das Werk der streikenden Arbeiter aus Ostberlin. Die vor allem von Jugendlichen getragenen bürgerkriegsähnlichen Aktionen in der Nähe der Sektorengrenzen, die der Presse und dem Rundfunk die entsprechenden Bilder bzw. Geräusche lieferten, hatten zum überwiegenden Teil auch nichts mehr mit den Streikenden und Demonstranten Ostberlins zu tun. Westberliner, die es nicht mehr in ihrem Kiez hielt, fuhren mit Fahrrädern und in nagelneuen Maureranzügen durch die Straßen und zeigten den Demonstran-

ten den einzuschlagenden Weg oder übernahmen - wie der Autor dieser Zeilen selbst beobachtete - selbst die Führung von Demonstrationen. Drei Personen, die er an der Spitze von drei sich in den Nebenstraßen der Stalin-Allee neu formierenden Demonstrationen wiedererkannte, hatten ihn und seine Kommilitonen beim Einsteigen in die aus Charlottenburg kommende S-Bahn am Bahnhof Friedrichstraße angepöbelt. Sie und 2 weitere junge Männer befanden sich bereits im ankommenden Zug.“

Auf dem Territorium des heutigen Bundeslandes Brandenburg wurden in der Regel nicht die Intensität und das Ausmaß der beschriebenen Berliner Aktivitäten erreicht. Eine Ausnahme bildeten lediglich die Ereignisse in Rathenow und Brandenburg/Stadt. Vor allem der „Aufstand“ in der Stadt Brandenburg kam in die Nähe der „Berliner Verhältnisse“ am 17. Juni 1953. Aber die Wechselbeziehungen zwischen Berlin und seinem „Umland“ waren an diesem Tag nicht zu übersehen. Wobei die offene Sektorengrenze zwischen dem Bezirk Potsdam und Westberlin eine nicht unerhebliche Rolle spielte. Die Demonstranten in Berlin bekamen z. B. Zulauf via Westsektoren aus Hennigsdorf. Verstärkung für sie bedeuteten auch die Bauarbeiter aus Strausberg und Wünsdorf. Auch Potsdamer Bauarbeiter, die in der Pionierrepublik am Werbellinsee arbeiteten, hatten die Absicht nach Berlin zu fahren. Auf der anderen Seite wurden z. B. im Rahmen der ungewöhnlich starken Einstellungen von Bauarbeitern am 13. Juni 1953 auf den Baustellen des EKO/Stalinstadt legal und in Strausberg illegal auch Westberliner eingeschleust, die auch bei der Organisation der Streiks besonders in Erscheinung traten.

Die geschilderte Entwicklung und die genannten Beispiele der Einflussnahme des Westens im Allgemeinen und die der Institutionen, Parteien, Organisationen und Medien Westberlins auf den Vorabend und Verlauf der Juniereignisse in der DDR im Besonderen sind Tatsachen.

Sie waren auch schon 1953 Bestandteil der amerikanischen Strategie des allmählichen Zurückdrängens des Kommunismus im Weltmaßstab. Adenauer hatte sich in den 50er Jahren mit seiner Politik der Remilitarisierung und Westintegration und seinen Vorstellungen, dass die Wiedervereinigung Deutschlands nur durch „Befreiung des Ostens“ zu erlangen sei, dieser Strategie untergeordnet. Die Ereignisse am 17. Juni 1953 und ihre Widerspiegelung in einer für die CDU erfolgreichen Bundestagswahl im September 1953 waren für Adenauer Alibi und Bestätigung seiner Politik, die mit dem Abschluss der „Pariser Verträge“ 1954 ihren Höhepunkt erlebte. Für die Strategie des „roll back“ war der 17. Juni 1953 in der DDR ein Modellfall.

„Als es 1958 wieder einmal zu einer 'Berlinkrise' kommt, antwortet der westdeutsche Botschafter in Washington, Professor Grewe, der vorher in Bonn die Rolle der 'grauen Eminenz' gespielt hat, auf die Frage, ob er ein Mittel zur Wiedervereinigung kenne: 'Einen neuen 17. Juni!'“ (DZELEPY, 1961, 256).

1994 legte der damalige amerikanische Vizepräsident Al Gore offen dar, dass der amerikanischen Politik nach Ende des Zweiten Weltkrieges eine langfristig angelegte strategische Konzeption zugrunde lag, um den Jahrzehnte währenden

Ideenkrieg zwischen den beiden Systemen zu gewinnen: „Ermöglicht wurde dies durch den bewussten und gemeinsamen Entschluss von Männern und Frauen in den Staaten der ‚freien Welt‘, die Niederlage des kommunistischen Systems zum zentralen Organisationsprinzip nicht nur der Regierungspolitik, sondern der ganzen Gesellschaft zu machen.

Das heißt nicht, das dieses Ziel alle Gedanken beherrscht oder jeglicher staatlicher Entscheidung Pate gestanden hätte, aber der Widerstand gegen den Kommunismus bildete den Grundzug praktisch aller geopolitischen Strategien und Sozialpolitiken, die der Westen seit dem Zweiten Weltkrieg entworfen hat“ (AL GORE, 1994, 269, in: DAHN, 1996, 116/117).

Man kann dies profan auch Verschwörungstheorie nennen. Da sie auch Gegenreaktionen hervorrief, beschwor sie am 17. Juni 1953 und später friedensgefährdende Situationen im internationalen Maßstab herauf.

Die zuletzt dargestellten Zusammenhänge und die Fakten der westberliner Einflussnahme, die offenbar auch den Bogen des 1953 möglichen aktiven „Widerstandes gegen den Kommunismus“ überspannte, sind der reale Kern der Legende einer von Westberlin aus organisierten Provokation, die die Errichtung einer faschistischen Macht in der DDR zum Ziel hatte. Diese Schutzbehauptung sollte die Tatsache überdecken, dass ein großer Teil der Bevölkerung, insbesondere Arbeiter, gegen die Partei der Arbeiterklasse und die Arbeiter-und Bauernregierung in der DDR protestiert hatten.

Die Schwierigkeit in der Einschätzung des 17. Juni 1953 in der DDR besteht m. E. darin, dem berechtigten Protest gegen die sozialen Auswirkungen der ökonomischen Politik und administrativen Maßnahmen der SED nach ihrer II. Parteikonferenz 1952 Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und den die Unzufriedenheit der Bevölkerung schürenden und den Verlauf des Massenprotestes weitgehend dominierenden Einfluss westberliner Medien, Institutionen und Organisationen als Bestandteil der oben genannten antikommunistischen Strategie zu charakterisieren. Aber nur so kann man sich der Beschreibung der Realität der Juniereignisse 1953 in der DDR nähern.

Auf literarischen Gebiet hat Stefan Heym mit seinem Roman „5 Tage im Juni“, der 1977 im Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt/a. M., erschien, versucht, diese Balance zu halten.

„Stephan Heym erwies sich in seinem Roman über den 17. Juni als Gefangener des Kalten Krieges. Er würde ihn so nicht mehr schreiben können, versicherte er mir in einem Gespräch, als es die DDR noch gab“, urteilte Egon Bahr in seinen Erinnerungen. Stefan Heym starb am 16. Dezember 2001. Er kann uns nicht mehr sagen, was er heute anders schreiben würde. Es wäre sicher eine reizvolle Aufgabe für die Literaturwissenschaftler, die seine Werke untersuchen, dies herauszufinden. Dennoch ist dieser Roman heute noch lesenswert. Er ist 2002 in der 18. Auflage erschienen. In den Empfehlungen der Bundeszentrale für politische Bildung zum 50. Jahrestag des 17. Juni 1953 taucht er nicht auf. Aber was nicht ist, kann ja vielleicht noch werden.

Stefan Heym war erst 1958 in die DDR gekommen. Er hatte den 17. Juni nicht persönlich erlebt, aber er war intimer Kenner der USA, deren Staatsbürgerschaft er in seiner Emigrationszeit angenommen hatte. Als Nachrichtendienstoffizier der US-Army war nach Deutschland, nach München, gekommen. Wegen „pro-kommunistischer Haltung“ wurde er in die USA zurückversetzt und aus der Armee entlassen. Aus Protest gab er Offizierspatent, Kriegsauszeichnungen und die USA-Staatsbürgerschaft zurück. Er übersiedelte nach Berlin/Ost.

Werden und Verlauf des 17. Juni in Berlin schildert er anhand von Ereignissen und Personen in einem fiktiven Betrieb VEB Merkur und tagebuchartig. Jedes Kapitel leitet er mit Zitaten aus 15 aktuellen Dokumenten ein, darunter Zitate aus den Sendungen des RIAS, z. B. aus den Kommentaren von Schütz und Bahr. Das war 19 Jahre vor dem Erscheinen von Bahrs „Zu meiner Zeit“.

Sein Leitmotiv entnahm er dem Statut der SED, das im April 1954 auf dem IV. Parteitag angenommen wurde: *„Das Parteimitglied ist verpflichtet ... die Selbstkritik und Kritik von unten zu entwickeln, furchtlos Mängel in der Arbeit aufzudecken und sich für ihre Beseitigung einzusetzen; gegen Schönfärberei und gegen die Neigung, sich an den Erfolgen in der Arbeit zu berauschen, gegen jeden Versuch, die Kritik zu unterdrücken und sie durch Beschönigung und Lobhudelei zu ersetzen, anzukämpfen“.*

Seine Hauptperson, Witte, ein politisch erfahrener, kritischer und auch nicht fehlerfreier BGL-Vorsitzender, versucht, diese Verpflichtung zu beherzigen. Er ist bei den Kollegen beliebt, weil er stets für ihre Interessen eintritt. Deshalb bekommt er Ärger mit der Betriebsparteileitung, die seine Ablösung betreibt. Er behält am 17. Juni einen klaren Kopf und versucht seine Autorität bei den Arbeitern zu nutzen, um sie vom Streik abzuhalten. Das gelingt ihm aber nicht. Heym meidet einseitige Urteile. Durch eine differenzierte Darstellung der einzelnen Charaktere und ihr Handeln in Situationen, die der Realität der Aktionen am 17. Juni sehr nahe kommen, entgeht er dieser Gefahr. Das Urteil Egon Bahrs ist m. E. nicht stichhaltig. Den Einfluss des Westens auf die Juniereignisse 1953 kritisch zu sehen bedeutet noch lange nicht, sich mit den Schutzbehauptungen der Parteiführung unter Walter Ulbricht zu identifizieren. Das gilt erst recht für Stefan Heym. Man sollte seinen Roman auch als Anregung zur Diskussion über den Charakter des 17. Juni 1953 sehen.

Der 17. Juni führte national und auch international zur einer Delegitimierung der DDR als Staat der Arbeiter und Bauern. Ihr Ansehen in der Internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wurde beschädigt. Die nationalen Initiativen verloren an Glaubwürdigkeit. Der 17. Juni 1953 entwickelte sich zu einem „Kainsmal“ (Modrow) der DDR und für ihre Führungsschicht zum Trauma, das bis 1989 wirkte. Die von offiziellen Wertungen abweichenden Meinungen und Untersuchungen wurden von der Parteiführung mit einem Tabu belegt. Auch ein Grund, warum Stefan Heym seinen Roman in Frankfurt/a. M. veröffentlichte. Dabei zeigte die Parteiführung in den Junitagen auch Realismus, der sich vielfach ebenfalls in den Berichten und Analysen der drei brandenburgischen Bezirke widerspiegelte.

Auch während der Nachtsitzung des ZK der SED am 21. Juni sprach Kurt Hager von *„Arbeitern, die auf die Straße gegangen waren, nicht weil sie Rowdies waren, sondern weil aus ihnen all das herausbrach, was sich bei ihnen seit acht Jahren angesammelt hatte“*. Otto Grotewohl bezeichnete die „gegenwärtige Situation“ als „Ergebnis der fehlerhaften Politik der Partei“.

In der Erklärung dieser Tagung steht auch u. a.: *„Wenn Massen von Arbeitern die Partei nicht verstehen, ist die Partei schuld, nicht der Arbeiter“* (EBENDA). Doch diese realistische Sicht hielt nicht lange an bzw. konnte sich nicht durchsetzen. Das zeigten die Schlussfolgerungen, die aus den Junitagen 1953 gezogen wurden. Einerseits setzte man den Neuen Kurs fort, verlangsamte das Transformationstempo in der gesellschaftlichen Entwicklung, was eine gewisse Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung nach sich zog. Der sozialen Lage der Arbeiter im Besonderen und der Sozialpolitik im Allgemeinen wurde eine höhere Aufmerksamkeit gewidmet, was allerdings im Laufe der Jahre dazu führte, dass man ökonomisch *„über die Verhältnisse lebte“*. Andererseits wurde der Machtapparat, vor allem Staatssicherheit, Polizei und Armee auf- und ausgebaut. Der Partei- und Staatsapparat wurde *„gereinigt“*. Kritiker Ulbrichts, z. B. Fechner, Zaisser und Herrstadt wurden aus der Partei ausgeschlossen. Ackermann musste das ZK verlassen und Fechner wurde zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. In der gesamten Partei gab es eine **neue Säuberungswelle**.

Auch im heutigen Brandenburg gab es zahlreiche Parteiausschlüsse. Stellvertretend seien hier die Zahlen aus dem Bezirk Cottbus genannt:

Es gab 56 Ausschlussverfahren. Darunter befanden sich 20 Arbeiter, 26 Angestellte, 5 Gewerbetreibende, 2 Bauern, 2 Angehörige der Intelligenz und ein selbständiger Musiker. Unter den Ausgeschlossenen waren 5 vor 1939 in der SPD und in der Zeit von 1945 bis 1946 2 Mitglieder der KPD und 11 Mitglieder der SPD. Ihr Parteialter gliederte sich wie folgt:

1 bis 5 Jahre 19; 6 bis 8 Jahre 33; 23 bis 27 Jahre 3 und 43 Jahre 1.

Der Ausschluss betraf allerdings nicht nur Oppositionelle, sondern auch ehemalige Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen. Eine Analyse der Beschäftigten des VEM VIMAG Finsterwalde, ein Schwerpunkt des Streiks am 17. und 18. Juni, wies zum Beispiel u. a. aus, dass 27 SED-Mitglieder ausgeschlossen wurden, darunter ein im Lager beschäftigter ehemaliger SS-Mann und 20 ehemalige SPD-Mitglieder. Der ehemalige SS-Mann, der bei der SED unterschlüpfte, war einer von 58 Beschäftigten, die der ehemaligen NSDAP angehörten.

22 Mitglieder traten nach dem 17. Juni 1953 aus der Partei aus: 4 Arbeiter, 2 Bauern, 6 Angestellte, 4 Handwerker, 2 Gewerbetreibende, 2 Rentner und 2 Hausfrauen. Einer war Mitglied der KPD und zwei waren Mitglieder der SPD vor 1933. Unter anderem trat ein Mitarbeiter des Rates des Kreises Finsterwalde aus. In einem Schreiben vom 1. Juli 1953 an den Vorsitzenden des Rates des Kreises begründete er seinen Schritt und bat um Entlassung aus der Kreisverwaltung. Er wollte, wenn ihm keine Schwierigkeiten gemacht würden, eine Arbeit in einem VEB aufnehmen. Sein Schreiben hatte folgenden Wortlaut:

„Meinen Austritt aus der Partei halte ich aufrecht. Die Fehler der Partei und Regierung, wie sie ab April des Jahres am laufenden Band gemacht wurden, durften in diesem Ausmaße nicht gemacht werden. Die Fehler erschütterten das Vertrauen der Arbeiterschaft. Partei und Regierung haben wohl die gemachten Fehler erkannt und rückgängig gemacht, doch verlorenes Vertrauen kann nicht bei jedem spontan wiedererstehen.

Ich bedauere, dass ich nicht damals, als die von Partei und Regierung getroffenen Maßnahmen von mir als Fehler erkannt wurden, (diese) in der Mitgliederversammlung angeschnitten habe, obwohl ich dann als Opportunist oder des Sozialdemokratismus bezichtigt worden wäre.

Achtungsvoll

gez. Paul F“.

(BLHA, Rep 930, Nr. 594). Paul F. wurde ausgeschlossen.

Wir stimmen mit J. HOFMANN überein, wenn er feststellte:

„Die Diskriminierung der Erhebung als 'konterrevolutionärer Putsch' diene dazu, die eigene Schuld an der Krise der frühen DDR-Gesellschaft zu verdecken und Kritiker des falschen Kurses aus der Parteiführung zu verdrängen und abzustrafen. Zudem wurde die Klasse beleidigt, die eigentlich die führende sein sollte. Den protestierenden Arbeitern, unter denen sich viele Gewerkschafter und Mitglieder der SED befanden wurde unterstellt, den "faschistischen Rädelführern" gefolgt zu sein“ (HOFMANN, 2002, 11).

Die Bezirksleitungen der SED wurden im Zuge der Analyse der Juniereignisse vom Zentralkomitee aufgefordert, Besuche in Arbeiterfamilien zu organisieren, um mehr über deren Lebensbedingungen zu erfahren, um die Ursachen für ihre Unzufriedenheit zu erkunden. Das war ein Ansatz der „großen Aussprache mit den Massen“, die Bertolt Brecht in seinem Brief an Walter Ulbricht am 17. Juni empfohlen hatte, der aber wieder verkümmerte.

Die Bezirksleitung der SED Frankfurt/O. fasste die Ergebnisse von 18 Befragungen in einem „Bericht über die gegenwärtige Stimmung der Werktätigen“ vom 22. Juni 1953 zusammen. Daraus möchten wir abschließend die Meinung des Maurers O. P. aus Vogelsdorf, Kreis Strausberg zitieren:

„Ich habe ebenfalls an der Demonstration in Berlin teilgenommen. Das hätte alles nicht kommen brauchen, wenn die Gewerkschaft unsere Interessen vertreten hätte. Sie haben zugelassen, dass die Norm höher gesetzt wurde, ohne dabei zu sehen, dass wir von Woche zu Woche, trotzdem wir geschuftet haben, immer weniger verdient haben. Ich habe 4 Kinder, die auch leben wollen. Warum ging denn alles in den Jahren bis 1948 gut vorwärts? Die Regierung hat nicht richtig gehandelt. Was wollten wir denn? Wir wollten nur einmal gehört werden, weil sich trotz unserer Beschwerden niemand um uns gekümmert hat. Ich kann das nur im Namen aller meiner Kollegen sagen, die vom Bau Staatsoper mitgemacht haben. Wir haben geglaubt, dass Otto Grotewohl zu uns sprechen wird. Wir hätten ihn noch auf unseren Händen zum Podium getragen, aber wir sind enttäuscht worden. Minister Selbmann hat uns kommen sehen. Wir waren

unmittelbar vor dem Regierungsgebäude. Warum hat keiner zu uns gesprochen? Die Regierung wird große Anstrengungen machen müssen, um das Vertrauen unter uns Arbeitern wieder herzustellen. Ich bleibe dabei, das der Streik berechtigt war“.

Das **Resümee** der durch Quellen- und Literaturstudium sowie persönlicher Erfahrungen gewonnenen Erkenntnisse betrachtet den **17. Juni 1953 in Brandenburg als einen Massenprotest gegen die ökonomischen, sozialen und rechtlichen Folgen der Politik der SED nach ihrer II. Parteikonferenz 1952. Hauptform des Protestes war der in der ersten Verfassung der DDR garantierte traditionelle proletarische Streik, der im Verlauf der Ereignisse unter dem Einfluss westberliner Organisationen und Medien, vor allem des RIAS, zunehmend politische, gegen die Machtverhältnisse in der DDR gerichtete Züge erhielt.**

Trotz des ersichtlichen Zwiespaltes zwischen Eigenständigkeit und Fremdbestimmung dieser Massenbewegung, bot ihre Auswertung die „*große Chance, den in der DDR eingeschlagenen Kurs zu revidieren und auf einen 1945 bis 1948 angestrebten nationalen, demokratischen Weg zurückzuführen*“ (UHLEMANN, a. a. O.). Dazu wäre die auf dem 15. Plenum des ZK der SED von Rudolf Herrnstadt u. a. angestrebte Erneuerung der Partei innerhalb weniger Monate erforderlich gewesen. Aber die Gruppe um Herrnstadt und Zaisser konnte sich nicht durchsetzen. Ihre Vorschläge wurden als „auf die Spaltung der Parteiführung gerichtete Plattform“ gewertet. Sie wurden - nachdem Walter Ulbricht wieder fester im Sattel saß, aus dem ZK ausgeschlossen. So konnte die Chance nicht genutzt werden. .

Diese These ist als Anregung für weitere Untersuchungen und Diskussionen gedacht.

7. Quellen- und Literaturverzeichnis

7. 1 Quellen

Bundesarchiv: BArch, SAPMO NY 4690/699

Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA)

Potsdam: Rep. 530, Nr. 557,729,804, 997, 1010,1014, 2153

Frankfurt/O. : Rep. 730, Nr. 728, 729

Cottbus: Rep. 930, Nr. 719, 721, 722, 594

Flugblatt: „Erklärung des Zentralkomitees der SED: Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei“ vom 21. Juni 1953

Dokumentensammlung: „Die Deutsche Demokratische Republik im Kampf um die Einheit Deutschlands“, herausgegeben vom Amt für Information der Deutschen Demokratischen Republik 1951

7. 2 Literatur

Bahr, Egon, 1996: Zu meiner Zeit, München 1996, S. 75-83

Benser, Günter, 1999: Mit welchen Sozialismusvorstellungen war die SED angetreten? in Hefte zur DDR-Geschichte, 60, Berlin 1999

Benser, Günter, 2002: Als der Aufbau des Sozialismus verkündet wurde in: Hefte zur DDR-Geschichte, 75, Berlin 2002

Cerny, Jochen, 1984: EKO. Eisen für die Republik, in: Illustrierte Historische Hefte 34/1984, S. 34-36.

Cerny, Jochen, 1998: StalinStadt im Juni '53, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 40 (1998) 1, S. 3-15

Ciesla, Burghard, (Hrsg.), 2003: Freiheit wollen wir! Der 17. Juni 1953 in Brandenburg

Dahn, Daniela, 1996: Westwärts und nicht vergessen. Vom Unbehagen in der Einheit, Berlin 1996

Dietrich, Torsten, 1991: Der 17. Juni 1953, Berlin 1991

Düwell, Kurt, 1981: Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, Köln/Wien 1981

Dezelepy, E. - N., 1961: Der Mythos um Adenauer, Berlin 1961

Gleditzsch, Wolfgang /Uhlemann, Manfred, 1985: Geschichte der Bezirks-
parteiorganisation Potsdam der SED Bd. 1, S. 73-78, Potsdam 1985

Gore, Al, 1994: Wege zum Gleichgewicht, Frankfurt/a. M. 1994

Heym, Stefan, 1977: 5 Tage im Juni, Roman, Frankfurt/a. M. 1977

Hofmann, Jürgen, 2002: Volksaufstand oder konterrevolutionärer Putsch?
In: Neues Deutschland vom 04. Juli 2002, S. 11

Jürgs, M., 1997: Die Treuhändler, Listverlag 1997

Kotsch, Detlef, 2001: Der 17. Juni 1953 in den brandenburgischen Bezirken,
in: Ders.: Das Land Brandenburg zwischen Auflösung und Wieder-
begründung. Politik, Wirtschaft und soziale Verhältnisse in den Bezirken
Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in der DDR (1952 bis 1990), Berlin
2001, S. 359-366.

Leo, Annette, 1999: Tabu und Tradition. Der 17. Juni und der 100-Tage-
Streik in der Erinnerung der Hennigsdorfer Stahlarbeiter, in: BIOS 12 (1999)
1, S. 58-72

Lucker, Detlev, 2000: Strausberg und der 17. Juni 1953, in: Ders.: Straus-
berg 1945 bis 1990. Skizze und Dokumente zur Geschichte einer Garnison-
stadt, Strausberg, S. 58-59.

Müller, Willy. 1993: Die Situation der Bauarbeiter in der Stalinallee und der
Verlauf der Berliner Demonstrationen vom 16. und 17. Juni 1953 in Berich-
ten gewerkschaftlicher Beobachter in: Hefte zu DDR-Geschichte, 7, S. 9-25,
Berlin 1993

Nickel, Erich, 1989: Die BRD. Ein historischer Überblick Berlin 1989

Oelschläger, Volker, 1999: „Ich glaube nichts mehr.“ Der 17. Juni 1953 in
den Akten, in: Grabner, Sigrid/Röder, Hendrik/Wernicke, Thomas (Hrsg.):
Widerstand in Potsdam 1945 - 1989, Berlin, S. 41-49

Peter, Andreas, 1994: Der Juni-Aufstand im Bezirk Cottbus, in: Deutsch-
land Archiv 27 (1994) 6, S. 585-594

Peter, Andreas, 1995: Jugendliche im Bezirk Cottbus am 17. Juni 1953, in:
Geschichte-Erziehung-Politik, 6 (1995), S. 379-383

Rademacher, Cay, 2002: 17. Juni – Der Aufstand, in: GeoEpoche, Nr. 9,
2002, S. 141- 149

Semmelmann, Dagmar, 1993: Zeitzeugen über ihren 17. Juni in Berlin, in:
Hefte zur DDR-Geschichte, 7, S. 26-55, Berlin 1993

Semmelmann, Dagmar, 1993: „Schauplatz StalinStadt/EKO“. Erinnerungen
an den 17. Juni 1953, Teil 1 und 2, Potsdam

Steiniger, Rolf, 1985: Eine vertane Chance. Die Stalin-Note vom 10. März
1952 und die Wiedervereinigung. Eine Studie auf der Grundlage unveröffent-

lichter britischer und amerikanischer Akten, Berlin/Bonn 1985

Uhlemann, Manfred, 1994: Hoffnungen, Wege, Irrwege, Potsdam 1945-1989, Beiträge zur Stadtgeschichte, S. 107-113

Uhlemann, Manfred, 1998: Entwicklung der SED zur „Partei neuen Typus“ Stalinscher Prägung in den Jahren 1948/49, Ereignisse und Problemstellungen, in: Dialog in der PDS Heft 5/1 1998

Uhlemann, Manfred/ Finker, Kurt/ Libera, Kurt/ Reinert, Fritz, 1998: Entwicklung der SED zur “Partei neuen Typus“ Stalinscher Prägung, Beiträge zur Geschichte, in: Dialog in der PDS, Heft 5/2 1998

Uhlemann, Manfred, 2003: 50 Jahre später – Einsichten zum 17. Juni 1953, in: Potsdamer Linker Bote (PLB), Nr. 326, S. 9

Wenzel, Siegfried, 2000: Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlussbilanz, Berlin 2000

Wolfrum, Edgar, 1999: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948- 1990, 4. Der 17. Juni 1953 als Ereignis im Osten und die Sinnstiftung des Augenblicks im Westen, S. 65-85, Darmstadt 1999